

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Der Bergedorfer Gesprächskreis weiß es zu schätzen, hier in Wien ein Thema behandeln zu können, das vielleicht nicht von zentraler, aber ganz sicher von symptomatischer Bedeutung für die europäische Sicherheit und für den dauerhaften Erfolg der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist. Ich freue mich, daß gerade Wien unser Treffpunkt ist - Wien, wo nach den napoleonischen Kriegen meines Wissens zum erstenmal und bis heute mit einer verbindlichen Wirkung über Neutralität verhandelt worden ist; damals im Blick auf die Schweiz. Inzwischen ist, um den Kreis zu schließen, Österreich selbst ein neutraler Staat geworden, und das war sicherlich mit ausschlaggebend für die Wahl eines Österreicherers zum Generalsekretär für die Vereinten Nationen.

Als Gastgeber bin ich verpflichtet, mich eines Vorurteils über die Themen des Bergedorfer Kreises zu enthalten. Ich muß mich also neutral gegenüber der Neutralität erklären. Deshalb verzichte ich auch auf die Analogie, die bei diesem Thema so naheliegt, daß sich auch der Bergedorfer Kreis als neutraler Boden empfindet, als eine Veranstaltung, die allen Gruppen und Meinungen Gastrecht gewährt, sofern sie Freiheit und Menschlichkeit achten.

Aber ein Wort aus dem Arsenal der Neutralität möchte ich doch für uns in Anspruch nehmen: die *aequalitas amicitiae*, das heißt die gleichermaßen abgewogene und gleichgewichtige Freundschaftlichkeit, die nach dieser schönen lateinischen Formel der Völkerrechtsjuristen zum Charakter der Neutralität gehört. Wenn ich es recht verstehe, gilt diese Formel nicht nur für Kriege und Konflikte, sondern ebenso für das Verhalten im Frieden.

Deshalb verbinden wir mit dem Bild eines neutralen Staates gern die Vorstellung eines Asyls der Verfolgten, einer Insel der persönlichen Freiheit. Neutrale können Schiedsrichter sein in Konflikten, etwa bei der Kontrolle des Waffenstillstandes. Sie sollen nicht nur friedlich im passiven Sinn, sondern als Agenten des Friedens wirken. Aber dieses Lob der Neutralität schließt selbstverständlich Skepsis nicht aus. Wir reden hier ja auch nicht über Neutralität an sich, sondern wollen über ihren Wert oder Unwert in der gegenwärtigen europäischen Politik sprechen.

Gestehen wir uns ein, daß neutrale Staaten, das heißt diejenigen, die es auf Dauer sein wollen oder sollen, oft schwache Staaten sind. Ist, so frage ich mich, Neutralität doch nur eine Art außenpolitischer Mimikry? Das sicher nicht, aber sie ist doch das Eingeständnis einer Schwäche. Mit Schwäche meine ich nicht "politische" Selbstaufgabe, so wie sie in der berühmten Antwort des römischen Senats im Krieg zwischen Octavianus und Antonius zum Ausdruck kam: "Laßt uns fern von Eurem Streite bleiben, wir werden die Beute des Siegers sein."

Dies ist also nicht gemeint. Aber Großmächte bleiben nicht neutral, jedenfalls nicht auf Dauer. Neutralität ist das Eingeständnis, keine Machtpolitik treiben zu wollen. Der Neutrale verzichtet auf Forderungen und Ansprüche, auf Bündnisse und Führung. Wenn ein solcher Verzicht mehr sein soll als die Konsequenz der eigenen Schwäche, wenn Neutralität Bedeutung auch für das Verhalten anderer Staaten haben soll, wenn sie also einen objektiven Wert gewinnt, dann gilt sie nicht mehr als Zeichen der Schwäche, sondern als ein Beitrag dazu, daß aus dem Konzert der Mächte, aus dem Geflecht der Machtinteressen eine Völkerrechtsgemeinschaft werden kann.

Wir werden hier sicherlich kein verbindliches Schema für Neutralität entwickeln können, aber wenn uns die Feststellung gelingen würde, daß Neutralität für alle Teilnehmer der Konferenz einen verbindlichen Stellenwert besitzt, dann hätten wir ohne Zweifel ein wichtiges Element der europäischen Sicherheit gefunden. Dieses Motiv gibt mir auch den Mut zu der Hoffnung, daß unser Gespräch mit einem Bekenntnis zur *aequalitas amicitiae* enden kann.

Kirchschläger

Wir sollen hier über Wert und Unwert der Neutralität für die europäische Sicherheit sprechen. Ich möchte mich dabei zunächst auf die Frage nach dem Wert oder Unwert der Neutralität an sich beschränken. Nur wenn wir feststellen, daß die Neutralität ein Wertelement im zwischenstaatlichen Leben darstellt, erhebt sich auch die Frage nach ihrer Konsequenz für die europäische Sicherheit. Diese Fragestellung ist für mich natürlich insofern theoretisch, als Sie sicher nicht annehmen werden, daß der Außenminister der immerwährend neutralen Republik Österreich zu dem Schluß kommt, der Neutralität sei der Charakter des Unwertes beizumessen.

Ich bin mir bewußt, daß ich damit gewissermaßen unwissenschaftlich vorgehe, weil ich das Ergebnis schon voraussetze. Vielleicht werden Sie mir aber zustimmen, daß die Politik zwar den Rat der Wissenschaft einholen soll, ihre Entscheidungen jedoch nicht allein aus wissenschaftlichen Konklusionen heraus gefällt werden können. Da spielt auch die politische Erfahrung eine große Rolle.

Abhängigkeiten der Neutralitätspolitik

Es gibt so viele Neutralitäten, wie es neutrale Staaten gibt. Sicher ist das Neutralitätsrecht für alle immerwährend neutralen Staaten das gleiche, aber die Neutralitätspolitik wird sich nach verschiedenen Gegebenheiten richten müssen, zum Beispiel nach der geographischen Lage, der politischen und der wirtschaftlichen Situation eines Landes; auch das Denken und Fühlen der Menschen in einem Staat und die Verwandtschaftsbeziehungen, die über die Grenzen hinweggehen, spielen hier eine Rolle.

So viel wird man jedoch für alle neutralen Staaten sagen können: Wenn die Neutralität für den neutralen Staat oder für die Staatengemeinschaft keinen Wert mehr darstellt, dann wird der Neutralitätsstatus des Landes funktionslos, und Funktionslosigkeit führt häufig zum Untergang.

Wie wir alle wissen, ändern sich die staatlichen Konturen oft im Laufe nur einer Generation mehrmals, und auch Verträge, Erklärungen oder Verfassungsbestimmungen, die eine Neutralität verankern, können durch das politische Leben hinweggespült werden. Daher ist bei jeder Neutralität immer darauf zu achten, daß die anderen Staaten an ihrer Aufrechterhaltung interessiert bleiben. Im gleichen Maße muß sich aber das Staatsvolk stets seiner Funktionen als immerwährend neutraler Staat bewußt sein.

Neutralität im Interesse der Nichtneutralen

Diese Überlegungen sind nicht neu. Wir finden sie bereits schriftlich fixiert im 2. Pariser Frieden vom 20. November 1815, wo in bezug auf die Anerkennung der Neutralität der Schweiz durch die Großmächte ausdrücklich formuliert wurde: "Sie (nämlich die Großmächte) anerkennen durch die folgenden Akte authentisch, daß die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz und ihre Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß im wahren Interesse der Politik ganz Europas liegen." Schon im Jahre 1815 wurde also die eidgenössische Neutralität von den Signatarmächten des Pariser Friedens nicht deswegen anerkannt, weil sie für die Schweiz von einem besonderen Wert gewesen wäre, sondern die Mächte haben bestätigt, daß diese Neutralität im "wahren Interesse" ganz Europas liege.

In dem von mir zitierten Satz scheint mir der Kernpunkt für jede Neutralitätspolitik zu liegen. Die Schweiz hat seit 1815 immer versucht, deutlich zu machen, daß ihre Neutralität nicht allein im Schweizer Interesse gelegen ist - das natürlich auch; denn man kann von keinem Staat blinden Altruismus verlangen; -, sondern daß sie ebenfalls im Interesse der anderen Staaten war.

Welche Konsequenz ergibt sich daraus für Österreich als ein relativ junger neutraler Staat seit dem Jahre 1955? Die Republik Österreich muß als neutraler Staat versuchen, eine Funktion in der Staatengemeinschaft auszufüllen, die nicht nur in ihrem eigenen, sondern auch im Interesse der anderen Staaten liegt.

Wert der Neutralität in der Entspannungsphase

Wenn man mich als Student gefragt hätte, wann eine immerwährende Neutralität am höchsten im Kurs steht, würde ich wahrscheinlich geantwortet haben, daß dies - wenn ich einmal vom Krieg absehe - in Zeiten internationaler Spannung der Fall sei. Die Erfahrungen seit dem Jahre 1955 haben uns jedoch erkennen lassen, daß die Funktionen der Neutralen in der Zeit des Kalten Krieges relativ gering sind. Da kaum eine Bereitschaft zum Gespräch besteht, zählt in einer solchen Zeit für den neutralen Staat allein seine geographische Lage zwischen zwei Militärpakten, durch die diese

räumlich getrennt werden und ein cordon sanitaire geschaffen wird. Hinzukommt in Zeiten hoher Spannung wohl nur noch die Funktion vereinzelter Begegnungen.

So eigenartig es erscheinen mag, der Wert der Neutralität zeigt sich weniger in der Zeit der Spannung. Dagegen vergeht in der Zeit der détente kaum ein Monat, daß nicht die eine oder die andere Staatengruppe eine bestimmte Aktivität von einem neutralen Staat erwartet. Man könnte fragen: warum? Besteht doch in der Entspannungsphase die Möglichkeit, daß die Militärpakte oder deren Führungsmächte direkt miteinander reden. Das ist sicher richtig. Es gibt aber im zwischenstaatlichen Leben eine Komponente, die wir häufig zu wenig beachten, nämlich das nationale Prestige der Staaten. Wenn ein Neutraler einen Vorschlag unterbreitet, dann ist er leichter annehmbar, als wenn genau der gleiche Vorschlag von einem Staat gemacht wird, der dem anderen Pakt angehört. Aus diesem Grunde muß die Neutralität gerade in der Entspannungsphase eine gewisse Aktivität aufweisen. Das ist nicht gleichbedeutend mit Geschäftigkeit; die wird schnell erkannt.

Als Beispiel verweise ich auf die Rolle der Neutralen in der Vorbereitungs- und auch in der gegenwärtigen Phase der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Daß die Neutralen an den Wiener Abrüstungsgesprächen nicht beteiligt sind, scheint mir kein Gegenbeweis für meine These zu sein. Denn in Wien spielen militärpolitische Kenntnisse eine Rolle, die ein neutraler Staat schon deshalb nicht haben kann, weil er über keine Satelliten verfügt, die ihm gewisse Erkenntnismöglichkeiten einräumen über das, was verhandelt wird.

Wie überall im Leben, zeigt sich auch bei der Tätigkeit des Neutralen: Wo das Wissen um das Problem und wo das Verständnis für die Ausgangslage der beteiligten Kontrahenten fehlen, kann der Neutrale keine Funktion ausüben. Die erste Voraussetzung für eine sinnvolle Aktivität - und das sollte eigentlich für die gesamte Politik gelten - ist es, den jeweiligen Sachverhalt genau zu kennen und sich nur dann in Gespräche und in Handlungen einzulassen, wenn man den Standpunkt der beiden Seiten wirklich versteht.

Unterschiedliche Akzente der Neutralitätspolitik

Auf die Rolle der Neutralen im Nord-Süd-Konflikt will ich nicht näher eingehen, obwohl ich der Ansicht bin, daß ihnen auch da eine gewisse Bedeutung zukommt. Denn die neutralen Staaten können die Beweggründe der Länder im Entwicklungsstadium vielleicht unbefangener verstehen, als das für Angehörige eines Militärbündnisses der Fall ist. In diesem Zusammenhang sollten wir nicht vergessen, daß es beispielsweise im Nahost-Konflikt nicht nur um einen Kampf zwischen Israel und den arabischen Staaten geht, sondern daß da auch die Auseinandersetzung zwischen Entwicklungsland und industrialisiertem Land mit eine Rolle spielt. Das zeigt insbesondere die kritische Einstellung einzelner arabischer Staaten gegenüber Japan, die ja nur aus dem Nord-Süd-Konflikt heraus verstanden werden kann.

Ich bin also der Meinung, daß sich ein neutraler Staat stets bemühen muß, seine Funktion der bestehenden Situation anzupassen. Diese Funktion resultiert sicher auch aus der Geschichte und den Erfahrungen der einzelnen neutralen Staaten. So viel uns auch mit unseren Schweizer Freunden verbindet, allein die Tatsache, daß Österreich Mitglied der Vereinten Nationen ist und die Schweiz nicht, hat zur Folge, daß unsere Neutralität völlig anders aussieht. Natürlich gibt es auch gemeinsame Züge, zum Beispiel im humanitären Bereich. So ist die Schweiz die Heimstätte des Roten Kreuzes, während Österreich diejenigen humanitären Anliegen berücksichtigt, die sich daraus ergeben, daß Österreich an der Nahtstelle zwischen zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen liegt.

Der Wert der österreichischen Neutralität

Meine Konklusion, auf die ich schon eingangs hingewiesen habe, wird Sie nicht überraschen. Ich halte die Neutralität Österreichs - lassen Sie mich jetzt diese Einschränkung machen - aufgrund seiner geschichtlichen und geographischen Situation für einen Wert.

Diese Neutralität hat verschiedene Funktionen, indem Österreich etwa den Machtblöcken einen Platz der Begegnung offeriert und auch an Gesprächen mitwirkt, ohne sich dabei als Vermittler aufdrängen zu wollen. Außerdem ist in dem humanitären Wirken eine echte Aufgabe für Österreich gegeben.

In diesem Sinne meine ich auch, daß die Neutralität Österreichs einen positiven Stellenwert für die europäische Sicherheit besitzt. Denn durch die immerwährende Neutralität wird das Gleichgewicht auf unserem Kontinent nicht gestört. In den Abrüstungsvorgesprächen in Wien und auch bei anderen Anlässen zeigt sich immer wieder, daß Entwicklungen nur dann zu einer erhöhten Sicherheit führen, wenn sich dadurch das europäische Gleichgewicht nicht verschiebt.

Ich möchte aber nicht so verstanden werden, daß ich hier ein Propagandalied für die Neutralität singe. Vielmehr erkenne ich durchaus an, daß für die Sicherheit auf unserem Kontinent militärische Pakte,

also paktgebundene Staaten, zur Zeit notwendig sind. Gleichzeitig ist aber auch die Existenz von neutralen Staaten nützlich. Also nicht Neutralität für jedes Land und um jeden Preis. Vielmehr bejahe ich die österreichische Neutralität als ein Wertelement für die friedliche Entwicklung unseres Kontinents. Sie ist ein Wertelement für Österreich selbst, aber auch - und das muß unser stetes Bemühen sein - für die anderen Staaten Europas.

Thorn

Für den Außenminister eines kleinen Staates, dessen Geschichte zeigt, daß seine Neutralität es nicht vor den Überfällen mächtiger Nachbarn geschützt hat, liegt es nahe, sich gegenüber der Idee der Neutralität kritisch zu äußern. Hinzu kommt, daß ich als Repräsentant eines Mitgliedstaates der EG, der WEU und der NATO aus neutraler Sicht eventuell als Überläufer und Abtrünniger angesehen werden könnte und mich insofern für unsere Bündnispolitik rechtfertigen müßte. Trotzdem werde ich versuchen, nicht in SchwarzWeiß-Malerei zu verfallen. Ich will vorausschicken was auch Herr Kirchschräger unterstrichen hat;- , daß man nicht die Geschichte eines einzelnen Landes anführen kann, um ein Werturteil über die Neutralität im allgemeinen in der Welt von heute zu fällen. So unterscheidet sich der historische Kontext in bezug auf Luxemburg selbstverständlich von dem anderer Staaten.

Jede Neutralität ist ein Sonderfall

Ich will nur Luxemburg als Beispiel anführen. Das Großherzogtum wurde, politisch hochgespielt in der Luxemburger Affäre von 1867, zum Spielball zwischen zwei Großmächten und ist durch den Londoner Vertrag neutralisiert worden. Napoleon III. hatte als Preis für seine Neutralität in einem anderen Krieg die Festung Luxemburg - das Gibraltar des Nordens - für sich gefordert. Als Kompromiß wurde dann die Schleifung der Festung und die Neutralisierung Luxemburgs beschlossen. Die Idee, einen Pufferstaat zu schaffen, die dieser Neutralisierung zugrunde lag, hat sich später als unzulänglich erwiesen, weil die notwendigen geographischen und politischen Voraussetzungen nicht erfüllt waren. So stellt die Neutralität eines jeden Landes einen Sonderfall dar. Ein Pauschalurteil darüber ist nicht möglich.

Um vorschnelle Generalisierungen und falsche Schlußfolgerungen zu vermeiden, müßten zunächst einige Begriffe geklärt werden. Was ist Neutralität: die ewige, die permanente, die schweizerische, die gewollte, die auferzwungene? Was ist Neutralisierung, die in verschiedenen Fällen nur eine Entmilitarisierung bedeutet? Was ist Neutralismus? Das alles sind eng verwandte Begriffe, die aber nicht dasselbe meinen. Und was verstehen wir unter europäischer Sicherheit? Wie kann man sie festigen und ausbauen? Von der Beantwortung dieser Frage hängt auch das Urteil ab, ob die Neutralität für die europäische Sicherheit von Wert ist oder nicht.

Beurteilung der europäischen Sicherheit in Ost und West

Die Konferenz von Helsinki und jetzt in Genf hat gezeigt, wie unterschiedlich man - zumindest im Westen und im Osten - die Akzente setzt, wenn man von europäischer Sicherheit spricht. Die Oststaaten scheinen besonders großen Wert auf eine feierliche Anerkennung der heutigen Grenzen in Europa zu legen und wollen deshalb die Annahme verschiedener rechtlicher Prinzipien erneut bestätigt sehen. Selbstverständlich unterschätzen wir im Westen, in der Atlantischen Allianz, keinesfalls die Bedeutung des "ersten Korbes", aber wir interessieren uns mehr für den "dritten Korb".

Das ist kein Zufall. Wie Sie wissen, haben wir im Westen relativ schnell zu den Grenzen von vor 1939 zurückgefunden. Deshalb spielte hier die Anerkennung der Grenzen keine allzu große Rolle. Im Osten dagegen kam es erstens zur Teilung Deutschlands in zwei Staaten; außerdem wurden größere Gebiete von Deutschland abgetrennt und an verschiedene Oststaaten verteilt. Zweitens gab es Grenzkorrekturen zwischen den Oststaaten selbst, insbesondere zugunsten der Sowjetunion und oft auf Kosten der Randstaaten, die zusammen mit der Sowjetunion Mitglieder des Warschauer Paktes sind. Es ist deshalb verständlich, warum man in jener Gegend Europas mehr als im Westen Wert darauf legt, daß die Grenzen international anerkannt werden. Aus diesem Grunde sieht man im Osten in einer paneuropäischen Sicherheitskonferenz ein geeignetes Instrument, um den internationalen Segen für die heutigen Grenzen zu erlangen.

Wir Mitgliedsstaaten der westlichen Allianz dagegen legen, wie gesagt, größten Wert auf den dritten Korb, weil wir davon überzeugt sind, daß sich die politischen und ideologischen Spannungen zwischen Ost und West auf die Dauer nur lockern und lösen können, wenn sich die Völker in Europa durch den freien Verkehr der Menschen und der Ideen näher kennenlernen. Dies scheinen verschiedene Staaten nicht so recht akzeptieren zu wollen. Vielleicht liegt ihnen mehr an einem

langfristig gesicherten Status quo als an einer dynamischen Entwicklung der Entspannung, die zugleich die Ursachen der Spannung selbst beseitigt.

Westintegration als Beitrag zur europäischen Sicherheit

Lassen Sie mich eine weitere Überlegung anführen. Was hat bisher, abgesehen von den politischen und ideologischen Spannungen, die europäische Sicherheit gefährdet? Bis zum Zweiten Weltkrieg waren es zweifellos die internen Rivalitäten etwa zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Deutschland und Großbritannien, zwischen Frankreich und Italien und so weiter, also zwischen westlichen Ländern. Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten, was allzu oft vergessen wird, daß der Beitrag, den wir Westeuropäer geleistet haben, um in Zukunft solche Kriege zu verhindern, überhaupt nicht überschätzt werden kann. Bis 1945 war die europäische Sicherheit ja immer nur durch "Bürgerkriege" zwischen Europäern gefährdet. Mehr konnte man wohl nicht erreichen, als zunächst die sechs und heute die neun Staaten wirtschaftlich voneinander abhängig zu machen und darüber hinaus auf politischem und, denken wir an morgen, auch auf militärischem Gebiet zur vollständigen Integration überzugehen.

Ich halte dieses Argument besonders unseren Kollegen aus mehr östlich gelegenen Staaten entgegen, die zu Recht oder zu Unrecht über einige revanchistische Gedanken in einem Land, nämlich in Deutschland, mißtrauisch sind. Ich teile diese Befürchtung nicht, aber wenn in anderen Staaten ein solches Mißtrauen besteht, dann frage ich die Kollegen im Warschauer Pakt: Was hätte man Besseres tun können, als Deutschland in eine internationale Gemeinschaft zu integrieren?

Wert der Neutralen im Ost-West-Konflikt

Sie können mir hierauf natürlich zu Recht antworten, daß die größte Gefährdung der europäischen Sicherheit heute nicht mehr in der Rivalität zwischen den westeuropäischen Ländern liegt, sondern im OstWest-Gegensatz, der politisch, weltanschaulich und militärisch hauptsächlich zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ausgetragen wird. Die jetzigen Verhandlungen in Genf sollen zu einer Abschwächung der politisch-ideologischen Spannungen beitragen. Diese Verhandlungen sind äußerst schwierig, und ich hege Zweifel an einem positiven Ausgang.

Um so mehr möchte ich in diesem Zusammenhang den Wert der Neutralen unterstreichen. Die Neutralität, ob sie nun aufgezwungen wurde oder frei gewählt ist, hat sich historisch gesehen im allgemeinen darauf beschränkt, daß man sich aus militärischen Konflikten heraushielt. Neutralität war und ist aber nicht gleichbedeutend mit Indifferenz gegenüber den Weltproblemen. Meiner Ansicht nach hängt das Urteil über Wert oder Unwert der Neutralität vor allem davon ab, welchen Beitrag die Neutralen zur Entspannung leisten. Das hat auch Herr Kirchschräger unterstrichen.

So erscheint jeder Vorschlag verdächtig, der von dem Mitglied eines militärischen Bündnisses vorgebracht wird, mag er noch so selbstlos und unabhängig konzipiert sein. Das gilt für beide Seiten. Weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten wollen und dürfen ihr Gesicht verlieren. Deshalb kann auch der eine nicht größere Kompromisse auf sich nehmen als der andere. Aus diesem Grunde drängt es sich geradezu auf, daß auf manchem Gebiet die Initiative von neutraler Seite kommen muß. Hier sehe ich den großen Wert der Neutralen auf den jetzigen und späteren Konferenzen.

Das Gleichgewicht der Kräfte als Sicherheitsgarantie

Mein nächster Punkt behandelt die europäische Sicherheit unter rein militärischem Aspekt. Sicherheit, und zwar nicht nur die europäische, bedeutet, einen nuklearen Weltkonflikt zu verhindern. In einer Zeit, wo die Welt noch bipolar organisiert ist, hängt die Sicherheit vom militärischen und machtpolitischen Gleichgewicht der beiden Supermächte ab. Seit 1945 fand kein Weltkrieg mehr statt, weil es zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten keinen direkten Konflikt gegeben hat. Zugleich wurden aber in den verschiedenen Teilen der Welt ständig Lokalkonflikte ausgetragen, und zwar zwischen den beiden Lagern, die von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten dirigiert werden.

Obwohl wahrscheinlich die meisten von Ihnen grosso modo dieser Analyse zustimmen könnten, dürften die daraus gezogenen Schlußfolgerungen sehr unterschiedlich sein. So könnte etwa der Vorschlag gemacht werden, die Konfliktmöglichkeiten zu reduzieren und die europäische Sicherheit zu fördern, indem man entweder Teile Europas oder Europa als Ganzes neutralisiert. Ich schicke gleich voraus, daß ich in diesem Punkt völlig anderer Ansicht bin. Dabei geht es mir nicht darum, daß es nicht von dem einzelnen Land selbst abhängen wird, ob es in einen Krieg hineingezogen wird oder nicht. Ich will auch nicht einen großen französischen Journalisten zitieren, der dieser Tage schrieb, der nächste Krieg sehe gewöhnlich nie so aus wie der letzte. Ich spreche auch nicht davon, daß ein Pufferstaat in der heutigen Zeit nicht mehr die gleiche Rolle spielen kann wie früher, weil ein

Atomkrieg durch Raketen über unsere Köpfe hinweg ausgetragen würde. Ich überlege nur einmal, welche Konsequenzen eine Neutralisierung Europas mit sich bringen würde.

Ablehnung einer Neutralisierung Europas

Wie an keinem anderen Punkt der Welt stehen sich in Europa die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf Tuchfühlung gegenüber, jeder auf seine Verbündeten gestützt. Ich persönlich glaube nicht an Zufälle in der Politik, besonders wenn sie sich über Jahrzehnte hinweg bestätigt haben. Wenn es in Europa seit 1945 keinen größeren Lokalkonflikt wie in anderen Teilen der Welt gegeben hat, dann insbesondere deshalb nicht, weil sich hier an der Nahtstelle zwischen Ost und West die USA und die Sowjetunion direkt gegenüberstanden. Ich halte dieses Gleichgewicht, diese direkte Gegenüberstellung zur Zeit ausgesprochen für einen Wert.

Was würde eine Neutralisierung größerer Teile oder des gesamten Europa bedeuten? Zunächst würde dieses Europa damit auf seine uneingeschränkte Souveränität verzichten. Das heißt, die Neutralisierung führt zu einer diminuierten Souveränität; man verzichtet auf verschiedene Rechte, die normalerweise in der Souveränität begründet sind. Dann müßte Europa es auch für die Zukunft aufgeben, als ein gleichberechtigter Partner mit den Großmächten zu verhandeln.

Zweitens bin ich nicht der Meinung, daß sich dadurch die Spannungen in Europa und in der Welt verringern würden. Denn im Falle einer Neutralisierung Europas würden die beiden Supermächte jederzeit darüber wachen, daß diese Neutralität auch eingehalten wird und nicht der eine oder der andere Teil des neutralisierten Europa eigenmächtig vorgeht. Dadurch würden die potentiellen Spannungen erheblich vermehrt werden.

Drittens würde die Neutralisierung Europas das Ende des europäischen Integrationsprozesses bedeuten.

Damit wäre erneut die Gefahr heraufbeschworen, daß sich die westeuropäischen Mächte wieder voneinander entfernen und zwischen ihnen Spannungen auftreten, wie das vor dem letzten Weltkrieg der Fall war.

Schließlich würde die Entstehung eines politischen, auf jeden Fall eines militärischen Vakuums der Entspannung nicht dienen. Vielmehr sollte man nicht unterschätzen, daß ein solches Vakuum verschiedene Staaten in die Versuchung führen könnte, mit Hilfe lokaler Konflikte in diesen Raum vorzustoßen. Ich kann heute also in einer Neutralisierung Europas keinen Vorteil sehen.

Positive Bedeutung einzelner neutraler Staaten

Heißt das nun, daß ich der Meinung bin, in dem Europa von heute solle es keine Neutralen geben? Sehe ich also in der Neutralität einen Unwert für die europäische Sicherheit? Das sicher nicht; denn - und da komme ich zu der gleichen Schlußfolgerung wie Herr Kirchschräger - die Neutralität dieses oder jenes Landes kann für die europäische Sicherheit außerordentlich positiv sein. Hier darf man nicht generalisieren.

Es hat sich so manches in der Welt verändert. Früher bedeutete Neutralität, so steht es in allen Lehrbüchern, daß man sich aus einem militärischen Konflikt zwischen anderen Ländern heraushält. Heute sind Groß- und Großmächte daran interessiert, daß der Neutrale nicht nur in militärischer Hinsicht, also im Kriegsfall, neutral ist, sondern daß er sich auch aus dem machtpolitischen Kampf heraushält.

Dafür bietet die österreichische Neutralität ein gutes Beispiel. In ihrem machtpolitischen Ringen um ein Gleichgewicht konnte weder der Westen den Versuch des Ostens zulassen, Österreich zu sich herüberzuziehen, noch konnte es der Osten einfach hinnehmen, daß ein vollsouveränes Österreich die Macht des Westens vergrößerte. So kam es zur Neutralisierung Österreichs, also zu einer verminderten Souveränität dieses Staates. Dadurch wurden alle zufriedengestellt; denn keine Seite verlor das Gesicht, und Österreich machte für sich und damit auch für Europa das Bestmögliche aus dieser Situation. Deshalb ist diese diktierte Neutralität aufgrund der damaligen Gegebenheiten nur zu begrüßen. Das gleiche wird man wohl für Finnland sagen können.

Die permanente Neutralität der Schweiz stellt sich heute auch anders dar; denn die Schweiz liegt nicht mehr wie früher an der Nahtstelle etwa der deutschfranzösischen Konflikte. Vielmehr ist die Schweiz jetzt in den Westen eingebettet.

Czyrek

Die Aufgabe, meine Ansichten über die Rolle der Neutralitätspolitik in Europa darzulegen, ist delikater und verpflichtend zugleich; denn ich bin mir bewußt, daß meine Kollegen, Herr Kirchschräger und Herr

Thorn, in der Frage der Neutralität äußerst kompetent sind. Außerdem sind zum Thema Neutralität schon viele Analysen und Studien ausgearbeitet worden, besonders in Österreich. Gleichzeitig möchte ich um Ihr Verständnis dafür bitten, daß ich gewisse Schwierigkeiten habe; denn man hat mir dankenswerterweise die Aufgabe gestellt, meine Meinung in nur zwanzig Minuten zu sagen. Deshalb mußte ich mein Manuskript radikal kürzen, da ich es normalerweise gewohnt bin, ziemlich lange zu sprechen.

Beurteilung der Neutralität im gegenwärtigen internationalen System

Aus den verschiedenen Begriffen von Neutralitätspolitik, die schon erwähnt wurden, ergeben sich meiner Ansicht nach zwei Folgerungen. Erstens: Das Fehlen eines einheitlichen Neutralitätsmodells theoretischer oder praktischer Art macht die Beurteilung der Neutralitätspolitik schwierig. Zweitens: Die Analyse und die Bewertung der Neutralität ist nur im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Lage und den Richtungen der Entwicklung möglich.

Die Gruppe der neutralen europäischen Staaten, die mit den bestehenden politischen und militärischen Bündnissen nicht verbunden ist, stellt heute einen wichtigen Bestandteil der politischen Struktur in Europa dar. Eine Reihe mittlerer, kleiner und kleinster Staaten bleibt außerhalb der NATO und des Warschauer Vertrages. Jeder dieser Staaten bestimmt einen eigenständigen Typ der Neutralitätspolitik entsprechend seinem nationalen Interesse und der internationalen Position, die er einnehmen möchte. Im allgemeinen ist es ein Kennzeichen der Neutralitätspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen, daß sie für die Entspannung, für die Festigung des Friedens und für die Sicherheit sowie für die internationale Zusammenarbeit entsprechend den Kräften und den Möglichkeiten der einzelnen neutralen Staaten durchgeführt wird.

Neutralität als Engagement für den Frieden

Neutralität bedeutet nicht, daß sich die neutralen Staaten gegenüber den Hauptproblemen der Gegenwart nicht engagieren. Und ein politisches Nichtengagement bedeutet nicht die Neutralität gegenüber den Schlüsselproblemen der gegenwärtigen Welt. Dies faßte der Präsident Finnlands, Kekkonen, in seiner Rede im Juli 1970 zusammen, als er feststellte, daß Finnland in den Fragen des Krieges und des Friedens nicht neutral, sondern ein Befürworter des Friedens und gegen den Krieg sei.

Ähnliche Gedanken legte Herr Kirchschräger im Namen Österreichs in einem Vortrag in Warschau im Januar 1971 dar, als er sagte, das höchste Ziel der österreichischen Außenpolitik sei die Aufrechterhaltung und die Sicherung des Friedens. Dabei diene dieses Ziel nicht nur der Erhaltung des Friedens in seinem Land, vielmehr müßte Österreich seine Bemühungen um die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Friedens auf die gesamte Welt richten. Das ist wichtig für die Analyse der Neutralitätspolitik überhaupt.

Wir meinen, daß die Politik der neutralen Länder als ein aktives Engagement für die Sache des Friedens verstanden werden muß und in der internationalen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Erhöhung der Sicherheit ein positiver Faktor ist. So gesehen, stimmen die nationalen Interessen der neutralen Staaten mit den Sicherheitsinteressen des ganzen Kontinents überein.

Die Bedeutung der Neutralität beim Aufbau des europäischen Systems

Es scheint mir auch unbestritten, daß die Idee der Neutralität bei der Gestaltung der gegenwärtigen europäischen Struktur eine positive Rolle gespielt hat. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die damalige politische Doktrin der Vereinigten Staaten auf den sogenannten Kalten Krieg und auf das Balancieren am Rande des Krieges ausgerichtet war und in diesem Sinne militärisch, politisch und ökonomisch die Teilung Europas und der Welt förderte, da hat die Neutralitätspolitik dieser Entwicklung, die wir schon damals für gefährlich hielten, vielleicht gewisse Grenzen gesetzt.

Tatsächlich bedeutete die Neutralitätspolitik damals unter den gegebenen Umständen im gewissen Sinne die Realisierung der Ideen der friedlichen Koexistenz. Heute wird die Koexistenz fast überall als die einzige Alternative für die friedliche Entwicklung in Europa und in der Welt anerkannt. Die sozialistischen Staaten, die von Anfang an gegen den Kalten Krieg und gegen die Bildung der antagonistischen Militärblöcke auftraten und sich konsequent für die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens in den internationalen Beziehungen aussprachen, schätzten die Neutralitätspolitik auf dem europäischen Kontinent sehr hoch ein.

Der vor gar nicht langer Zeit in bestimmten politischen Kreisen im Westen geübten Kritik an der Neutralität hat bekanntlich der finnische Präsident Kekkonen eine würdige Antwort erteilt. In dieser Kritik an der Neutralität wird, so meine ich, die übergeordnete Rolle des Friedens für die internationale Sicherheit angesichts der bestehenden ideologischen oder Systemunterschiede in Frage gestellt.

Glücklicherweise setzt sich aber die Anerkennung dieser übergeordneten Rolle des Friedens immer mehr durch.

Der gegenwärtige Prozeß der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz auf dem europäischen Kontinent sowie die wachsende Entspannung zwischen den Völkern fördert die politische Aktivität in allen Ländern, auch in den neutralen Staaten. Das bestehende Gleichgewicht der Kräfte, auch das nukleare, überhaupt das Kräfteverhältnis im globalen Maßstab, aber vor allem die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten haben eine qualitativ neue Lage in der Welt geschaffen, die in der jüngsten Geschichte einmalig ist.

Was die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA angeht, so möchte ich kurz hinzufügen: Alles, was die Entspannung, den Frieden und die internationale Zusammenarbeit in diesen Beziehungen fördert, liegt im Interesse aller Staaten und aller Völker.

Positive Rolle der Neutralen auf der Sicherheitskonferenz

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen über die Europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit und die Rolle der neutralen Staaten machen. Was mein verehrter Kollege, Herr Thorn, zur Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen gesagt hat, sieht aus unserer Sicht natürlich anders aus. Ich möchte mir vorbehalten, darauf in der Diskussion zurückzukommen. Die Rolle der neutralen Länder beurteilen wir für die Phase der Vorbereitung und auch der Durchführung der Konferenz positiv. Als der Vorschlag auf dem Budapester Appell zur Einberufung der Konferenz gemacht wurde, hat die finnische Regierung diese Idee in dem bekannten aide mémoire aufgenommen und ausgearbeitet. Sie hat für das Zustandekommen dieser Konferenz eine enorme Arbeit geleistet.

Überhaupt haben die neutralen Länder in der bisherigen Diskussion, etwa in Genf, interessante Vorschläge unterbreitet. Ich denke zum Beispiel an die Schweiz und an die Vorschläge zu den einzelnen Themen der Konferenz, wobei sich die neutralen Länder um eine bestimmte Entwicklung für den Verlauf der Konferenz bemühen. Darin findet die Überzeugung Ausdruck, daß die Überwindung der bisherigen Folgen der Spannungen in Europa, der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation durch Verhandlungen die Entfaltungsmöglichkeiten der europäischen Länder erweitert und die Sicherheit festigt.

Ziel der sozialistischen Entspannungspolitik

Im Westen wird oft gefragt: Welches Ziel haben die sozialistischen Länder? Was bezweckt ihre Entspannungspolitik in Europa? Gestatten Sie mir, obwohl ich kein Anhänger von Zitaten bin, eine Resolution des VI. Parteikongresses unserer Partei zu zitieren: "Unser gewähltes Ziel ist der Aufbau des gesamteuropäischen Sicherheitssystems, das uns die Aufteilung des Kontinents in militärpolitische Gruppierungen zu überwinden erlaubt. Das Ziel unserer Außenpolitik ist die Sicherung der Bedingungen der freundschaftlichen, auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhenden Zusammenarbeit der Staaten und Völker Europas." Das klingt zwar ziemlich allgemein und recht einfach, vielleicht ist es deshalb nicht für alle so gut verständlich, aber es entspricht den Tatsachen.

Wert der Neutralität im künftigen Europa

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Welchen Wert kann die Neutralität im künftigen Europa haben? In der heutigen Lage dürften sich alle, trotz mancher Unterschiede, in der Beurteilung der Neutralitätspolitik insofern einig sein, daß sie ein Teil der europäischen Struktur ist. Was die Zukunft in dieser Hinsicht angeht, so hat Herr Thorn das Bild in recht schwarzen Farben ausgemalt. Ich meine dagegen, die Frage ist, ob die Prinzipien, an denen sich die Neutralitätspolitik in der Praxis orientiert, auf Dauer die Sicherheit festigen und die friedliche Zusammenarbeit in den europäischen Beziehungen fördern.

Selbstverständlich kann die Neutralität nicht als ein absolutes Ziel betrachtet werden. Nur das entschlossene Engagement für die Sicherheit, Entspannung, Zusammenarbeit und auch die Bereitschaft, einen Teil der gemeinsamen Verantwortung für das Schicksal der europäischen Völker zu tragen, festigt die Autorität und die Rolle der neutralen Staaten in Europa. Darin sind wir wohl mit Herrn Thorn einig.

Konstruktive Politik der Neutralen für die Sicherheit aller Staaten

Meine Bemerkungen über die Bedeutung der Neutralitätspolitik für die europäische Sicherheit dürfen nun nicht so verstanden werden, als ob diese Politik einseitig im Interesse der sozialistischen Länder läge. Wir sind der Meinung, daß sie allgemein einen Wert für Europa hat, weil sie die Entspannung, die internationale Zusammenarbeit und die Festigung des Friedens fördert. Insoweit liegt diese Politik

im Interesse aller europäischen Länder. Ich möchte das besonders unterstreichen, weil ich ja vom Standpunkt Polens aus spreche, das die Garantie seiner Sicherheit im Rahmen des Warschauer Vertrages, der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft hat.

Zugleich beurteilen wir aber die Politik der neutralen Länder als konstruktiv, weil sie bestimmten immer noch vorhandenen Tendenzen zur Vertiefung der Teilung in Europa entgegenwirkt, entweder in den schon bestehenden Blöcken oder durch die Bildung neuer militärpolitischer Strukturen, die die weitere Spaltung Europas zur Folge haben könnten. Unsere Vorstellung für den europäischen Kontinent ist ein System der kollektiven Sicherheit. Bei Verwirklichung dieser Vision können neutrale Staaten eine besänftigende und ausgewogene Rolle spielen. Darin sehe ich den dauerhaften Wert der Politik der neutralen Länder für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit.

Reverdin

Ich frage mich, wie man die in den Referaten angesprochenen Probleme ordnen könnte. Vielleicht sollten wir aber die Diskussion am Anfang frei laufen lassen.

Es gibt heute in Europa neutrale Staaten. Es gibt auch Menschen, die wie ich und deren Väter schon als Neutrale geboren wurden. Deshalb wäre ich wahrscheinlich der letzte, der Ihnen klar sagen könnte, was Neutralität ist - so wie die Engländer nicht immer sehr überzeugend sind, wenn sie uns erklären, was die Monarchie ist.

Als Ausgangspunkt für die Diskussion sehe ich also die Tatsache, daß es neutrale Staaten in Europa gibt, die, darauf wurde hingewiesen, bestimmte Dienste leisten können. Obwohl die neutralen Staaten, wie alle anderen auch, ihre Außenpolitik zum Vorteil des eigenen Landes betreiben, kann man versuchen, mit ihrer Hilfe die Spannungen in Europa zu vermindern. Wieweit stehen die neutralen Staaten für eine solche Aufgabe zur Verfügung? Herr Czyrek hat es positiv bewertet, Herr Thorn etwas kritischer. Das ist schon ein Anfang für eine Diskussion.

Vielleicht sollten wir zunächst fragen, was die neutralen Staaten in der heutigen und in der zukünftigen Phase für Dienste leisten können. Damit kommen wir aber sofort zu dem großen Fragenkomplex der europäischen Sicherheit.

Ich will noch eine historische Anmerkung machen. Im Jahre 1501 haben die Eidgenossen in der Schweiz Basel in den Bund aufgenommen unter der Voraussetzung, daß es in den Zwisten zwischen den Kantonen neutral bleibe. Der Neutrale sollte als Schiedsrichter oder als Vermittler zur Verfügung stehen; denn er kann vielleicht objektiver sein als jene Länder, die in der großen Politik festgelegt sind. Das scheint mir auch zu unserem Thema zu gehören.

Moersch

Ich bin in der Schweizer Geschichte nicht so zu Hause wie Sie, Herr Reverdin. Eines ist mir jedoch aufgefallen: Die Baseler waren zwar immer die Neutralen, sie hatten aber in der Regierung auch nie etwas zu sagen. Allerdings haben sie dabei die größten wirtschaftlichen Erfolge erzielt.

Reverdin

Von 82 Bundesräten seit 1848 waren zwei Baseler, der eine war noch dazu amerikanischer Oberst; der zweite wird Ende des Jahres zurücktreten.

Mäkinen

Finnland hat schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen versucht, eine Neutralitätspolitik zu führen, die aber gescheitert ist. Wahrscheinlich war damals - wie Präsident Kekkonen einmal gesagt hat - der Neutralitätsgedanke in der öffentlichen Meinung in Finnland noch nicht tief genug verankert. Es bestand trotz der offiziellen Neutralitätserklärungen der Regierung ein tiefes Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion, das zum Teil dafür mitverantwortlich gewesen sein dürfte, daß es zum Kriege kam.

Aber bereits 1943, also während des Krieges, hielt der jetzige Staatspräsident Kekkonen, damals einfacher Reichstagsabgeordneter, auf Einladung des schwedischen Reichstages in Stockholm eine Rede. Dort sagte er, das Ziel der finnischen Außenpolitik könne, wenn es zum Frieden komme und Finnland unabhängig bleibe, nur die Neutralität sein. Denn, so meinte er, wir können nicht Verbündete der Sowjetunion werden, da wir ein anderes Gesellschaftssystem, nämlich eine westliche Demokratie haben. Wir werden, wie es Kekkonen später einem sowjetischen Führer sagte, auch nie ein

sozialistisches oder kommunistisches Land werden, falls die Mehrheit des finnischen Volkes es nicht wünscht, was er nicht für wahrscheinlich hielt.

Andererseits wollen wir nicht Mitglied in einer Allianz werden, die gegen die sozialistischen Länder gerichtet ist. In diesem Falle wären wir nur eine Außenposition dieser Allianz und würden in Krisensituationen als erste die Schwierigkeiten spüren, ohne als kleines Land in der großen Allianz ein entscheidendes Wort mitreden zu können.

So war es nach dem Kriege unser Ziel, eine Neutralitätsstellung zu erreichen. Im Jahre 1948 wurde der wichtige Vertrag zwischen Finnland und der Sowjetunion unterschrieben. Wie in der Präambel steht, berücksichtigt dieser Vertrag das Streben Finnlands, außerhalb der Interessenkonflikte der Großmächte zu stehen. Es war das erste völkerrechtliche Dokument, in dem die Neutralität Finnlands anerkannt wurde. Wir haben, wie Herr Reverdin es ausdrückte, aus einem gewissen Egoismus heraus, das heißt aufgrund unseres eigenen Staatsinteresses, die Neutralitätsstellung zu erreichen versucht, und wir betrachten sie als eine Errungenschaft.

Nach der allseitigen Anerkennung unserer Neutralität war uns bewußt, daß sie uns auch verpflichtet. Ich möchte mich da den Worten von Herrn Kirchschräger anschließen: Wir wollen wie Österreich eine Funktion im zwischenstaatlichen Leben ausüben, die nicht nur in unserem eigenen, sondern im allgemeinen Interesse liegt.

Herr Kirchschräger hat dann darauf hingewiesen, daß die Funktionen eines neutralen Landes in Zeiten des Kalten Krieges geringer sind als in Zeiten internationaler Entspannung. Das ist auch unsere Erfahrung. Wir haben oft festgestellt, daß unsere Beziehungen zum Westen wie zum Osten nur gleichzeitig gut sein können. Wenn wir Schwierigkeiten mit der einen Seite haben, beeinträchtigt das immer auch unsere Möglichkeiten für eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der anderen Seite.

Wir glauben nicht, daß wir als kleines neutrales Land eine Rolle beim politischen Brückenbau spielen können. Das ist Sache der Großmächte. Unsere Neutralitätsposition ist in erster Linie für humanitäre Angelegenheiten nutzbar zu machen. Wenn wir jetzt zum Beispiel auf Bitten der Sowjetregierung die sowjetischen Interessen in Israel vertreten, so ist das gewissermaßen auch eine humanitäre Aufgabe; denn wir vertreten ja nicht die politischen Interessen, sondern helfen einzelnen Menschen, Kontakte aufzunehmen, was sonst nicht möglich wäre.

Auch in bestimmten politischen Situationen erweist sich unsere Neutralität als allgemein nützlich. So haben wir zum Beispiel die Initiative ergriffen, damit die Europäische Sicherheitskonferenz in der Vorbereitungs- und auch in der ersten Durchführungsphase in Finnland stattfand. Der Ausgangspunkt war die Tatsache, daß damals nur zwei Staaten, nämlich die Sowjetunion und Finnland, ähnliche Beziehungen mit den beiden deutschen Staaten unterhielten.

Herr Thorn sagte, daß Neutralität eine Einschränkung der Souveränität mit sich bringe. Wir sind nicht dieser Auffassung. Für uns bedeutet die Neutralität, daß wir unsere außenpolitischen Entscheidungen allein und ohne Rücksicht auf irgendwelche Bündnisverpflichtungen treffen können. Unsere Freunde in Dänemark und Norwegen zum Beispiel können außenpolitische Entscheidungen nicht so schnell treffen, weil sie verpflichtet sind, ihre Alliierten vorher zu konsultieren. Natürlich müssen wir uns auch die möglichen Konsequenzen unserer Entscheidungen überlegen. Aber wir sind nicht der Meinung, daß die Neutralität eine diminuierte Souveränität zur Folge hat.

Karasek

Wir Österreicher verstehen die Neutralität strikt im militärischen Sinne, das heißt im klassischen Sinne des Völkerrechts. Ich bin aber einer Meinung mit Herrn Thorn, daß Neutralität darüber hinaus ein Heraushalten aus militärischen Machtpositionen bedeutet.

Dabei ist deutlich zu unterstreichen, daß für uns Neutralität ein ideologisches Bekenntnis und ein politisches Engagement nicht ausschließt. Auch Herr Czyrek sagte, Neutralität sei das Gegenteil von Nichtengagement. Wenn jemand den Ruf nach Neutralität erhebt, dann begibt er sich nicht der Möglichkeit, sich ideologisch zur einen oder zur anderen Seite zu bekennen.

Ich sage jetzt ohne Polemik: Das, was die arabische Seite im Augenblick von Japan als neutrales Verhalten fordert, ist nicht mehr das, was wir unter Neutralität verstehen. Denn wenn ich verlange: "Du mußt Dich zu meiner Sache bekennen und die Beziehungen zu Israel abrechnen", so geht das darüber hinaus, was wir jemals als Neutralität anerkennen würden.

Czyrek

Wenn Sie vom Druck der Araber auf Japan sprechen, Herr Karasek, so dürfte es nach internationalem Recht klar sein, daß die Opfer einer Aggression jedes Recht haben, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Aggression zu wehren. Daß andere Länder darin eine Verletzung ihrer Neutralität sehen, ist vielleicht vom juristischen Standpunkt aus berechtigt, bedeutet aber nicht, daß man tatsächlich die Neutralität der anderen in Frage stellen will.

Karasek

Ich habe nichts dagegen, wenn sich die arabischen Staaten als Opfer einer Aggression bezeichnen und von allen Mitteln Gebrauch machen, um dieser Aggression zu begegnen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn sie verlangen, daß man für sie Partei ergreift. Ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß man von den Japanern eine Parteinahme für die eigene Sache fordert und das dann als Neutralität bezeichnet.

Ich unterstreiche also: Wir bekennen uns zu einer Neutralität im militärischen Sinne und nicht zu ideologischer oder politischer Neutralität.

Für uns bedeutet Neutralität, daß sie die Regierung und in einem weiteren Sinne auch die verfassungsmäßigen Einrichtungen wie das Parlament bindet. Sie bindet aber niemals den einzelnen Staatsbürger. Ich knüpfe hier wiederum an das arabische Beispiel an, weil es die Dinge so gut illustriert. Als vor kurzem einige österreichische Persönlichkeiten Sympathieerklärungen für Israel abgaben, hörten wir aus Kreisen der arabischen Botschaften in Wien, daß das Bekenntnis einzelner österreichischer Staatsbürger für oder gegen Israel darüber entscheide, ob wir gegenüber den arabischen Ländern als freundschaftlich oder nicht freundschaftlich eingestuft werden. Auch diesen Standpunkt können wir unter dem Gesichtspunkt der Neutralität nicht akzeptieren.

Seit 1955 haben wir immer darauf hingewiesen, daß keine österreichische Regierung in der Lage ist, eine Zeitung zu beauftragen, aus neutralitätspolitischen Gründen so und nicht anders zu schreiben. Es gibt keinen österreichischen Außenminister oder Bundeskanzler, der irgendeinem österreichischen Staatsbürger sagen könnte, und sei er auch Politiker: "Du darfst Dich aus neutralitätspolitischen Überlegungen nur so und nicht anders bekennen." Ich halte es für wichtig zu unterstreichen, daß Neutralität die Meinungsfreiheit des einzelnen in keiner Weise einschränkt. Wenn also die Neutralität als ein großes gesamteuropäisches Ziel angestrebt wird, dann darf die Diversität und Pluralität innerhalb des neutralen Staates nicht eingeschränkt werden.

Herr Thorn, ich weiß nicht, was Sie gemeint haben, als Sie von der "Neutralisierung" Österreichs sprachen. Wir sind nicht neutralisiert; denn das Wort Neutralität ist im österreichischen Staatsvertrag nicht enthalten. Nicht die vier Großmächte haben uns 1955 für neutral erklärt, sondern das österreichische Parlament hat es in einer freiwilligen Erklärung selbst getan. Wir hätten 1955 auch anders handeln können, selbst auf die Gefahr hin, daß wir vielleicht eine längere Besatzungszeit und andere Nachteile hätten in Kauf nehmen müssen.

Die Österreicher haben 1955 die politische Entscheidung, den Umsturz des Jahres 1918 - als Österreich aus einem Fünfzig-Millionen-Reich ein Staat von sieben Millionen geworden ist;- , durch die freiwillige Neutralitätserklärung sozusagen geschichtlich ratifiziert.

Gasteyger

Ich freue mich, an einer Konferenz teilnehmen zu dürfen, auf der einmal nicht über NATO, SALT, MBFR oder andere "four letter words" noch über Konfrontation oder Kollusion der Weltmächte, sondern über die Probleme kleinerer Staaten gesprochen wird. Diese Staaten haben in den letzten zwanzig Jahren, wahrscheinlich nicht ganz zu Unrecht, nicht die Beachtung gefunden, die man als einer ihrer Angehörigen gelegentlich gewünscht hätte. Unser heutiges Gespräch zeigt erfreulicherweise, daß man den kleinen Staat, auch die Neutralität und ihren Wert bis zu einem gewissen Grade wiederentdeckt hat.

Im Anschluß an Herrn Kirchschräger möchte ich sagen, daß die Neutralität in Zeiten des Kalten Krieges in erster Linie vom neutralen Staat selbst, weniger von den Großmächten und den Bündnissystemen für nützlich gehalten wurde. Wir erinnern uns gut daran, daß die Neutralität in der Zeit der Konfrontation, des Kalten Krieges sowohl in Ost wie in West nicht immer sehr hoch im Kurse stand. Jetzt machen wir die wesentlich erfreulichere Erfahrung, daß Neutralität in Zeiten der Entspannung als nützlich auch für andere Staaten, in unserem Falle also für Europa, betrachtet wird.

In diesem Zusammenhang halte ich zwei Probleme für wichtig. Das erste bezieht sich auf den Abbau des Neutralitätsgehaltes durch die wachsende Interdependenz. Damit haben sich die neutralen Staaten bei ihren Assoziationen mit den Wirtschaftsgemeinschaften, aber auch in vieler anderer

Hinsicht zunehmend auseinanderzusetzen. Wie weit kann der Prozeß der Integration oder der wachsenden Interdependenz gehen, bis er Kern und Substanz der Neutralität, wie immer sie jeweils definiert wird, berührt? So wie sich die Entwicklung in den nächsten zehn, zwanzig Jahren abzuzeichnen beginnt, sehe ich für den Neutralitätsstatus der betroffenen Länder ernsthafte Probleme voraus.

Herr Czyrek hat erwähnt, der Wert der Neutralität liege vor allem darin, daß sich der neutrale Staat für Frieden, Sicherheit und die Förderung der Entspannung engagiere, mit anderen Worten, eine konstruktive Neutralitätspolitik betreibe. Was ist darunter aber tatsächlich zu verstehen? Churchill hat einmal über die Neutralität gesagt: "It all depends which side you are neutral on." Es hängt also alles davon ab, auf welcher Seite und unter welchem Vorzeichen man diese "konstruktive Neutralitätspolitik" betreibt. Sicher soll sie im Sinne der Entspannung, des Friedens und der Sicherheit wirken. Aber es besteht kein Zwang für den neutralen Staat, eine solche Politik zu betreiben, um damit seine Neutralität zu legitimieren. Vielmehr sollte es in seinem freien Ermessen liegen, seine Politik an seinem eigenen nationalen Interesse zu orientieren, unabhängig davon, ob sie von der einen oder von der anderen Seite als "konstruktiv" betrachtet wird oder nicht.

Herr Kirchschräger sagte ferner, durch Neutralität werde das Gleichgewicht in Europa nicht gestört. Das halte ich für eine sehr wichtige Aussage, die man sich unbedingt merken sollte. Allerdings stellt sich auch hier die Frage nach der künftigen politischen Entwicklung in Europa. Sicher stört die Neutralität, so wie wir sie heute in den neutralen oder blockfreien Staaten antreffen, das Gleichgewicht nicht. Das ist jedenfalls so lange nicht der Fall, als diese neutralen Staaten kein politisches Vakuum bilden, das möglicherweise eine Intervention von außen provozieren könnte. Gilt diese Feststellung von Herrn Kirchschräger aber auch für Staaten, die neutral oder blockfrei werden möchten?

Mit anderen Worten: Wie viele Neutrale kann Europa vertragen? Zwischen der Neutralisierung Europas, die Herr Thorn angesprochen hat, und einer Ausdehnung des Neutralitätsstatus auf andere Länder gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die man für eine weitere Entwicklung in der außenpolitischen Orientierung mancher Länder nicht von vornherein ausschließen sollte.

Würde also das Machtgleichgewicht gestört, wenn noch andere Staaten neutral werden? So hat man zum Beispiel im Westen seinerzeit das Ausscheiden Jugoslawiens aus dem Kominform positiv aufgenommen, während die Sowjetunion, das Ausscheiden Frankreichs aus der NATO begrüßt hat. Auf der jeweiligen Paktseite selbst wurde das aber nicht als entspannungs- oder stabilitätsfördernd angesehen. Die Hinnahme des Status quo, so wie wir ihn heute in Europa haben, und die Kodifikation der strategischen Parität zwischen den beiden Weltmächten sollte zumindest auf lange Sicht eine Ausdehnung des Neutralitätsstatus auf andere, wahrscheinlich durchweg kleinere Länder nicht ausschließen. Das heißt: Die Zukunft der Bündnissysteme ist auch die Zukunft der Neutralität in Europa.

Thorn

Sicher gibt es eine ganze Reihe von Zwischenstadien, Herr Gasteyger. Ich habe mich nur zu der Frage geäußert, ob ganz Europa oder große Teile von Europa, etwa die Neun, neutral sein können. Natürlich gibt es die Möglichkeit, den Neutralitätsstatus auf andere Länder auszudehnen, ob man das nun befürwortet oder nicht.

Moersch

Was die wirtschaftliche Abhängigkeit anbetrifft, Herr Gasteyger, so ist das nicht nur eine Frage der Neutralität, sondern auch eine der jeweiligen Lage. Für die Schweiz sieht es anders aus als für Österreich. Wenn die Entwicklung vernünftig weitergeführt wird, was wir alle hoffen - Herr Czyrek, ganz besonders Sie und ich in dem Punkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit;- , dann wird ein Land wie Österreich, aber auch andere Länder, zweifellos stärker in die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit hineingeraten, und zwar von beiden Seiten. Andererseits wird sich aber auch eine Abhängigkeit von den Neutralen entwickeln, je nachdem wie die Spezialisierung und Arbeitsteilung vor sich geht.

Aus diesem Grunde ist wirtschaftliche Interdependenz kein Kriterium für die Möglichkeit, machtpolitisch neutral zu sein, sondern sie ist eher ein Indiz dafür, daß alle immer mehr voneinander abhängig werden. Das ist wahrscheinlich bereits heute der Fall. Vermutlich wird sich schon in Kürze in der Energiefrage zeigen, daß Staaten mehr voneinander abhängen infolge ihrer industriellen Entwicklung als von anderen Staaten, mit denen sie vielleicht ideologisch mehr verbunden sind.

Dahrendorf

Nach meiner Meinung war es für die europäische Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte unentbehrlich, daß es auf unserem Kontinent einige Staaten gab, die beharrlich nicht den großen Militärblocken angehören wollten. Sie haben auf diese Weise Möglichkeiten der Entwicklung deutlich gemacht, die sonst vielleicht nicht so sichtbar geworden wären. Das war sowohl im Vorfeld der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit wie auch nach dem Beginn dieser Konferenz von großem Nutzen.

Ich bin nicht so sicher, daß ich dem einschränkungslos zustimmen kann, was Herr Kirchschräger in diesem Zusammenhang über die zukünftigen Möglichkeiten des Wirkens neutraler Staaten in Europa gesagt hat. Man könnte ja der Meinung sein, daß Neutralität überhaupt nur in dem Maße eine überzeugende politische Haltung ist, in dem militärische Allianzen und ihre Konfrontation die wesentlichen politischen Entscheidungen bestimmen, oder - um das zu ergänzen - in dem Maße, in dem die militärischen Allianzen schlechthin identisch sind mit den gemeinsamen Interessen, die sich im Hinblick auf andere Themen entwickeln. In dem Maße aber, in dem die politischen Interessenlagen zu Gemeinsamkeiten und auch zu Formen der Integration führen, verliert, so könnte man meinen, der Begriff der Neutralität an Bedeutung.

Konkreter: In dem Maße, in dem die internationalen Beziehungen durch internationale Wirtschaftsbeziehungen geprägt sind, kann man sehr viel schwerer ausmachen, wo der Begriff der Neutralität in der weltpolitischen Landschaft anzusiedeln ist.

Wenn es also um Fragen geht, die im GATT, im Weltwährungsfonds oder auch im zweiten Korb der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit verhandelt werden, dann ist es mir nicht so leicht zu bestimmen, welchen Sinn Neutralität in diesem Zusammenhang haben kann. Da muß man sich wohl anderer Kategorien bedienen. Dann sollte man auch von einer Weltvorstellung abgehen, in der sich in militärischer, wirtschaftlicher und in anderer Hinsicht zwei Positionen gegenüberstehen, zwischen denen sich einige wenige Neutrale befinden. In diesem Falle ist es wünschenswert, daß wir uns ein differenzierteres, ein komplizierteres System der Kooperation vorstellen und entwickeln. Das gilt nicht nur für die wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch für unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern.

Herr Kirchschräger wird es mir nachsehen, wenn ich daran interessiert bin, etwas mehr über die Rolle der Neutralität in dem, was er den Nord-Süd-Konflikt nannte, zu erfahren. Ich vermute, daß auch im Hinblick auf die großen Entwicklungsaufgaben, die vor uns liegen, und die wir noch längst nicht angemessen wahrnehmen, der Begriff Neutralität zur Definition der Eigenart bestimmter Staaten im Grunde relativ wenig hergibt. Ich meine, daß es da andersartige Schwerpunkte, vielleicht sogar andersartige Allianzen gibt, als das unter militärischem Gesichtspunkt der Fall ist.

Das gilt sicher auch für Fragen, die unsere Lebensqualität, unsere Umweltbewältigung betreffen. Was bedeutet etwa Neutralität bei der Ostseekonvention? Da geht es um ein Problem, das von den beteiligten Staaten gelöst werden muß, wobei Neutralität als Bezeichnung einer Interessenlage eigentlich ihren Sinn verliert. Das gleiche könnte man für eine Reihe weiterer Themen sagen. Dies gilt auch für die Frage, wie es mit der Stellungnahme zu Konflikten steht, an denen die Supermächte, die die Allianzen bestimmen, unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, während bei ihren Alliierten unter Umständen noch nicht einmal von einer mittelbaren Beteiligung die Rede sein kann. Diese können deshalb in ganz anderer Weise Stellung nehmen, wie das zum Beispiel die Europäische Gemeinschaft getan hat.

Ich möchte mit dieser Frage anregen, die Diskussion über den militärischen Bereich hinaus auszuweiten. Wir sollten prüfen, ob es nicht eine Verlagerung der Schwerpunkte, der Akzente der internationalen Politik gibt, die den Sinn von Neutralität verändert, vielleicht sogar verringert. Das könnte uns veranlassen, darüber nachzudenken, ob nicht ein differenzierteres System sich überlagernder Formen der Zusammenarbeit für die heutige Weltlage angemessener ist als die mit der Neutralität schon immer gesetzte, allzu einfache Einteilung in zwei einander gegenüberstehende Blöcke.

Zemanek

Ich halte das von Herrn Dahrendorf angeschnittene Problem für sehr interessant, habe aber eine andere Position als er. Ich habe in den letzten Jahren immer mehr den Eindruck gewonnen, daß die Wirtschaft von einem total unrealistischen Zukunftskonzept ausgeht. So spricht man zum Beispiel davon, daß man in Europa keinen Rohstahl mehr produzieren sollte. Den könnte man besser in Sibirien herstellen, weil da die Energie viel billiger wäre. Dort sollte man auch das Aluminium erzeugen und anderes mehr.

Solche Konzepte gehen davon aus, daß es eine Wirtschaft ohne machtpolitische Komponente gibt. Daß es die nicht gibt, zeigt der gegenwärtige Konflikt, in dem plötzlich aus nicht wirtschaftlichen Gründen, obwohl wirtschaftliche mit darin enthalten sind, ein Rohstoff abgesperrt wird. Ich glaube also nicht, daß in den Wirtschaftsbeziehungen die Machtpolitik keine Rolle spielt.

Moersch

Wenn ich Ihre Definition zugrunde lege, daß die wirtschaftliche Arbeitsteilung machtpolitisch begrenzt ist, dann würde das heißen, daß die neutralen Staaten, die sich ja machtpolitisch für neutral erklären, eine Autarkiewirtschaft anstreben sollten. Das wäre die beste Möglichkeit, von der Machtpolitik anderer unabhängig zu sein. Dafür müßte man allerdings einen hohen Preis zahlen.

Zemanek

Die Erfahrung zeigt, daß die neutralen Staaten stets eine gewisse Tendenz zur Autarkie gehabt haben, solange sie von den Konflikten in irgendeiner Weise tangiert wurden. Herr Gasteyger hat aber sicher recht, wenn er sagt, daß sich mit wachsender Interdependenz der Inhalt der Neutralität verändert.

Brinkhorst

Herr Dahrendorf hat keineswegs behauptet - wie Sie ihm vorwerfen, Herr Zemanek;- , daß Wirtschaftspolitik nicht auch Machtpolitik beinhaltet. Er hat lediglich gesagt, daß man in anderen Kategorien denken sollte und daß die Kategorie der Neutralität nicht unbedingt zutreffe, wenn es sich um Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialbeziehungen handelt. Hier stimme ich Herrn Dahrendorf völlig zu. Natürlich ist Wirtschaftspolitik auch Machtpolitik, die Frage ist nur, in welcher Hinsicht und mit welchen Zielsetzungen.

Zemanek

Die machtpolitische Komponente ist heute - das mag sich in der Zukunft ändern - aus den wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu eliminieren, so daß im wirtschaftlichen Bereich das von Herrn Dahrendorf gewünschte Denken in anderen Kategorien noch nicht möglich ist. Denn die Machtpolitik spielt in der Wirtschaftspolitik noch eine zu große Rolle. Hier unterscheiden wir uns.

Dahrendorf

Mir kommt es darauf an, ob die aus wirtschaftlichen Zusammenhängen resultierenden Machtkonstellationen mit denen deckungsgleich sind, die sich aus militärischen Allianzen ergeben. Wenn sie nicht deckungsgleich sind, entsteht eine neue Situation unter anderen machtpolitischen Aspekten auch für die Neutralen.

Zemanek

Ich meine umgekehrt: Die außerwirtschaftlichen Machtbeziehungen prägen die heutigen Wirtschaftsbeziehungen noch so stark, daß durch diese keine eigenständigen Machtverhältnisse geschaffen werden. Nehmen Sie Japan als Beispiel. Japan ist eine enorme Wirtschaftsmacht, während seine politische Macht etwa den Arabern gegenüber nur gering ist.

Herr Dahrendorf fragte dann, was Neutralität mit dem Nord-Süd-Konflikt zu tun habe. Da braucht man die Dinge doch nur beim Namen zu nennen. Die Staaten sind ehemalige Kolonialmächte. Ob sie das nun gutheißen oder nicht, und ob sie viel Geld geben oder nicht, sie werden jedenfalls für die Generationen der heute dort Herrschenden suspekt sein.

Die neutralen Staaten sind in der glücklichen Lage - dies ist ein historischer Zufall und hängt wahrscheinlich mit ihrer Kleinheit zusammen;- , keine solche Vergangenheit zu haben. Außerdem ist es für sie von Vorteil, daß sie in der Auseinandersetzung zwischen den in den Entwicklungsländern rivalisierenden Mächten keine Position bezogen haben. Das ist ein Grund, warum die Neutralen in dieser Beziehung eine Rolle spielen. Wenn Sie jemals bei den Vereinten Nationen waren, werden Sie erlebt haben, daß man als Österreicher ganz anders sprechen kann als etwa als Engländer.

Moersch

Wie weit gehen Sie bei den historischen Nicht-Kolonialmächten zurück, Herr Zemanek? Ist Österreich Rechtsnachfolger der früheren Kolonien der Donaumonarchie? Ist die Bundesrepublik Deutschland

Rechtsnachfolger der ehemaligen Kolonien des Deutschen Reiches? Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß unter den schwarz-afrikanischen Staaten in dieser Hinsicht Unterschiede gemacht werden.

Zemanek

Das sehen Sie zu formal. Die Sowjetunion war im Zusammenwirken mit den afro-asiatischen Ländern imstande, den Begriff der Entkolonisierung so festzulegen, daß man von Kolonialismus nur dort spricht, wo die Metropole vom Kolonialgebiet durch Meere getrennt ist. Und das war bei Österreich nicht der Fall, wohl aber bei der Bundesrepublik Deutschland.

Moersch

Wie war das mit Neuseeland?

Zemanek

Das ist eine Periode, die mit dem Kolonialismus so nicht identifiziert wird. Wir müssen doch wohl von einer Situation ausgehen, wie sie sich heute der in den ehemaligen Kolonialgebieten herrschenden Generation darstellt. Ich weiß, daß viele Leute in Togo oder in Tansania etwa beim Besuch des deutschen Bundespräsidenten noch immer stolz auf ihre Askari-Vergangenheit hinwiesen.

Brinkhorst

Als Repräsentant einer kleinen vormaligen Kolonialmacht möchte ich Herrn Zemanek sagen, daß die Wirklichkeit verändert werden kann. Wenn jetzt davon gesprochen wird, daß die neutralen Länder eine besondere Verantwortung gegenüber der Dritten Welt haben, dann muß man darauf hinweisen, daß die Europäische Gemeinschaft heute versucht, ihre Beziehungen zur Dritten Welt in eine andere Perspektive zu stellen, obwohl sich die Situation in den letzten 10 bis 13 Jahren nicht grundlegend gewandelt hat.

So ist zum Beispiel das allgemeine Präferenzsystem noch immer quantitativ beschränkt, es hat aber qualitativ eine ganz andere Orientierung gegenüber der Dritten Welt erhalten im Vergleich zur Zeit vorher. Mit dem allgemeinen Präferenzsystem akzeptiert die Gemeinschaft sozusagen eine Diskriminierung, weil sich die Entwicklungsländer in einer schwächeren wirtschaftlichen Position befinden. Man kann also nicht einfach sagen, die Vergangenheit sei auch für die Zukunft bestimmend. Wir befinden uns gegenwärtig in einem Wandlungsprozeß.

Sommer

Ich halte es nicht für richtig, das Lob der Neutralität an sich zu singen. Ihr Wert oder Unwert muß sich an anderen Kriterien bemessen. Einmal an der Frage: Für wen ist dieser Zustand von Wert oder Unwert? Ich meine, er ist a priori von Wert bloß für die Neutralen selber. Er wäre von Wert auch für alle jene, die der Zucht der Pakte zu entrinnen suchen, wenn sie dies schafften. Bisher hat es keiner geschafft. Die Ungarn haben sich im November 1956 für neutral erklärt. Das hat nicht sehr lange gedauert.

Den zweiten Maßstab, mit dem man Wert oder Unwert der Neutralität bemessen muß, liefert die Frage: Zwischen wem oder gegenüber wem neutral? Darauf gibt es keine allgemeine Antwort, sondern immer nur eine partielle. So kann man sich für neutral erklären zwischen Israel und den arabischen Staaten oder zwischen Pakistan und Indien und dennoch nicht neutral sein etwa gegenüber der Sowjetunion oder auch gegenüber den Vereinigten Staaten. Das muß man auseinanderhalten.

Ich bezweifle, daß die mitunter geäußerte Behauptung stimmt, das Thema Neutralität gewinne immer mehr an Bedeutung für die europäische Sicherheit und damit auch für den Erfolg der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Hier werden sich andere Entwicklungsstränge als stärker erweisen als das Suchen nach mehr Neutralität. Der dominierende Entwicklungstrend geht zur westeuropäischen Integration hin.

In diesem Zusammenhang stellt sich freilich die Frage: Wird dieses Europa der Neun oder Zehn, das da entsteht, ein großer neutraler Block in der Weltpolitik werden? Meine persönliche Antwort darauf heißt: nein. Denn dieses Europa, das sich unter großen Schwierigkeiten zusammenfindet, wird nach meiner Auffassung den größten Wert darauf legen, seine Eigenständigkeit so weit auszubauen, wie das irgend möglich mit seinen Interessen zu vereinbaren ist. Es wird die volle Entfaltung seiner Handlungsfähigkeit nach allen Seiten anstreben. Das hat aber nichts mit Neutralisierung zu tun.

In diesem Punkt stimme ich Herrn Thorn zu: In der Praxis bedeutet die Neutralität all der Länder, die sich für neutral erklärt haben oder denen Neutralität oktroyiert wurde, eben doch eine Einschränkung ihrer Souveränität. Und eine Einschränkung der Souveränität, der eigenen Handlungsfähigkeit, ist es nicht, was die Westeuropäer anstreben, wenn sie sich jetzt zu integrieren versuchen.

Nur noch eine kurze Bemerkung zu Herrn Czyrek. Auch wenn die Westeuropäer ihren Integrationsprozeß politisch, wirtschaftlich und, vielleicht unausweichlich, militärisch vorantreiben, muß das nicht die Entspannung in Europa beeinträchtigen. Es kommt darauf an, welche Kooperationsstrukturen sich neben dem Integrationsprozeß entwickeln, der in Westeuropa weitergehen wird.

Kirchschläger

Ich habe den Eindruck, Herr Sommer, Sie hätten uns, die wir aus neutralen Staaten kommen, so verstanden, als meinten wir, wenn wir vom Wert der Neutralität sprechen, daß sich die Anzahl der neutralen Staaten vermehren müsse, daß also der Wert nach einer Vermehrung der Wertträger rufe. Zumindest von den österreichischen Sprechern dürfte niemand auch nur annähernd daran gedacht haben. Wir sind nicht der Meinung, daß die Neutralität in Europa ob ihres Wertes beliebig vermehrbar ist. Vielmehr vertreten wir die Ansicht, daß den Staaten, die jetzt einen Status der Neutralität übernommen haben, eine echte Funktion zukommt, die von Nutzen ist. Aber wir haben schon im Jahre 1955, zu einer Zeit, als derartige Überlegungen in Richtung Bonn noch wesentlich stärker waren als heute, eindeutig erklärt, daß wir die Neutralität nicht als eine Exportware ansehen.

Sie haben dann gefragt: Zwischen wem und gegenüber wem ist ein Neutraler neutral? Hier haben Sie offenbar etwas vermengt. Die Neutralität in einem konkreten Einzelfall - so wie man jetzt von einem Paktstaat hörte, daß er in einem bestimmten Konflikt neutral sei;- , dieser Begriff der Neutralität war hier nicht gemeint. Ich habe den Diskussionsgegenstand so aufgefaßt, daß wir nicht von der gelegentlichen Neutralität, sondern vor allem vom Status der dauernden Neutralität sprechen.

Und meine Antwort auf die Frage: Zwischen wem und gegenüber wem, lautet: überall dort, wo es zu einer zwischenstaatlichen Konfliktsituation kommt. Das betrifft nicht die gesellschaftspolitische Situation. In diesem Punkt besteht zwischen der Opposition und der Regierung in Österreich keine Meinungsverschiedenheit. Wir wollen die Neutralität allein zwischenstaatlich verstanden wissen.

Aber da kann - und hier komme ich auf die Bemerkung von Herrn Dahrendorf zurück - auch der Nord-Süd-Konflikt mit hineinspielen. Herr Zemanek hat auf das Beispiel bei den Vereinten Nationen hingewiesen, wo es aus dem Prestigedenken heraus manchmal für einen neutralen Staat leichter ist, eine Formulierung zu finden, die den Kontrahenten annehmbar erscheint.

Das gilt für alle Konfliktparteien, nicht nur im Ost-West-Konflikt.

Sommer

Ich wollte nicht den Eindruck erwecken, Herr Kirchschläger, als zöge ich die Nützlichkeit der Neutralität in Zweifel, und zwar sowohl für die Neutralen selbst als auch für den Raum, in dem wir alle zusammen leben. Ich wollte auch keinem der Sprecher aus den neutralen Ländern unterstellen, daß er etwa einen "expansiven" oder "imperialen" Neutralismus angeregt habe.

Dagegen scheint mir die Frage wichtig, die Herr Gasteyger bereits aufgeworfen hat, ob die Neutralität, wie wir sie heute in Europa in verschiedener Ausformung sehen, für irgend jemanden sonst, sei es für ein einzelnes Land oder für eine Staatengruppe, ein Zukunftsmuster abgeben könnte.

Lassen Sie mich noch eine - vielleicht unfaire - Frage hinzufügen: Ist eigentlich die Neutralität bestimmter Länder haltbar und dauerhaft, wenn sie nicht durch die Nichtneutralität der anderen Länder gestützt wird? Sie spielten auf die Situation im Jahre 1955 an und sagten, Österreich habe damals klargemacht, daß es eine Neutralisierung der Bundesrepublik nicht befürwortete.

Konkret würde die Frage lauten: Wäre die österreichische Neutralität in ihrem jetzigen Status haltbar, wenn auch die Bundesrepublik neutralisiert wäre? Oder hängt Ihre Neutralität im Grunde davon ab, daß die Bundesrepublik dem NATO-Bündnis angehört, einem Bündnis also, das unausgesprochen auch eine Garantie der österreichischen Neutralität mitenthält?

Zemanek

Sie fragen, Herr Sommer, ob sich die österreichische Neutralität hätte aufrechterhalten lassen, wenn die Bundesrepublik neutral geworden wäre. Wenn man davon ausgeht, daß Neutralität die Funktion einer Mächterivalität in einem bestimmten Raum ist, dann ändern sich die Dinge, wenn diese Rivalität

wegfällt. Die Mächterivalität im zentraleuropäischen Raum wäre durch die Neutralisierung der Bundesrepublik aber nicht beseitigt worden. Ihre Neutralität hätte natürlich an dem Machtgleichgewicht etwas verändert, aber das Problem nicht grundsätzlich gelöst.

Wenn allerdings das goldene Zeitalter in Europa ausbricht, dann verlieren die Neutralen hier ihre beschriebenen Funktionen. In diesem Falle müßte man über andere Funktionen nachdenken, oder die Neutralität würde überhaupt ihre Bedeutung verlieren.

Schuster

Im Jahre 1955 war man in der Schweiz weithin der Ansicht, daß Europa sich eine weitere Neutralität nicht mehr leisten könnte - auch nicht die österreichische. Dieser Beurteilung schloß sich die öffentliche Meinung in Österreich nicht an. In Wien war man der Meinung, Österreich müßte noch in den Kreis der Neutralen einbezogen werden, aber für Deutschland sei dieses Modell nicht zu empfehlen. Eine deutsche Neutralität - auch wenn sie nicht nur auf die Bundesrepublik, sondern auf Gesamtdeutschland bezogen wäre - würde eine Verschiebung des Gleichgewichts bedeuten.

Damals sprach man von "disengagement", ein Begriff, der heute überholt ist. Für Österreich kam seinerzeit nur ein militärisches disengagement in Frage, während es für Gesamtdeutschland um ein politisches disengagement gegangen wäre. Dieses spielte für Österreich keine Rolle. Deshalb konnte ein disengagement in Europa auch nur hier gelingen. In Deutschland war das politische disengagement angesichts der verfestigten Strukturen in der DDR von vornherein aussichtslos.

Kirchschläger

Es ist mir an sich neu, daß das Paktverhältnis der Bundesrepublik Deutschland auch eine Garantie für die Neutralität der Republik Österreich mitenthält. Ich würde gerne wissen, aus welchen Elementen sich dieser Schluß ziehen läßt.

Ich habe schon in meinem Referat gesagt, daß es in der Welt, in der wir gegenwärtig leben, sicher paktgebundene Länder geben muß. Aber auch die heutigen Neutralen haben ihre Aufgabe. Damit will ich keine bindende Aussage für alle Zukunft machen, daß sich nicht irgendwo irgendwann ein anderes Land, so wie es ja geschehen ist, zu irgendeiner Form von Neutralität bekennt.

Mit der Einschränkung der Souveränität können Sie mich nur schwer überzeugen, Herr Sommer. Es ist richtig, daß ein immerwährend neutraler Staat keine Möglichkeit hat, einem Militärpakt beizutreten. Aber eine gewisse Beschränkung nimmt man in jedem Vertrag auf sich. Wenn Sie beispielsweise ein gemeinsames Grenzzollamt haben, dann geben Sie auch damit für einen bestimmten Bereich Ihre Souveränität auf, weil dort Grenzorgane die Autorität ausüben, deren Macht sozusagen nicht vom Volk ausgeht.

Ich bekenne mich dazu: Die Neutralität verlangt gewisse Einschränkungen in der Politik, sie verlangt gewisse Einschränkungen auch im Status, aber zugleich sind damit auch gewisse Möglichkeiten gegeben. Uns ist besonders daran gelegen, die Neutralität nicht allein als einen Status von Pflichten darzustellen und auszuüben, sondern als einen Status, der Pflichten hat, die wir anerkennen, der aber auch Möglichkeiten und Rechte gibt, die wir ausnützen wollen. So verstehen wir diesen Begriff der eingeschränkten oder nicht eingeschränkten Souveränität, über den man natürlich unterschiedlicher Meinung sein kann, weil das von der Definition des sehr dehnbaren Souveränitätsbegriffes abhängt.*

* Bundesminister Kirchschläger mußte die Tagung vorzeitig verlassen

Thorn

Da wir gerade beim Thema Souveränität sind: Herr Mäkinen hat vorhin meinem Ausdruck "diminuierte Souveränität" offenbar einen negativen Wertakzent entnommen. Denn er antwortete darauf, daß Finnland in verschiedenen Fällen handlungsfähiger und selbständiger in seinen Entschlüssen sei als etwa Norwegen. Das war von mir aber nicht gemeint. Luxemburg zum Beispiel ist nicht neutral, wir gehören vier Bündnissen an, in denen es uns sicher oft schwerer fällt, einen Entschluß zu fassen als Finnland.

Ich habe nur eine juristische Definition für Neutralität gegeben. Das heißt, wenn man sich für neutral erklärt, verzichtet man darauf, Krieg zu führen; da gibt es ebenfalls Nuancen. Natürlich bedeutet es eine Einschränkung der Souveränität, wenn man auf dieses Recht verzichtet. Aber ich sehe darin keine negative Wertschätzung. Herr Sommer hat bereits gesagt, die Westeuropäische Union, wenn sie zustande kommt, will auf nichts verzichten, sondern die volle Souveränität erreichen.

Ich habe also nicht gemeint, daß ein neutraler Staat juristisch gesehen eine reduzierte Souveränität hat und in dem Sinne etwa nicht vollwertig sei.

Zemanek

Ich verstehe nicht, Herr Thorn, daß Sie den Verzicht auf Krieg als Beispiel für die verminderte Souveränität der Neutralen anführen. Alle, die wir hier um den Tisch sitzen, sind Angehörige von Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, mit Ausnahme der Schweiz. Damit haben wir alle die Verpflichtung übernommen, keinen Krieg zu beginnen. Diese Einschränkung der Souveränität teilen wir also alle. Das ist kein besonderes Kennzeichen für den Neutralen.

Moersch

Wir sind uns wohl alle darüber im klaren, daß es die klassische Souveränität bei keinem der europäischen Staaten - ich rechne die Sowjetunion nicht dazu - mehr gibt. Hier muß ich Carl Schmitt zitieren, der sonst nicht meiner Richtung entspricht, in diesem Fall hat er recht: Souverän ist, wer den Ausnahmefall entscheidet. Das kann man gerade im Nahen Osten überprüfen, wer dort den Ausnahmefall entscheidet und wer nicht.

Zemanek

Es ist bemerkenswert, daß wir jetzt Formalkriterien diskutieren, weil die Definitionen so wenig inhaltsbestimmt sind, daß jeder sich das darunter vorstellen kann, was er gern möchte. Wenn man von den Formalkriterien der Souveränität ausgeht, wird man mit Herrn Moersch sagen müssen, daß es keine absolute Souveränität mehr gibt. Wir schreiben das zwar weiter in unsere Bücher hinein, aber in dem Sinne, in dem man es früher verstanden hat, gibt es keinen souveränen Staat mehr. Denn die Interdependenzen reichen heute in so weite Bereiche hinein, daß kein Staat, auch keine Supermacht, Entscheidungen völlig autonom zu fällen imstande ist.

Ich halte es deshalb auch für überspitzt, Herr Sommer, diese Souveränitätserwartung an die westeuropäische Integration zu hegen. Es ist schon denkbar, daß Westeuropa sich seine völlige Entscheidungsfreiheit erringen will, die es heute nicht hat. Es möchte sie erreichen um den Preis, daß die Mitglieder ihre Souveränität aufgeben. Wird das aber genügen? Wird sich die Tatsache, daß auch Supermächte heute keine völlig autonomen Entscheidungen fällen können, nicht ebenfalls auf das vollintegrierte Westeuropa auswirken? Das müßte man näher untersuchen, bevor man eine solche Behauptung wagen kann.

Reverdin

Neutralität kann auch aus der Ohnmacht kommen. Es gibt wirtschaftliche Großmächte - Sie erwähnten Japan, in Europa gibt es eine weitere, die EWG;-, die sich politisch und militärisch in einer natürlichen Ohnmacht befinden. Ist es dann nicht eine Karikatur der Neutralität und führt das zum Gleichgewicht oder zum Gegenteil?

Mäkinen

Was die Frage der Souveränitätsbeschränkung angeht, so handelt es sich beim Begriff der Souveränität in erster Linie um einen rechtlichen Begriff. Dagegen ist es eine politische Realität, daß alle Länder, ob groß oder klein, ob Allianzmitglieder oder neutral, heute in einer gegenseitigen Abhängigkeit stehen.

Für Finnland hat der Souveränitätsbegriff auch eine besondere historische Bedeutung. 1863 begann in Finnland eine große Diskussion über Neutralität. Man befürchtete seinerzeit, daß die damaligen Unruhen in Polen zu einem europäischen Krieg führen könnten. Am 15. April 1863 schrieb die in Helsinki erscheinende Zeitung "Helsingfors Dagbladet": Finnland sehe sich der Gefahr gegenüber, in einen Kriegsschauplatz verwandelt zu werden. Es sollte sich angesichts der ständig wachsenden Kriegsgefahr in Europa für neutral erklären. Das gleiche gelte für seine Handelsflotte. Die Zeitung forderte für Finnland eine eigene Flagge und eigene Konsulate.

In der heftigen Debatte lehnte besonders der damalige finnische Finanzminister J. V. Snellman den Gedanken entschieden ab, daß Finnland neutral bleiben könne, falls Rußland einen Krieg führen sollte. Finnland ist nicht unabhängig, schrieb er, sondern nur ein autonomer Staat, der noch keine eigene Außenpolitik treibt. Es sei töricht für einen autonomen Staat, so etwas Hohes wie Neutralität anzustreben.

Dondelinger

Zweifellos geben diejenigen Staaten, die den Neutralitätsstatus nicht für sich in Anspruch nehmen, gewisse Teile ihrer Souveränität oder bestimmte Entscheidungskompetenzen auf. Aber dafür gewinnen sie in einer größeren Einheit ein Mitspracherecht, obwohl auch dieses nicht immer hundertprozentig ist - wahrscheinlich gibt es unter Gleichen immer solche, die gleicher sind als andere. Auf jeden Fall wird den nichtneutralen Staaten die Aufgabe ihrer Souveränität rechtlich und politisch in gewisser Weise kompensiert.

Es ist die Frage, ob den neutralen Staaten nicht dadurch, daß sie ihre Souveränität rechtlich behaupten müssen, also nicht aufgeben dürfen, die Möglichkeit verlorengelassen, ein Mitspracherecht in einer größeren Einheit zu bekommen. Deshalb beurteile ich auch die Hypothese skeptisch, die politische und militärische Entspannung in Europa könne so weit gehen, daß sich für kleinere, heute paktgebundene Staaten möglicherweise die Frage stellt, ob ein Neutralitätsstatus nicht von einigem Vorteil für sie wäre. Ich bin davon überzeugt, daß diese Staaten die Neutralität nicht mehr für wünschenswert halten, weil sie dadurch den Vorteil eines gewissen Mitspracherechtes in der Gemeinschaft verlieren würden.

Reverdin

Sowohl derjenige, der ein Bündnis schließt, als auch derjenige, der neutral bleibt, sucht auf irgendeine Weise seine Unabhängigkeit zu, bewahren. Wer von den beiden hat von seiner Souveränität am meisten aufgegeben? In diesem Punkt bin ich nicht ganz Ihrer Meinung, Herr Dondelinger. Der Neutrale hat zum Beispiel keine fremden militärischen Anlagen auf seinem Gebiet; das scheint mir auch ein Stück Souveränität zu sein.

Bertsch

Die Einschränkung der Souveränität durch einen neutralen Status kann durchaus eine Erweiterung sein. Das ist aber nichts Spezifisches für die neutralen Staaten, sondern ein Element der Zeit. Die DDR hat in Ausübung ihrer Hoheit "Souveränitätsrechte" im formal völkerrechtlichen Sinne aufgegeben, und zwar zugunsten der Integration unseres Systems. Deshalb verübelt es bei uns niemandem auf der anderen Seite, daß er zu ähnlichen Schlüssen kommt, wenn auch aus einem ganz anderen Motiv heraus.

Das führt mich im Anschluß an Herrn Dahrendorf zu einer weiteren Feststellung. Die Wesensinhalte der Neutralität haben sich heute natürlich gewandelt. Man könnte darüber reden, ob sich das schon so weit erstreckt, daß der Begriff der Neutralität nicht mehr das abdeckt, was mit ihm ursprünglich gemeint ist. Nehmen Sie nur die Verpflichtungen, die die Charta der Vereinten Nationen uns allen auferlegt. Eine ganze Reihe von Elementen, die früher eindeutig zum Bereich der klassischen Neutralität gehörten, sind jetzt für alle Staaten verbindlich. Ich denke etwa an die gemeinsamen Überlegungen hinsichtlich einer Definition der Aggressionsverbote und so weiter. Das sind Dinge, die früher eine andere Qualität hatten.

Nun bin ich der Meinung, daß im Jahre 1917 mit der staatlichen Existenz des Sozialismus in der Sowjetunion eine neue historische Periode begonnen hat, in der die Neutralität sich eigentlich erst sinnvoll verwirklichen konnte. Ich meine eine staatliche Neutralität, die sich auch in Vertragsform niedergeschlagen hat, auch zwischen Staaten, die nicht der gleichen weltanschaulichen Auffassung anhängen.

Wirtschaftsstrukturen müssen nach meinem Dafürhalten keineswegs deckungsgleich mit militärischen Strukturen in Europa sein. Damit nähern wir uns der Frage: Wie soll dieses Europa aussehen? Ich kann mir durchaus vorstellen, daß es eine entwickelte ökonomische Zusammenarbeit bis in die Bereiche der direkten Kooperation hinein gibt, und dennoch die bisherigen Pakte weiter bestehenbleiben. Allerdings ist es unser Ziel, daß auch die militärischen Pakte verschwinden. Doch sehe ich als Realist heute und morgen noch keine Möglichkeiten dazu.

Hahn

Wenn wir nach Wert oder Unwert der Neutralität fragen, so hat Herr Kirchschräger sicher recht, wenn er sagt, daß man den Wert entsprechend der jeweiligen Lage und den Entwicklungsbedingungen, unter denen sich die Politik der neutralen Staaten gestaltet, sehen muß. Wenn Herr Sommer fragt, ob ein integriertes Europa neutral sein kann, dann bekommt Neutralität hier eine andere Bedeutung.

Der Begriff der klassischen Neutralität hat in der historischen Entwicklung, insbesondere seit der Zeit der Oktoberrevolution, in der Tat einen Funktionswandel erlebt. Während es früher um Neutralität im Kriegsfall ging, steht heute die Funktion der Neutralität im Frieden im Vordergrund.

Es gibt aber nicht nur europäische Ausdrucksformen des Neutralitätsbegriffs. So hat der Begriff der "NichtPaktgebundenheit" in der Nachkriegsentwicklung eine bedeutsame Rolle gespielt.

Ich betrachte den Funktionswandel positiv, weil der militärische Faktor dabei an Bedeutung verliert und bestimmte Elemente der Zusammenarbeit auf die Neutralitätspolitik einen immer stärkeren Ernfluß gewinnen, wie wir hier an den Beispielen Österreichs und Finnlands gesehen haben.

Was die wirtschaftliche Verflechtung und die mögliche Entwertung des Neutralitätsbegriffs im klassischen Sinne betrifft, so ist es durchaus ein Unterschied, ob wir es mit einem Partner zu tun haben, der über ein gewaltiges ökonomisches Potential verfügt, oder mit einem Partner, dessen Potential geringer ist. Stehen also Elemente der Dominanz im Vordergrund, oder geht es mehr um den gegenseitigen Vorteil und die Gleichberechtigung der Partner?

Karasek

Sie sprechen von einem Funktionswandel des Neutralitätsbegriffs, Herr Hahn. Nun kann man sich Wandlungen von Begriffen nicht entgegenstellen, das sind Tatsachen. Man kann sich aber zu einer neutralitätspolitischen Geschäftsgrundlage bekennen, auf der man die Neutralität eingegangen ist.

Konkret gesprochen: Wir haben uns 1955 in Österreich für die Neutralität unter der Voraussetzung entschieden, daß es sich um den klassischen Typ der Neutralität nach dem Muster der Schweiz, wie es im Moskauer Memorandum vom April 1955 heißt, handelt.

Ich frage mich nun, Herr Hahn: Was soll es für einen Vorteil bringen, wenn man diesen Begriff, der deutlich beschreibbar und definierbar ist, auslaugt, indem man ihn etwa an die Nicht-Paktgebundenheit annähert. Wir Österreicher haben uns immer dagegen gewehrt, mit den nicht-paktgebundenen Staaten sozusagen in einen Topf geworfen zu werden. Wir haben da eine klare Unterscheidung getroffen. Dabei sollte es eigentlich bleiben. Wenn man hier aber eine allgemeine Wandlung mitvollzieht, dann müßten die Österreicher überprüfen, ob sie in diese Gasse hineingehen wollen.

Gasteyger

Seit Wilhelm Teil sollten die Österreicher wissen, daß es eine hohle Gasse ist.

Karasek

Da kann ich Ihnen schon jetzt sagen, daß das österreichische Parlament und die überwiegende Mehrheit der Österreicher nicht mitmachen, wenn eine solche Wandlung vor sich gehen würde. Es wäre daher nicht uninteressant, wenn Sie darüber Aufklärung geben, was Sie darunter verstehen, damit wir zumindest diese Position so klar abzeichnen, wie ich es eben versucht habe.

Hahn

Zweifellos gibt es gewisse Unterschiede zwischen der Neutralität, die Sie bekundet haben, und jener Erscheinungsform, die wir in der Dritten Welt finden. Es ist aber in den Ausführungen von Herrn Kirchschräger deutlich geworden, daß es in der Funktionsbestimmung der Neutralität eben nicht nur darum geht, sich aus bestimmten Konflikten herauszuhalten und von den Militärpakten abzugrenzen, sondern daß auch der österreichischen Politik ein positives Element für die Entwicklung der Zusammenarbeit zugrunde liegt. Diese Seite gewinnt, so meine ich, heute mehr und mehr an Bedeutung. Das spricht für Ihr Land, und das spricht für diese Funktion der Neutralitätspolitik in den europäischen Angelegenheiten.

Zemanek

Jeder neutrale Staat hat ein Interesse daran, im Rahmen der ihm gegebenen außenpolitischen oder machtpolitischen Handlungsfreiheit Konflikte, die seine Existenz gefährden könnten, zu entspannen. Denn je entspannter die Situation ist, desto weniger gefährdet ist er selbst. Es ist klar, daß sich die Möglichkeiten, an der Entspannung mitzuarbeiten, für den Neutralen erhöhen, wenn die allgemeine Atmosphäre zur Entspannung tendiert. Im akuten Spannungszustand, etwa im Kalten Krieg, kann der Neutrale, wie wir gehört haben, nur wenig tun. Das ist aber kein neuer Aspekt der Neutralität, sondern eine Funktion des aktuellen Spannungsgrades.

Stehle

Herr Bertsch und Herr Hahn nannten das Jahr 1917, das Entstehungsjahr der Sowjetunion, als den Beginn einer neuen Funktion auch von Neutralität in Europa. Das könnte man meiner Ansicht nach allenfalls in dem Sinne verstehen, daß erst durch das Entstehen der Sowjetunion als einer Großmacht und durch ihre Konfrontation mit den USA auf europäischem Boden eine neue Art von Neutralität sozusagen von Gnaden der Großmächte möglich, ja notwendig geworden sei. Dies bedeutet aber eine gewisse Verarmung des Neutralitätsbegriffs. Denn einer Neutralität, die nur von der Gnade der gegeneinander aufmarschierten Großmächte abhängig ist, kann man doch nur einen sehr begrenzten Wert zusprechen.

Es wäre interessant, einmal zu hören, welche Funktion die Staaten des Warschauer Pakts nicht nur den neutralen Ländern als solchen, sondern dem politischphilosophischen Begriff der Neutralität zusprechen. Denn der Neutralitätsbegriff verträgt sich, wenn ich es recht sehe, nur schwer mit dem ideologischen Anspruch, den die sozialistischen Staaten erheben.

Bertsch

Wir verstehen hier Neutralität zunächst einmal, das ist die Geschäftsgrundlage, als staatliche Neutralität.

Was die Ideologie angeht, so ist doch bekannt, daß wir, die wir hier zusammensitzen, nicht alle auf den gleichen Nenner kommen.

Meine Bemerkung zur Sowjetunion will ich verdeutlichen. Die Sowjetunion entstand 1917 als Staat einer neuen Qualität, mit einer neuen gesellschaftlichen, sozialen, politischen Basis auf einer geschlossenen weltanschaulichen Grundlage. Erst mit dem Eintreten eines neuen Typs von Staat in die Weltarena gibt es die Möglichkeit einer Neutralität, die über die Neutralität im Kriegsfall hinausgeht.

Sie können natürlich sagen, daß die Neutrals ihre Neutralität dadurch wahren, daß sie die eine Großmacht gegen die andere ausspielen. Für einige der Länder, die sich selbst als neutral erklärt haben und von beiden Seiten auch so respektiert werden, ergibt sich diese Möglichkeit erst durch die Tatsache, daß es neben dem bürgerlichen Staatstyp auch einen Typ grundsätzlich anderer Art gibt.

Reverdin

Sind Sie sicher, daß ein Staat dieses neuen Typs weniger aggressiv ist als ein anderer? Das hat doch wohl nur wenig mit Neutralität zu tun, Herr Bertsch.

Bertsch

Ich sprach nicht davon, welche Qualität ein neuentstandener Staat hat. Um auf Ihre Frage konkret zu antworten: Seit 1945 sind eine ganze Reihe von Staaten neu entstanden, die sich durchaus aggressiv betätigt haben. Die Neubildung eines Staates verringert also nicht automatisch die Aggressionsmöglichkeiten. Die Frage bleibt: Was für ein Staat?

Schuster

Ich muß auch noch einmal auf Ihre These eingehen, Herr Bertsch, daß im Jahre 1917 durch die Sowjetunion eine neue Neutralitätsära eingeleitet worden sei. Wenn ich es richtig verstanden habe, handelt es sich da um eine Übergangssituation in einer bestimmten Entwicklungsphase. Wollte man diesen weltpolitischen Neutralitätsbegriff übernehmen, was ich für wenig sinnvoll halte, könnte man beispielsweise davon sprechen, daß China heute eine ähnliche Neutralitätsrolle spielt.

Bertsch

Der Eintritt der Sowjetunion in die Staatengemeinschaft, und zwar als ein Staat mit einer neuen Qualität, nämlich als sozialistischer Staat, war von grundlegender Bedeutung. Dadurch hat sich in der klassischen Großmachtspolitik vieles verändert. Im vergangenen Jahrhundert hatten wir fünf Großmächte in Europa, zu denen auch Österreich und Preußen gehörten, also Staaten, die es zum Teil gar nicht mehr gibt.

Die Existenz der Sowjetunion hat den Entkolonialisierungsprozeß stark beeinflusst, und ihre Mitwirkung in den entsprechenden Ausschüssen der Vereinten Nationen hat auch erheblich dazu beigetragen,

daß wir heute in dieser Hinsicht feste Regeln haben. In diesem Sinne wollte ich auf die Bedeutung der Sowjetunion hinweisen.

Moersch

Ich bezweifle, daß es historisch richtig ist, wenn Sie die neue Staatsqualität und ihr Eintreten in die Weltgeschichte mit der Sowjetunion beginnen lassen. Geschah nicht das gleiche, als Napoleon auftrat? Hat er die alten Mächte nicht auch zu einer bestimmten Verhaltensweise veranlaßt, weil er mit der Macht Frankreichs eine revolutionäre Idee mit sich führte? Besteht da ein Unterschied in der Sache?

Bertsch

Wenn Sie lediglich das Umstürzen alter Machtstrukturen betrachten, besteht kein Unterschied. Wenn Sie aber die inhaltliche Qualität der sozialökonomischen Ordnung nehmen, haben Sie sicher Unrecht. Denn der grundlegende Unterschied besteht ja in der Veränderung der sozialökonomischen Ordnung.

Moersch

Ich habe da meine eigenen Vorstellungen über Ursache und Wirkung der französischen Revolution. Ich bin der Meinung, man kann die Geschichte nicht dort beginnen lassen, wo man sie gerne beginnen lassen möchte.

Bertsch

Dazu möchte ich einen bekannten russischen Schriftsteller zitieren, der in einer seiner Geschichten einen Beamten vorführt, der von der Entdeckung Amerikas liest. Er schaut in seinen Dienstvorschriften nach, und er findet nichts, die Entdeckung Amerikas betreffend. Deshalb schreibt er an den Rand: "Selbiges ist wieder zuzudecken."

Stehle

Für Sie als Marxist müßte es doch klar sein, daß Neutralität ohne Ideologie, ohne irgendeine Neutralitätsideologie schwer vorstellbar und wohl auch nicht praktizierbar ist. Das dürfte auch da der Fall sein, wo bestimmte Staaten aus politisch taktischen Gründen ihre eigene Neutralität in einem so formalen Sinne definieren, wie es zum Beispiel Österreich aus wohlwollenden Gründen von Anfang an getan hat.

Bertsch

Mir ist nicht klar, Herr Stehle, ob es eine Neutralitätsideologie gibt. Ich weiß auch nicht, ob die Herren in unserer Kreise, die aus neutralen Staaten kommen, Anhänger einer Neutralitätsideologie sind. Denn hier befinden sich viele, die es weit von sich weisen würden, daß es ideologiefreie Räume gibt, in denen dann eine Neutralitätsideologie angesiedelt werden könnte.

Reverdin

Ich möchte daran erinnern, daß Neutralität im Falle der Schweiz bedeutet, auf Krieg zu verzichten, wenn man nicht angegriffen wird. Das ist ein klarer Begriff. Für Österreich dürfte das gleiche gelten. Neutralität hat also einen militärischen Inhalt.

Karasek

Wie die österreichische Neutralität zu verstehen ist, steht im Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität. Ich will Ihnen nur die Elemente nennen, die darin enthalten sind: Wir verpflichten uns, keinen militärischen Pakten beizutreten; wir verpflichten uns, keine militärischen Stützpunkte auf unserem Staatsgebiet zuzulassen; und wir sagen, daß wir die Neutralität mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werden. Das alles geschieht zur Wahrung der dauernden Unabhängigkeit unseres Staates und zur Sicherung unseres Staatsgebietes. Das ist österreichische Neutralität, und zwar im klassischen Sinne des Völkerrechts.

Ich gehe sogar so weit zu sagen - Neutralitätsideologie hin, Neutralitätsideologie her -: Wenn ein Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes im Sinne dieser Elemente eine Erklärung abgeben würde, dann müßten wir ihn als neutralen Staat anerkennen, unbeschadet der Tatsache, daß er sich weiterhin als

kommunistischer Staat bezeichnet. Jeder Staat, der sich zu diesen Prinzipien bekennt, ist als neutraler Staat anzuerkennen.

Zemanek

Mit den Ausführungen von Herrn Stehle komme ich nicht ganz zurecht. Da war erstens seine Frage, inwieweit die Neutralität von der Gnade der Großmächte abhängig sei. Sämtliche Formen von Neutralität, die je bestanden haben, sind dadurch entstanden, daß es in einem bestimmten Gebiet eine Rivalität zwischen zwei Machtpotentialen gab und keine dieser Mächte imstande war, das Gebiet in die eigene Interessensphäre einzugliedern.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, diese Situation zu gestalten. Eine davon ist die Neutralität, wenn das Gebiet imstande ist, den eigenen politischen Willen genügend stark zu artikulieren. Deshalb war historisch gesehen jede Neutralität von der Gnade oder Ungnade der Großmächte abhängig. Ich würde allerdings nicht von Gnade, sondern eher von der Ohnmacht der Großmächte sprechen, nämlich dieses Gebiet der eigenen Interessensphäre einzugliedern.

Zweitens habe ich Schwierigkeiten mit der Neutralitätsideologie. Verstehen Sie darunter im wertfreien Sinn einen gemeinsamen Bewußtseinsinhalt, der die Bevölkerung dieses Gebietes integriert? Umfragen über das Selbstverständnis der Neutralität in Österreich zeigen, daß wir noch viel zu tun haben, bevor die Neutralität zu einem integrierenden Faktor wird. Oder meinen Sie damit die Tatsache, daß ein neutraler Staat versucht, sich ein außenpolitisches Konzept zurechtzulegen und danach zu handeln?

Stehle

Es gibt nicht nur eine einzige, sondern verschiedene Neutralitätsideologien. Anders gesagt: Natürlich legt sich jeder neutrale Staat ein Konzept seiner Neutralitätspolitik zurecht: Zum Beispiel sagte Herr Karasek, daß in der Definition der österreichischen Neutralität von einer dauernden Wahrung der Unabhängigkeit die Rede ist. Neutralität bedeutet also nach österreichischer Vorstellung Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit ist offenbar nur dadurch zu wahren, daß man sich im Konflikt der Großmächte für neutral erklärt. Welche Unabhängigkeit ist hier gemeint? Die Unabhängigkeit von einem Bündnis oder die eines Staates im Sinne der Souveränität?

Zemanek

Lassen Sie mich darauf folgende Antwort geben: Eine der Lösungen einer solchen Situation besteht darin, daß im Falle rivalisierender Interessen zweier Großmächte oder zweier Mächtepotentiale in einem Gebiet die Teilung des Landes erfolgt. Dafür haben wir nach dem 2. Weltkrieg einige Beispiele. Die österreichische Lösung ist von Österreich also auch im Hinblick darauf entworfen worden, daß die Einheit des Landes als unabhängiger Staat sichergestellt wird.

Karasek

Für Österreich hat sich 1955 die Frage gestellt, Herr Stehle, wie es seine Unabhängigkeit wiedererlangen könnte. Der Staatsvertrag trägt ja auch den vollen Titel: Staatsvertrag zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs. Das muß man aus dem politischen Kontext heraus verstehen. Die Sowjetunion war damals wahrscheinlich zu Recht mißtrauisch, ob ein vollsouveränes Österreich aufgrund seiner ideologischen Zugehörigkeit zum Westen nicht gleich mit fliegenden Fahnen in das Lager der NATO übergehen würde.

Deshalb hat sich die österreichische Regierung seinerzeit gefragt: Welche Möglichkeit gibt es, um die Sowjetunion und alle, die an einer Unabhängigkeit Österreichs interessiert sind, davon zu überzeugen, daß wir tatsächlich unabhängig bleiben? Da kam man zu dem Ergebnis, die Neutralität sei ein solches qualifizierendes Mittel der Unabhängigkeit. Das ist historisch gesehen der Grund, warum die Unabhängigkeit im Zusammenhang mit der Neutralität steht. Wir leugnen keineswegs, daß das gerade Sinn und Zweck der österreichischen Neutralität ist.

Reverdin

Ich kann Ihnen bestätigen, daß die nationale Unabhängigkeit seit Jahrhunderten auch Sinn und Zweck der Schweizer Neutralität ist. Später haben wir versucht, mit der Neutralität eine Politik zu treiben, die nicht nur für die Schweiz, sondern auch für andere nützlich ist.

Sommer

Herr Stehle geht es doch weniger um eine Neutralitätsideologie als vielmehr um den Zusammenhang von Neutralität und kommunistischer Ideologie. Ich sage es jetzt einmal in westdeutschem Klartext: Die sozialistischen Länder halten ja die Existenz kommunistischer Parteien in neutralen Staaten nicht für unvereinbar mit der Neutralität. Die Frage wäre, wenn man sie einmal zum logischen absurden Ende verfolgt: Falls die kommunistische Partei in einem neutralen Staat, sagen wir in Österreich, eine parlamentarische Mehrheit erhalten sollte ...

Bertsch

Das ist kein so absurder Gedanke!

Sommer

... müßte dann die Neutralität außer Kraft gesetzt werden, weil dieses Land per definitionem nicht mehr neutral sein könnte, oder müßte die KP in diesem Fall auf die Regierungsbildung verzichten?

Bertsch

Ich bin sicher, Herr Sommer, für den Fall beruft Herr Körber eine neue Sitzung ein.

Sommer

Ich möchte noch eine Bemerkung zum potentiellen Neutralitätsinteresse der Bundesrepublik machen. Hier kann ich mit aller Offenheit oder mit einer offeneren Begründung, als es einem Vertreter unserer Regierung möglich wäre, sagen: Westdeutschland ist heute kein Kunde mehr für einen neutralen Status, auch kein potentieller Kunde oder Interessent. Es ist richtig, daß es Zeiten gegeben hat, in denen starke politische Kräfte in der Bundesrepublik die Neutralität anstrebten, aber immer nur unter dem Aspekt, die Wiedervereinigung zu erlangen. Seit Ende der fünfziger Jahre macht sich aber niemand bei uns mehr die Illusion, daß die Wiedervereinigung um den Preis der Neutralisierung Gesamtdeutschlands in den Grenzen von Bundesrepublik und DDR noch zu haben wäre. Damit ist die Neutralisierung als Instrument einer Wiedervereinigungspolitik uninteressant geworden.

Nun gibt es manche, auch unter unseren Freunden im Westen, die meinen, vielleicht sei die Ostpolitik, die in den letzten drei oder vier Jahren ins Werk gesetzt wurde, im Kern gar nicht die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit, sondern in Wahrheit nur der getarnte Anfang einer neuen Wiedervereinigungspolitik, also bloß eine Durchgangsstation zum Neutralismus. Diese Behauptung läßt sich dementieren, ohne daß man sich dazu einer längeren Beweisführung unterziehen müßte. Diese Politik bedeutet auf absehbare Zeit das Ende der Wiedervereinigungspolitik. Was wir jetzt machen, ist der Versuch einer Nicht-Wiedervereinigungspolitik mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die da nun einmal nebeneinander entstanden sind, soweit wie möglich zu verbessern. Insofern bedeutet es das Ende der alten Illusionen und nicht den Anfang einer neuen Illusion.

Vielleicht ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis einer Emnid-Umfrage aus der jüngsten Zeit interessant. Danach glauben nur noch 2 Prozent der Befragten sicher an eine Wiedervereinigung, nur noch 7 Prozent meinen, daß es vermutlich dazu kommt. Auf die Frage, ob man damit rechnet, daß die Trennung zwischen DDR und Bundesrepublik in absehbarer Zeit fortfällt und wieder ein gemeinsames Deutschland entsteht, antworteten 53 Prozent negativ. Und auf die Frage: Was halten Sie für vordringlicher, die Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik oder eine westeuropäische Vereinigung? sprachen sich nur noch 23 Prozent für die Wiedervereinigung aus, der westeuropäischen Integration gaben 65 Prozent den Vorrang. Im Jahre 1965, also vor acht Jahren, waren noch 69 Prozent für den Vorrang der Wiedervereinigung gewesen. Es zeigt sich: Der psychologische Boden für eine Politik, die auf Neutralisierung ausgerichtet wäre, ist in den letzten Jahren einfach dahingeschwunden.

Brinkhorst

Ich höre mit Interesse, Herr Sommer, daß Deutschland kein Klient mehr für die Wiedervereinigung ist. Allerdings sind die Umfrageergebnisse, die Sie zitieren, für mich nicht ganz überzeugend. Wir hatten vor kurzem in Holland auch eine Umfrage, bei der es um den autolosen Sonntag ging. Am ersten Sonntag war das Wetter schön, und 75 Prozent der Bevölkerung waren dafür, zur Verhinderung der Energiekrise in Zukunft einmal im Monat sonntags nicht zu fahren. In der folgenden Woche hat es dann geregnet, und bei einer erneuten Umfrage waren nur noch 30 Prozent dafür, während 45 Prozent doch keinen autolosen Sonntag zu machen wünschten.

Moersch

Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß Umfrageergebnisse wesentlich mit von den Fragen abhängen, die man stellt. Hier gibt es keine wirkliche Objektivität. Die Zahlen, die Herr Sommer genannt hat, stammen auch nicht aus Umfragen, die die Bundesregierung veranlaßt hat.

Um aber keinen Zweifel zu lassen, stelle ich fest, daß sich die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland seit langem für die Westintegrationspolitik entschieden hat. Jede Verbesserung der Lage in ganz Deutschland ist nur möglich im Zuge einer Verbesserung der Lage in Europa. Die Zusammenarbeit im westlichen Bündnis, die Westintegrationspolitik, ist also die Voraussetzung für jede speziell im mitteleuropäischen Bereich auf deutsche Belange gerichtete Politik.

Die Frage der Sicherheit hatte somit für die Bevölkerung in der Bundesrepublik immer und in jedem Falle den Vorrang, was sie in Wahlen zum Ausdruck brachte. Die Politik der Normalisierung und Entspannung gegenüber den osteuropäischen Staaten basiert auf dieser westeuropäischen Zusammenarbeit, insofern stand die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland schon viel länger fest, bevor sie ins Bewußtsein der westeuropäischen Öffentlichkeit und der Weltöffentlichkeit eingedrungen ist. Das Hauptziel ist, darin stimmen alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik überein, politische Bedingungen für eine friedliche Entwicklung zu schaffen, Konfliktstoffe zu vermindern, wenn nicht zu beseitigen.

Mancher wird sich daran erinnern, daß die beiden Parteien, die heute die Bundesregierung bilden, vor zwanzig Jahren diesem Weg gegenüber sehr skeptisch waren, so zum Beispiel meine eigenen Freunde, wie Thomas Dehler und andere. Auch die Sozialdemokraten standen bis zum Jahre 1960 in großer Distanz gegenüber dem Beitritt zum NATO-Bündnis, weil sie noch an eine Möglichkeit dachten, einen bündnisfreien deutschen Staat zu bilden - um mich vorsichtig auszudrücken. Das alles ist von den weltpolitischen Entwicklungen längst überholt worden. Es ist vielleicht eine gewisse Ironie der Geschichte, daß gerade die Parteien, die anfangs dieser Entwicklung skeptisch gegenüberstanden, den Weg, den andere vorgezeichnet haben, weitergegangen sind.

Dabei möchte ich allerdings auf die entscheidenden Ausnahmen in der SPD und in der FDP hinweisen. Im Jahre 1957 hat der jetzige Bundeskanzler in seiner Partei für den Beitritt zum NATO-Bündnis gestimmt, und in der FDP hat der jetzige Außenminister vor 15 Jahren den Beitritt zu den römischen Verträgen befürwortet. Er stand damit im klaren Widerspruch zu der damaligen Mehrheitsauffassung in seiner Partei und vor allem zu seinem Vorsitzenden Thomas Dehler. Diese beiden Politiker gehörten damals der Minorität in ihren Parteien an und haben gesagt, es sei unreal, den Versuch zu machen, ein bündnisfreies Deutschland anzustreben. Gerade diese beiden Politiker sind heute verantwortlich für die Außenpolitik der Bundesrepublik.

Czyrek

Herr Thorn hat davon gesprochen, daß nach dem Kriege im Osten viele Änderungen eingetreten seien und wir deshalb mit so großem Nachdruck das Prinzip der Anerkennung und der Unverletzlichkeit der Grenzen betonen würden. Wir haben die Grenzfragen zwischen den sozialistischen Ländern geregelt. Da gibt es keinen Streit mehr. Wir haben auch keinen Zweifel daran, daß die Frage der Grenzen im Westen, von kleinen Ausnahmen wie Gibraltar und Irland abgesehen, ebenfalls gelöst ist. Wir sind froh darüber.

Worum es allein geht, ist die Frage, ob wir die Grenzen zwischen dem Osten und dem Westen in Europa anerkennen. Wir wollen, das möchte ich mit Nachdruck sagen, keine Wiederholung der europäischen Sicherheitskonferenz von Locarno aus dem Jahre 1925, in der die Frage der Grenzen im Westen geregelt, aber die der Grenzen im Osten offengelassen wurde - aus Gründen, die wir heute genau kennen. Wenn wir also in Europa eine größere Sicherheit erreichen wollen, die auf gegenseitigem Vertrauen aufbaut, dann müssen wir ein klares Wort zu den Grenzen sagen.

Sommer

Wie oft sollen wir es Ihnen denn noch sagen? Wie viele Verträge müssen denselben Inhalt festschreiben, bis Sie es endlich glauben?

Bertsch

Eine gute Sache kann man nicht oft genug sagen.

Czyrek

Wir stützen uns bei der Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen auf die bestehenden Verträge. Das haben die Bundesrepublik und auch andere Länder nicht akzeptiert. Man hat uns allerdings versichert, daß man zwar in bilateraler, aber nicht in multilateraler Hinsicht zu den Verträgen steht. Es ist uns schwer verständlich, warum das so ist. Deswegen haben wir uns gegen die Versuche gewehrt, die Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen nur unter dem Aspekt des Gewaltverzichts zu sehen. Nach unserer Meinung kommt es darauf an, das Vertrauen zu stärken. Deshalb reicht ein Gewaltverzicht nicht aus.

Moersch

Was die Frage der Unverletzlichkeit der Grenzen angeht, Herr Czyrek, so muß ich auf das verweisen, was auch Herr Thorn schon gesagt hat. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir gegen jede Art von gewaltsamer Änderung der Grenzen sind. Das heißt, wir respektieren die Grenzen, so wie sie sind. Aber wir bringen unmißverständlich zum Ausdruck, daß eine Aufhebung der Grenzen durch den Vollzug des Volkswillens nicht ausgeschlossen werden kann - das würde zum Beispiel auch den UNO-Satzungen widersprechen.

Wir respektieren also den Willen der Völker, etwa in der Europäischen Union ihre Eigenstaatlichkeit aufzugeben. Darauf können wir nicht durch Verträge multilateraler Art verzichten. Das ist bei uns ein Verfassungsgrundsatz. Es geht dabei um keine Hintertür. Aber ich bin der Meinung, es sollte genügen, wenn wir es mehrere Male gesagt haben.

Bertsch

Die Vermutung von Herrn Thorn, daß die sozialistischen Staaten möglicherweise deshalb so sehr die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit anstreben, weil es ihnen gewissermaßen um die Absegnung der Grenzen zwischen den sozialistischen Staaten gehe, ist in der Tat irrig. Deshalb bedürfte es keiner Europäischen Sicherheitskonferenz. Das ist seit Jahren in Ordnung. Was speziell die Beziehungen meines Landes zur Volksrepublik Polen betrifft, so war der erste außenpolitische Hoheitsakt der DDR eben die Festlegung dieser Grenzen.

Solange Grenzen überhaupt noch in Frage gestellt werden, Herr Moersch, nicht unbedingt staatlicherseits, aber von bestimmten Personengruppen, halte ich es nicht für so abwegig, auf die Gefährlichkeit des Problems der "einvernehmlichen Regelung neuer Grenzen" hinzuweisen.

Hahn

Wenn hier von einer - auch mehrmaligen - Festschreibung der Grenzen die Rede ist, so handelt es sich dabei für uns vor allem um die Konsolidierung des Grundbestandes der Nachkriegsentwicklung. Wenn man daran rüttelt, zerstört man die Fundamente der europäischen Beziehungen. Von daher sind unsere Widerstände gegen solche Fragestellungen zu verstehen.

Haagerup

Für mich sind in dieser Diskussion zwei Dinge bedeutsam. Einmal ist es die Differenzierung des Neutralitätsbegriffs. Es gibt gewissermaßen kein Neutralitätsmodell, an dem sich die neutralen Staaten orientieren könnten. Vielmehr ist die Neutralität für jedes neutrale Land eine spezifische. Zweitens fällt mir die Relativierung des Neutralitätsbegriffs auf, das heißt die Einstellung zur Neutralität hat sich in den letzten Jahren verändert.

Dafür will ich ein Beispiel anführen. In den fünfziger Jahren konnte man den Eindruck gewinnen, daß viele osteuropäische Länder, insbesondere die Sowjetunion, der Ansicht waren, Dänemark und Norwegen hätten einen großen Fehler gemacht, als sie 1949 der NATO beitraten. Als Chruschtschow, ich glaube 1960, Norwegen und Dänemark besuchte, sagte er ganz offen, wie es für ihn typisch war: Da haben Sie einen großen Fehler begangen; das müssen Sie korrigieren. Neutralität wäre für Sie viel besser. Zehn Jahre später besuchte uns Kossigyn, und er hat dergleichen nicht mehr geäußert. Man liest heute in der sowjetischen Presse und in den osteuropäischen Zeitungen viele Artikel, die die Situation im Norden genauso beschreiben, wie Herr Thorn es getan hat: es sei ein ruhiges Gebiet in Europa. Hier hat sich offenbar eine Änderung vollzogen.

Vor zehn oder auch noch vor fünf Jahren herrschte die Vorstellung, daß es so etwas wie ein Neutralitätsmodell gäbe. Man glaubte damals, daß es für kleine Länder in Europa, wie Dänemark, Norwegen und auch andere, gut wäre, zu den neutralen Ländern zu gehören. Heute vertritt man offenbar eine andere Auffassung.

Reverdin

Ihr Hinweis ist interessant, Herr Haagerup. Denken Sie nur an den Rapacki-Plan. Es gab eine Zeit, wo man vom Osten her verlangte, daß ein Teil Europas neutralisiert werde. Heute fordert man das nicht mehr. Diese Wandlung ist in der Tat bemerkenswert.

Vor zehn Jahren bestand im Osten eine Tendenz, Zentraleuropa entweder atomar oder ganz zu neutralisieren. Ich bin nicht sicher, ob man auf diese Idee nicht noch einmal zurückkommen wird.

Militärisch befindet sich Westeuropa zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in einer Situation, in der es nicht in der Lage ist, sich unter allen Umständen zu verteidigen. Es ist zum Teil von der Zusammenarbeit mit den USA abhängig. Das gleiche gilt für die Staaten Osteuropas in Bezug auf die Sowjetunion.

Ich möchte daran erinnern, daß der Wunsch nach Neutralität am Anfang immer von einer militärischen Situation bestimmt wird. Der betreffende Staat will sich militärisch nicht binden, keine Stützpunkte für fremde Truppen auf seinem Territorium haben und keine Verträge unterzeichnen, die ihn automatisch in einen Krieg führen könnten gegen einen Gegner, der ihn nicht direkt angegriffen hat.

Herr Gasteyger und Herr Dahrendorf haben darauf hingewiesen, daß mit der wirtschaftlichen Integration und Zusammenarbeit die Basis für die Neutralität immer schmaler wird. Herr Kirchschräger hat von der möglichen Rolle der neutralen Staaten gegenüber der Dritten Welt gesprochen. Ich persönlich bin da skeptisch. Sicher können hier kleine Staaten gute Dienste leisten, aber warum müssen das nur die Neutralen sein?

Wir wollen die Frage der Neutralität, der möglichen Dienste der neutralen Staaten im Rahmen des großen Problems der europäischen Sicherheit erörtern.

Arnaud

Herr Kirchschräger und Herr Reverdin haben darauf hingewiesen, daß die Frage nach dem Wert der Neutralität im Hinblick auf die europäische Sicherheit unterschiedlich gesehen werden muß, je nachdem, ob es sich dabei um Länder handelt, die bereits den Status der Neutralität besitzen, oder aber, ob man die mögliche Neutralität solcher Länder ins Auge faßt, die gegenwärtig noch einem der Bündnisse in Europa angehören. Wir sind uns hier alle darin einig, daß die Neutralität zum Beispiel Österreichs oder der Schweiz für die europäische Sicherheit förderlich ist. Aber Neutralität ist natürlich kein Allheilmittel.

Wie ist die Neutralisierung eines Landes zu beurteilen, das jetzt noch einem der Bündnisse angehört? Bei dieser Hypothese lassen sich theoretisch drei Fälle unterscheiden. Der erste Fall entspricht folgender Situation: Ein kleines oder mittelgroßes Land, das geographisch in der Randzone des Bündnisses liegt, dem es angehört, entschließt sich, aus dem Block auszutreten und sich für neutral zu erklären. Da es sich um ein Land von geringer militärischer Bedeutung handelt, würde das Kräftegleichgewicht in Europa nicht wesentlich gestört werden. Ein solcher Schritt würde also der europäischen Sicherheit nicht schaden. Er stellte lediglich die Ausübung eines Rechtes dar, das untrennbarer Bestandteil der Souveränität eines Staates ist.

Wenn dieser Entschluß von dem betreffenden Land gefaßt und ausgeführt werden könnte, ohne einen Einspruch oder andere Reaktionen hervorzurufen, dann wäre das zweifellos für die Sicherheit aller günstig. Damit wäre nämlich der Beweis erbracht, daß es möglich ist, aus einem Bündnis auszutreten und die Zahl der neutralen Staaten zu vermehren, ohne dadurch zwangsläufig die ehemaligen Verbündeten feindlich zu stimmen und/oder ihnen gegenüber eine feindliche Haltung einzunehmen. Der in dieser Hypothese behandelte Staat hätte damit gezeigt, daß die Machtblöcke flexibler sind, als man heute annimmt. Das würde dazu beitragen, das gegenseitige Mißtrauen abzubauen. Gleichzeitig erschiene ein weiteres Österreich oder Schweden auf der europäischen Bühne. Eine solche Entwicklung wäre im ganzen gesehen eher positiv zu bewerten.

Die zweite Hypothese betrifft die Neutralisierung von Staaten, denen durch ihre strategische Lage und ihr Militärpotential eine große Bedeutung zukommt. Diese Hypothese wurde bekanntlich zur Theorie erhoben und als solche seit Ende des Krieges in zahlreichen Abhandlungen vorgetragen. Auch hier geht es im wesentlichen darum, das Kräftegleichgewicht zu erhalten, auf dem die europäische Sicherheit zur Zeit beruht. Daher haben sich die Vertreter dieser These die gedachte neutralisierte Zone immer beiderseits der Linie vorgestellt, die man früher den Eisernen Vorhang nannte. In diese Zone sollten insbesondere die beiden deutschen Staaten fallen. Einige dieser Autoren waren der Ansicht, daß diese Lösung den Vorteil hätte - darauf wies Herr Sommer hin;- , die deutsche Wiedervereinigung zu erleichtern.

Es wird niemanden verwundern, daß eine solche Theorie in Frankreich zu ernsthaften Bedenken Anlaß gibt. Im Gegensatz zu der ersten Hypothese, wo ein Staat sich individuell und spontan zur Neutralität entschließt, müßte man hier davon ausgehen, daß die Statusänderung gleichzeitig mehreren Staaten von der internationalen Gemeinschaft mehr oder weniger aufgezwungen würde. Zumindest würden die betroffenen Staaten einem entsprechenden Druck ausgesetzt, um dieser Änderung zuzustimmen. Ist es doch höchst unwahrscheinlich, daß in beiden Lagern jeweils zwei oder drei Länder zum gleichen Zeitpunkt den unwiderstehlichen Drang zur Neutralität verspüren. Anders als im ersten Beispiel, wo es sich eindeutig um die Anwendung des eigenen Hoheitsrechtes handelte, würde im zweiten Fall das in unseren Augen grundlegende Prinzip der Souveränität beeinträchtigt.

Selbst wenn man aber annimmt, es sei möglich, diesseits und jenseits der Demarkationslinie zwischen den beiden" Allianzen eine ausgewogene Zone mit klaren Konturen abzustecken, so daß die östlich und westlich dieser Linie erfaßten Staatengruppen vom militärischen Standpunkt aus gesehen gleichwertig sind und das wäre sicher nicht der Fall;- , bestünde die Gefahr, daß die militärische Lage dadurch aus dem Gleichgewicht geraten würde. Denn die erwähnte Demarkationslinie trennt Europa keineswegs in zwei auch nur annähernd gleiche Teile. Vielmehr sind die östlichen Gebiete unvergleichlich größer als der westliche Teil. Wenn sich also die Trennungslinie ungefähr in der Mitte unserer hypothetischen neutralen Zone befinden soll, wie es bei allen bis jetzt unterbreiteten Vorschlägen der Fall war, so würde das Restgebiet auf seilen der westlichen Allianz relativ stärker reduziert als das auf östlicher Seite.

Um es deutlich zu sagen: Das Gleichgewicht wäre praktisch nicht mehr gegeben. Daher gilt das, was Außenminister Jobert am 12. November 1973 in seiner Rede vor der französischen Nationalversammlung unterstrich: "In Anbetracht der Tatsache, daß die Sicherheit der europäischen Staaten gegenwärtig auf dem globalen Gleichgewicht zwischen amerikanischen und sowjetischen Streitkräften beruht, erscheint es uns willkürlich und illusorisch, lediglich die Kräfte zu vergleichen, die in einer Zone Mitteleuropas zusammengeschlossen sind."

Unabhängig von den strategischen Überlegungen, die uns zwangsläufig zu dem Begriff der Asymmetrie führen, gibt es aber auch politische Gründe, die gegen eine solche Neutralisierung sprechen. Herr Thorn hat bereits auf die Schwierigkeiten der Kontrolle einer solchen Neutralisierung und ihre Risiken hingewiesen. Die Neutralisierung einer in Mitteleuropa gelegenen Staatengruppe würde also das militärische Ungleichgewicht verschärfen und die politische Situation komplizieren. Sie stellt daher meines Erachtens für die europäische Sicherheit keine gute Lösung dar.

Die dritte Hypothese hat einen noch spekulativeren Charakter, da sie in offiziellen Vorschlägen noch nie erwähnt wurde. Ihre Verwirklichung würde eine radikale Änderung der in Europa bestehenden Lage voraussetzen. Es handelt sich dabei um die Neutralisierung des gesamten Kontinents. Eine solche Hypothese ist nur sinnvoll, wenn die gedachte Neutralisierung nach Osten hin das sowjetische Hoheitsgebiet nicht miteinschließt. Denn das käme aus der Sicht Washingtons einer fundamentalen Veränderung des Gleichgewichts gleich, was für die Vereinigten Staaten unannehmbarwäre.

Unter den heutigen Gegebenheiten läßt sich die Neutralität nun einmal nur im Verhältnis zu den beiden Großmächten sowie zu den um sie gruppierten Lagern definieren. Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß die Sowjetunion oder die Vereinigten Staaten jemals neutral werden können, so wenig wie aus einer Katze eine Maus werden kann. Es dürfte wenig realistisch sein, sich eine Situation vorzustellen, in der sich eine neutrale Zone von Irland bis Bulgarien schaffen ließe. Selbst wenn sich dieses Gebiet in gleicher Entfernung von den beiden Großmächten befinden würde, dürften die betroffenen Länder aus der jetzt gegebenen Situation heraus kaum in der Lage sein, sich zusammenzuschließen und ihre Neutralität gemeinsam zu verteidigen - ganz zu schweigen von der Entwicklung, die sich dann in Moskau und in Washington vollziehen müßte.

Im Verhältnis zu den Supermächten hätte dieses neutrale Europa, wenn es sich wirklich organisieren ließe, ein größeres Gewicht und würde nicht, wie die mitteleuropäische Zone, von der wir vorher sprachen, Gefahr laufen, zum Spielball der Großen zu werden. Das politische Risiko der Destabilisierung wäre zwar beseitigt, nicht aber das militärische Risiko. Denn eine der beiden Supermächte befände sich in unmittelbarer Nähe dieser neutralen Zone, während die andere jenseits des Ozeans über keinen Stützpunkt mehr auf dem Kontinent verfügen würde. Das Ungleichgewicht wäre augenfällig und die europäische Sicherheit in Gefahr.

Das gleiche gilt für jenen Vorschlag, der die Auflösung der Allianzen oder die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa jetzt - ich unterstreiche jetzt - beabsichtigt. Wie bestechend solche Gedankengebäude für den Geist auch erscheinen mögen, sie zerschellen an der harten Realität, die im heutigen Europa von der Existenz zweier kontrollierender Ordnungssysteme bestimmt wird, denen zwei Ländergruppen entsprechen, die sich angesichts dieser Konkurrenz mehr oder

weniger gegenseitig bedroht fühlen. Ich behaupte daher, daß es vergeblich ist, von der Auflösung der Allianzen zu sprechen, solange diese Geisteshaltung nicht geändert wird. Diesbezüglich glauben wir in Frankreich seit langem, daß man über das Stadium der friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West hinausgehen muß, da es den Wettkampf nur organisiert und lediglich vorgibt, seine Auswirkungen einzuschränken.

Die andere harte Wirklichkeit in der heutigen Welt ist die durch das Abkommen zwischen den USA und der UdSSR vom 22. Juni 1973 offiziell bestätigte Existenz zweier Supermächte, deren immer komplizierter werdende Beziehungen sich täglich, ja von einer Stunde zur anderen - wir haben es erst kürzlich erlebt - vom guten Einvernehmen zum brutalen Zusammenstoß zuspitzen können. Ich behaupte, daß es vergeblich ist, von einem europäischen Sicherheitssystem oder von kollektiver Sicherheit in Europa zu sprechen, solange die gegebene Situation fortbesteht, und ein Ende ist keineswegs abzusehen. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten und allen anderen Staaten ist zu ungleich, als daß ein solches System den letzteren die erforderlichen Garantien geben könnte. Diese Lösung wäre vielleicht denkbar, wenn sich die beiden Supermächte in etwa gleicher Entfernung von Europa befinden würden, möglichst beide jenseits der Meere. Dann könnte ein mehr oder minder auf der Neutralität beruhendes europäisches System, wie ich es eben darstellte, von außen durch die beiden Supermächte formell in Betracht gezogen werden. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

Ich habe metaphorisch von Katze und Maus gesprochen und möchte noch einmal darauf zurückkommen. So wie die Dinge liegen, könnte man sagen, daß ein Sicherheitssystem, daß eine Katze und einige 30 Mäuse zusammenschließt, für letztere nicht unbedingt ermutigend ist. Es machte kaum einen Unterschied, wenn man die Katze zunächst aus dem Gehege heraushielte, sie aber nur einen Sprung zu machen brauchte, um darin Fuß zu fassen. Und viel besser würde die Lage auch dann nicht, wenn man statt einer Katze ein Paar in das Gehege setzte. Dann gebe es zwei Alternativen. Entweder die Katzen tun sich zusammen, um über die Mäuse zu herrschen, oder sie balgen sich nach Katzenart und verbreiten allgemein Angst und Schrecken. Dann ist es um die Sicherheit unserer Mäuse geschehen.

Die Folgerungen, die man aus dieser Analyse ziehen könnte, erscheinen vielleicht pessimistisch. Ich meine, sie sind es nicht. Im Gegenteil, unsere Überlegungen führen uns zu der Feststellung, daß die gegenwärtige Lage neben ihren Mängeln den großen Vorteil eines relativ beständigen Gleichgewichts aufweist. Der Versuch, sie durch diese oder jene auf dem ersten Blick bestechend wirkende Strukturreform zu verbessern, kann das ganze System gefährden.

Bedeutet das nun, daß man auf jeglichen Fortschritt verzichten und jede weitere Entwicklung ablehnen muß? Ganz sicher nicht. Aber man sollte sich vorsichtig im Rahmen der heutigen Strukturen bewegen, wenn man den Fortschritt wirksam fördern will. Die Strukturen auflockern, sie für gegenseitige Anregungen empfänglicher machen, die Kontakte vermehren, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern auf beiden Seiten intensivieren - durch all das würde das Mißtrauen und der bestehende Kampfgeist allmählich abgebaut.

Dieses scheinbar bescheidene Programm, das nach unseren Vorstellungen den Zielen der Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entspricht, sollte den Vorrang haben vor jedem Versuch einer Umgestaltung der Strukturen, auf denen zur Zeit die europäische Sicherheit beruht. Jedenfalls scheint es mir wichtiger, Schritt für Schritt die politischen Ursachen der Teilung Europas zu beseitigen, bevor man danach trachtet, eine Organisation zu verändern, die in Wahrheit nur deren Auswirkung darstellt, selbst wenn man sich dabei auf den schönen Begriff der Neutralität beruft.

Cagiati

Wir haben den Begriff Neutralität zwar in allen seinen ideologischen, politischen und militärischen Aspekten erörtert, aber im Hinblick auf die gegenwärtige europäische Sicherheit noch nicht genügend geprüft.

Es handelt sich hier um eine schwierige Aufgabe; denn es gibt kein objektives Konzept der Sicherheit. Es genügt zum Beispiel, an der Abrüstungskonferenz, die in diesen Tagen in Wien stattfindet, teilzunehmen, um sich darüber klarzuwerden, daß das, was die einen als Sicherheit verlangen, von den anderen als ganz unsicher beurteilt wird. Dennoch könnte der Begriff Sicherheit so interpretiert werden, daß er ein friedliches Zusammenleben in Europa gewährleistet. Das Endziel könnte ein reduziertes, kontrolliertes Rüstungspotential auf beiden Seiten sein, das zwar ausreicht, um sich zu verteidigen, aber nicht, um anzugreifen. Ein solches Ziel würde allen Ländern auf unserem Kontinent ein Gefühl der Sicherheit verschaffen, da auch die Nachbarländer nicht in der Lage wären, sich in aggressive Abenteuer zu stürzen.

Vielleicht ließe sich diese theoretisch ideale Situation durch entsprechende internationale Abkommen erreichen, aber ich meine, daß die Erhaltung der gegenwärtigen militärischen Allianzen unerläßlich ist. Der Grund liegt nicht nur darin, um Europa den Frieden zu garantieren, sondern um auch den europäischen Staaten und den USA die Gewähr zu geben, daß sie ihre gegenwärtigen politischen Zielsetzungen ungefährdet weiter verfolgen können.

Ich bin der Meinung, daß das gegenwärtige militärische Gleichgewicht die Basis für das Überleben der neutralen Inseln auf unserem Kontinent darstellt, und nicht umgekehrt, daß die Existenz der neutralen Staaten von Nutzen für die europäische Sicherheit ist. Würde sich eine Erweiterung der Neutralität auf andere Staaten negativ auf die europäische Sicherheit auswirken? Das hinge nicht nur von ihrer Zahl ab, sondern vor allem von ihrer geographischen Lage, vorv der Art ihrer Neutralität, ob sie zum Beispiel bewaffnet oder unbewaffnet ist, und von Ihrer demographischen und wirtschaftlichen Bedeutung.

Die Neutralität ganz Europas schließlich würde sicherlich destabilisierend wirken, wie Herr Arnaud eben gezeigt hat. Folglich würde sie nicht nur für die europäische Sicherheit, sondern auch für das friedliche Zusammenleben auf der ganzen Welt eine große Gefahr darstellen. Wir können hingegen annehmen, daß die Existenz einer beschränkten Anzahl von neutralen Staaten kleinerer und mittlerer Größe weder nützlich noch'schädlich für die kollektive Sicherheit auf unserem Kontinent ist. Sie haben sich historisch im Schatten eines bestehenden Mächtegleichgewichts entwickelt, dessen Frucht sie sind und nicht dessen Ursache. Sollte ihre Zahl und ihre Gesamtbedeutung so sehr wachsen, daß sie das Gleichgewicht gefährden, dann würden sie unbestreitbar einen negativen Einfluß auf die allgemeine europäische Sicherheit ausüben.

Dahrendorf

Ich möchte darauf hinweisen, daß das Thema Neutralität nicht nur im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit von Interesse ist. So verwenden beispielsweise die Länder der Assoziation südostasiatischer Staaten, Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand und die Philippinen, für ihre politischen Absichten häufig den Begriff Neutralität.

Darin zeigt sich in gewisser Weise die Weigerung, einen grundsätzlichen Vorherrschaftsanspruch der fünf Machtkomplexe im Sinne von Henry Kissinger anzuerkennen. Denn diese südostasiatischen Länder wollen sich weder einer japanischen noch einer chinesischen, noch einer sowjetischen, noch einer amerikanischen Einflußsphäre zugerechnet sehen. Vielmehr suchen sie ihre eigene Entwicklung in einer gewissen Unabhängigkeit durchzuführen.

Es ist nach meiner Meinung im Interesse einer Sicherheit durch komplizierte Geflechte von Beziehungen wünschenswert, daß Länder wie die südostasiatischen Staaten auf diese Weise ihre eigene Position gegenüber den großen Machtkomplexen definieren, die dazu neigen, dominieren zu wollen. Ich hätte nichts dagegen, wenn sich ähnliche Tendenzen auch in anderen Bereichen der Welt durchsetzen würden.

Ibler

In Jugoslawien ist die Einstellung gegenüber der Neutralität sehr positiv. Dabei haben wir die heute bestehenden neutralen Staaten, also sozusagen die konkrete Neutralität, vor Augen. In der Doktrin nehmen sich die Dinge vielleicht etwas anders aus. Man könnte sich zum Beispiel auf den Standpunkt stellen, daß in einer kriegerischen Auseinandersetzung die eine Seite das Gute und die andere das Böse verkörpert. Dann wäre es fraglich, ob es richtig ist, sich nicht auf die Seite des Guten zu stellen, weil man dadurch die Gefahr vermindert, daß das Schlechte siegt. In der Praxis sehen wir aber die Neutralität auf jeden Fall als etwas Nützliches an.

Wir sind nicht der Meinung, daß Neutralität mit der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen unvereinbar ist. Deshalb haben wir etwas mehr Verständnis für die österreichische Position als für die schweizerische. Aber auch in der Schweiz wird ja über den Eintritt in die Vereinten Nationen debattiert.

Herr Karasek hat darauf hingewiesen, daß man zwischen permanenter Neutralität und Blockfreiheit unterscheiden sollte. Das ist auch bei uns der Fall; das heißt, Jugoslawien bekennt sich nicht zur Neutralität, sondern zur Blockfreiheit. Natürlich wissen wir, daß Blockfreiheit keine Institution des Völkerrechts ist. Es ist eine politische Einstellung, auf die wir ein Recht zu haben glauben. Wir sehen nicht ein, warum wir irgendwo eingereiht werden sollten.

Wie die permanent neutralen Staaten unter sich keinen Block bilden, wollen auch die blockfreien Staaten nicht in einem disziplinierten Block leben.

Reverdin

In der Schweiz ist der Beitritt zu den Vereinten Nationen das große Problem. Dazu ist eine Änderung der Verfassung nötig, die sowohl das Volk als auch die Stände zu beschließen haben. Wahrscheinlich wäre bei dem Volk eine Mehrheit dafür, aber das reicht nicht aus, wenn die Stände dagegen stimmten. Deshalb braucht es eine gewisse Zeit, um das zu realisieren.

Bierzanek

In der Geschichte der Neutralität kann man meiner Meinung nach drei Phasen unterscheiden. Die klassische Neutralität, wie sie in der Haager Konvention registriert wurde, war darauf ausgerichtet, sich aus einem Krieg herauszuhalten und von den kriegführenden Parteien gleichermaßen Abstand zu wahren. Der Inhalt dieser Neutralität war passiv, obwohl sie auch positive Elemente aufweisen konnte, zum Beispiel humanitäre Aktivitäten oder Versuche, die Kriegsfolgen zu vermindern.

In der Vergangenheit gab es sehr unterschiedliche Ansichten über die Neutralität und ihre Funktionen. Häufig sprach man davon, daß die neutralen Staaten eine Oase des Friedens, eine Friedensinsel bilden würden. Sie seien eine günstige Basis für Aktionen, die das Ziel verfolgen, den Frieden wieder herzustellen, die Friedenszone zu erweitern und die Leiden des Krieges einzuschränken. Auf der anderen Seite gab es aber auch kritische und sogar bittere Worte über die Neutralität im Kriege. Denken Sie zum Beispiel an die Worte von Präsident Roosevelt über die Hehlerei und die Mitschuld der Neutralen an den Kriegsverbrechen. So hängt die Einschätzung der Neutralität vom historischen Kontext ab.

In der zweiten Phase, im sogenannten Kalten Krieg, fand die Neutralität ihren Ausdruck in dem Verzicht, einem militärischen Bündnis beizutreten. Die Tatsache, daß in dieser Zeit viele Staaten einen blockfreien Status wählten, ist heute eine wichtige Komponente in den internationalen Beziehungen. In der Zeit des Kalten Krieges konnte die passive Funktion der Neutralität nicht genutzt werden. Der heiße Krieg war - zumindest in Europa - nicht vorhanden, und wo die Versuchung fehlt, gibt es keine Tugend. Auch die aktive Funktion war beschränkt, da in der Zeit der Spannung die Bereitschaft zu Verhandlungen fehlte.

Wir befinden uns jetzt in der dritten, in der Entspannungsphase, in der für die neutralen Staaten die Möglichkeit besteht, eine aktive Rolle zu spielen, und zwar, wie hier angedeutet wurde, auf zwei Ebenen: nicht nur in den Ost-West-, sondern auch in den Nord-Südbeziehungen. Auch aus rein psychologischen Gründen wurden die Vorschläge und Initiativen, die von den neutralen Staaten kamen, eher angenommen, als wenn sie von der gegnerischen Partei gemacht worden wären. Natürlich dürfen die Vorschläge der neutralen Staaten weder das Gleichgewicht zwischen den Großmächten noch das Gleichgewicht in Europa gefährden. In diesem Rahmen können sie sicher zur weiteren Entspannung beitragen.

In der dritten Phase wird also der passive Inhalt der Neutralität geringer. Die Verpflichtungen bleiben zwar bestehen, sie verlieren aber an Bedeutung. Der Schwerpunkt der Neutralität liegt jetzt in ihrer positiven Funktion.

Man könnte über eine vierte Phase spekulieren, in der zum Beispiel ein System der kollektiven Sicherheit entsteht. Wahrscheinlich wäre in dieser Phase der passive Inhalt der Neutralität gegenstandslos.

Neutralität muß also als ein historischer Begriff betrachtet werden. Aus rein ideologischen Gründen ist sie sicher nicht die beste Lösung. Sie ist gewissermaßen nur ein "profaner" Begriff und kein Ideal, aber in der gegenwärtigen geschichtlichen Situation spielt sie zweifellos eine wichtige politische Rolle.

Zemanek

Wenn man die Bedingungen der Neutralität untersucht, dann spielt die Frage der Fremdbestimmung eine große Rolle. Aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen läßt sich klar feststellen, daß ein Staat oder eine Gruppierung von Staaten, die das Verhalten anderer zu bestimmen in der Lage sind und deren eigenes Verhalten nur in einem geringen Maße von anderen beeinflußt werden kann, nicht neutral sein können. Ich halte daher die Diskussion darüber, ob etwa Europa außerhalb der Sowjetunion neutral sein kann, für unreal. Denn dieses Europa wäre in einem so hohen Maße in der Lage, fremdes Verhalten zu bestimmen, daß es unvorstellbar ist, es werde diese Potenz nicht nutzen.

So haben zum Beispiel die Vereinigten Staaten in zwei Kriegen zunächst den Gedanken der Nichteinmischung vertreten, ohne diese Position durchhalten zu können, weil ihre Möglichkeiten,

fremdes Verhalten gemäß den eigenen Interessen zu bestimmen, so groß waren, daß sie sich aus den Konflikten nicht heraushalten konnten.

In diesem Zusammenhang scheint mir eine Begriffsklärung notwendig. Neutralisierung bedeutet, daß einem Gebiet, Herr Minister Thorn hat es an dem Beispiel aus der Geschichte Luxemburgs gezeigt, die Möglichkeit genommen wird, im sicherheitspolitischen Bereich einen eigenen politischen Willen durchzusetzen. Dieses Gebiet ist dann total abhängig von dem Schutz der beiden Machtinteressen, und zwar in dem Sinn, daß, wenn A versuchen sollte, dort einzugreifen, B reagieren würde. Das ist das Wesen der Neutralisierung. Sich so etwas für ganz Europa vorzustellen, ist ein Unding.

Im Gegensatz dazu bedeutet Neutralität, daß sich Fremdbestimmung und Fremdbestimmtheit die Waage halten. Deshalb ist ein neutrales Gebiet in einem gewissen Maße imstande, auf die Mächterivalität stabilisierend einzuwirken, was bei der Neutralisierung nicht der Fall ist. Neutralität ist also die Funktion einer Mächterivalität, und der neutrale Staat bleibt so lange ein Stabilisierungsfaktor, als diese Rivalität fortbesteht. Was sich ändert, sind die Möglichkeiten und die Mittel, die der Neutrale benutzen kann, um stabilisierend zu wirken.

Ich sehe also im Gegensatz zu Herrn Hahn und Herrn Bierzanek nicht, daß die Funktion der Neutralen, in einer militärischen Lage stabilisierend zu wirken, abstirbt. Sie tritt lediglich in der Akzentuierung zurück, weil Konflikte nicht mehr in der alten Form ausgetragen werden, ohne damit behaupten zu wollen, daß die Welt nicht wieder in diese Phase zurückfallen könnte. Wenn sich die Umstände ändern, dann ändert sich auch die Möglichkeit, die Stabilisierungsfunktion wahrzunehmen. Es handelt sich also um Phasen der Wahrnehmung einer Stabilisierungsfunktion und nicht um historisch abgetane Phasen. Die frühere Funktion ist nicht verschwunden, sie ist nur zeitweilig nicht aktuell - hoffentlich wird sie nie mehr aktuell sein.

Bierzanek

Ich stimme Ihnen zu, Herr Zemanek, daß die Stabilisierung eine wichtige Funktion der Neutralität ist. Aber sie ist nicht die Hauptfunktion in der gegenwärtigen Lage. Sie sprachen vorhin davon, daß die neutralen Staaten eine wichtige Rolle in den Nord-Süd-Beziehungen spielen können. Ich bezweifle, daß es dabei um eine stabilisierende Funktion geht. Vielmehr tragen die Neutralen hier auch zu einer Wandlung des Ost-West-Verhältnisses bei. Insbesondere würden wir es auf östlicher Seite begrüßen, wenn die Zusammenarbeit, die für uns mit neutralen Staaten wie Finnland oder Österreich leichter ist als mit den NATO-Staaten, erweitert wird.

Wenn wir also die Funktion der Neutralität nur im Sinne der Stabilisierung verstehen, dann ist das angesichts der sich gegenwärtig wandelnden Weltlage ein zu enger Begriff.

Zemanek

Das ist ein Mißverständnis, Herr Bierzanek. Stabilisierung ist gewiß nicht die einzige Funktion der Neutralen. Worum es mir geht, ist, daß die Funktion des Neutralen keine unmittelbare Folge seiner Stellung im Machtssystem darstellt, sondern eine Konsequenz seiner Profilierung ist. Wenn also ein neutraler Staat in bezug auf den Nord-Süd-Konflikt eine Funktion ausübt, dann nicht, weil er ein Neutraler ist, sondern weil er in einer Weise die Neutralität zu einer politischen Profilierung benützt hat, die die Staaten der Dritten Welt leichter mit ihm verkehren läßt als mit blockgebundenen Staaten. Für diese Aufgabe könnte somit jeder kleinere Staat in Frage kommen, weil er in bezug auf das Machtgleichgewicht gewissermaßen unbeteiligt ist. Wenn Sie also sagen, Herr Bierzanek, es sei leichter, mit den Neutralen zu verkehren, dann ist das nicht deshalb der Fall, weil es sich hier um Neutrale handelt, sondern weil der betreffende Staat sich entsprechend profiliert hat.

Hinteregger

Es erscheint mir notwendig, daß wir in unserer Diskussion deutlich unterscheiden zwischen dem rechtlichen Status eines neutralen Staates und dem Begriff der Neutralitätspolitik. Was den rechtlichen Status angeht, so hat Österreich seine Position im Neutralitätsgesetz klar definiert. Dieses Neutralitätsgesetz wurde allen Staaten, mit denen wir damals diplomatische Beziehungen hatten, notifiziert und ist auf diese Weise auch völkerrechtlich relevant geworden. Das ist die konstante Komponente unserer Neutralität.

Davon zu unterscheiden ist der Begriff der Neutralitätspolitik. Diese ist auf bestimmte Ziele ausgerichtet. Dazu gehört zum Beispiel die Gewährleistung der Unabhängigkeit, aber auch die der Sicherheit unseres Landes. Es besteht ein enger Konnex zwischen der österreichischen Neutralitätspolitik und unserem Interesse an Fragen der europäischen Sicherheit. Die

Neutralitätspolitik muß sich natürlich an den sich ständig verändernden politischen Gegebenheiten orientieren. Hier müssen Entwicklungen auf dem Wirtschaftssektor, wie sie Herr Dahrendorf aufgezeigt hat, aber auch die stärkere Profilierung der Dritten Welt als immer wichtiger werdender politischer Faktor im Weltgeschehen mit ins Kalkül gezogen werden. Die Neutralitätspolitik ist, wenn man so will, die variable Komponente unserer Neutralität.

Herr Stehle sprach von einer Neutralitätsideologie. Eine solche haben wir nicht, und wir streben sie auch nicht an. Wohl aber muß es auf dem Gebiet der Neutralitätspolitik ein Konzept geben, in dem die Regierung und auch die im Parlament vertretenen Parteien gewisse Grundsätze festlegen.

Noch ein Wort zur Frage der Souveränität. Die Entscheidung eines Landes, insbesondere eines kleineren Landes, einem militärischen Bündnis beizutreten, bedeutet zumindest in ebenso großem Maße die Aufgabe eines bestimmten Teiles seiner Souveränität, wie die Entscheidung eines Landes, einen Status der Neutralität zu akzeptieren. Durch den Status der Neutralität wird aber die Souveränität nicht nur beschränkt, sondern der neutrale Status räumt auch eine Reihe von Möglichkeiten ein. Hier kommen wir zu der Frage, welche speziellen Voraussetzungen ein kleines neutrales Land hat, um sich für die Völkergemeinschaft nützlich zu machen.

Man sollte statt von Wert oder Unwert überhaupt vielleicht nüchterner von Nutzen oder Nichtnutzen der Neutralität für die europäische Sicherheit sprechen, um von der philosophisch moralischen Betrachtungsweise weg auf die reale Ebene der Politik zu kommen. Kleine neutrale Staaten können in bestimmtem Maße und in bestimmten Grenzen sicher eine nützliche Rolle spielen. Wenn man zum Beispiel die Landkarte Europas betrachtet, so sind die Neutralen im Norden und im Süden an den Flanken der Demarkationslinie zwischen West und Ost angesiedelt. Wenn man vom hohen Norden und vom äußersten Süden Europas einmal absieht, wo eine direkte Konfrontation der beiden Blöcke gegeben ist, wird durch die an den Flanken liegenden Neutralen und durch Jugoslawien - Jugoslawien ist zwar kein neutraler, aber doch ein paktungebundener Staat - die Konfrontation im wesentlichen auf den zentralen Bereich beschränkt, also praktisch auf den deutschen Raum. Dadurch wurde sowohl in Skandinavien als auch am südlichen Abschnitt eine gewisse Entspannung vorweggenommen, die man im zentralen Bereich erst durch konzentrierte Bemühungen erreichen mußte.

Es ist kein Zufall, daß die Normalisierung der Ost-West-Beziehungen im gesamteuropäischen Maßstab auf dem politischen Sektor durch die Ostverträge der Bundesrepublik eingeleitet wurde. Auch auf dem militärischen Sektor konzentriert sich bei den Truppenabbaugesprächen in Wien die Diskussion auf den zentraleuropäischen Raum. Die geographische Lage der Neutralen hat somit vielleicht doch einen nicht unbeträchtlichen Dienst im Zuge der Entspannungsbemühungen geleistet.

Man darf aber nicht in den Fehler verfallen, die Möglichkeiten eines neutralen Staates nur aus dem Gesichtswinkel seiner Neutralität zu beurteilen. Es kommen andere Voraussetzungen hinzu. So hat zum Beispiel die Schweiz eine lange und allgemein anerkannte Tradition auf dem humanitären Gebiet. Im Falle Schwedens ist es eine ausgeprägte Bereitschaft für ein Engagement zugunsten der Dritten Welt. Und für Österreich kann man vielleicht in Anspruch nehmen, daß hier ein besseres Verständnis für Osteuropa gegeben ist. Das ist ein Ergebnis der historischen Erfahrungen und auch der noch immer sehr zahlreichen menschlichen Bindungen über die Demarkationslinie hinweg.

Gerade im Ost-West-Verhältnis halte ich es für wichtig, daß es kleine Länder gibt, die ein besonderes Verständnis für beide Seiten haben. Denn oft werden Gegensätze zwischen Ost und West, die aus der Geschichte und aus der Mentalität entspringen, mit ideologischen Gegensätzen verwechselt. Da kann ein Land wie Österreich von Fall zu Fall nützliche Dienste leisten.

Im Nord-Süd-Verhältnis kann ein kleines neutrales Land sicher keine Wunder wirken. Aber wir machen auf internationalen Konferenzen immer wieder die Erfahrung, daß die europäischen Neutralen gerade bei Ländern der Dritten Welt ein moralisches Prestige haben, das weit über ihre machtpolitische Größe hinausgeht. Hier hat bei den blockfreien Staaten vielleicht die Tatsache, daß es kleineren Ländern in Europa gelungen ist, sich aus dem Ost-West-Konflikt einigermaßen unversehrt herauszuhalten, einen Eindruck hinterlassen. Denn auch die Blockfreien wollen sich ja aus diesem Konflikt soweit wie möglich heraushalten. Hinzu kommt, daß sich gerade junge Staaten in der internationalen Arena etwas verloren fühlen und besonders bei komplizierten Materien gern um Ratschlag einkommen. Sie haben offenbar das Gefühl, daß sie von kleinen europäischen Ländern einen uneigennützigeren Rat bekommen als von großen Ländern, die ihre eigenen Interessen verfolgen.

Was schließlich die Frage einer weiteren Neutralisierung einzelner Länder oder Ländergruppen in Europa betrifft, so ist es sicher unrealistisch, zu erwarten, daß ein Staat oder eine Staatengruppe mit großem politischem oder militärischem Eigengewicht die Neutralität erlangt. Es ist ein Spezifikum der

europäischen Neutralen, daß sie als politischer und militärischer Faktor nicht sehr ins Gewicht fallen. Wir waren uns mit unseren schweizerischen und schwedischen Freunden stets einig, keinen Block der Neutralen anzustreben. Wir haben uns immer wieder konsultiert - zum Beispiel bei unseren Verhandlungen mit dem Gemeinsamen Markt;- , weil unsere Interessenlage in mancher Hinsicht gleich war. Ein Block der Neutralen ist unserer Ansicht nach weder zweckmäßig noch erstrebenswert.

Mäkinen

Was Herr Hinteregger über die österreichische Neutralitätspolitik sagte, entspricht im großen und ganzen auch den Vorstellungen in Finnland. Wir stimmen mit unseren österreichischen, schweizerischen und schwedischen Freunden darin überein, daß die neutralen Länder keinen Block bilden können. Jede Neutralität hat ihren eigenen politischen, historischen und geographischen Hintergrund und hat deswegen ihre eigenen Schattierungen bei sehr verschiedenen Zielen.

Brinkhorst

Herr Hinteregger und Herr Mäkinen sagen, es könne sich nicht darum handeln, einen Block der neutralen Staaten zu bilden; gerade infolge dieser Beschränkung könnten die Neutralen eine nützliche Rolle für die Sicherheit Europas spielen. Aus diesem Grunde ist es für andere Länder wenig attraktiv, ihrerseits die Neutralität anzustreben. Ich weiß nicht, unter welche der Hypothesen, die Herr Arnaud genannt hat, Holland fällt, ob es eine strategisch unwichtige oder wichtige Position im Nordwesten Europas hat. Aber unter den heutigen Umständen ist es für ein Land wie Holland nicht sehr anziehend, sich zur Neutralität zu bekennen. Ich könnte mir aber Bedingungen vorstellen, unter denen die Neutralität auch für ein Land wie Holland eine Alternative wäre.

Ich gehe jetzt auf Denkmodelle für die zukünftige Entwicklung ein. Gerade von der östlichen Seite wird die Neutralisierung in Europa manchmal als eine Alternative zur europäischen Integration, die wir seit zwanzig Jahren betreiben, betrachtet. Hier teile ich jedoch die Meinung von Herrn Thorn: Neutralisierung ist keine Alternative zur westeuropäischen Integration. Sie würde keineswegs spannungsmildernd, sondern spannungserhöhend wirken. Auch würde sie die von uns in Westeuropa angestrebten gesellschaftspolitischen Ziele nicht fördern.

Die westeuropäische Integration darf natürlich keine Bremse für die Entspannung, vor allem für die Kooperation mit Osteuropa sein. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß die weitere Einigung in Westeuropa eine Vorbedingung für die verstärkte Kooperation ist. Es stellt sich aber die Frage, auf welcher Ebene sich die Einigung vollzieht. Wenn die westeuropäische Integration im wirtschaftlichen, im politischen und im Verteidigungsbereich darauf hinausläufe, daß man in Westeuropa sozusagen einen neuen Nationalstaat, diesmal auf europäischer Ebene, bildet, dann könnte man aus osteuropäischer Sicht unter Umständen fürchten, daß das die Stabilität in Europa und damit auch in der Welt gefährde. Allerdings läuft der Integrationsprozeß meiner Meinung nach nicht unbedingt auf einen solchen Nationalstaat hinaus.

Ich teile deshalb auch nicht die Vorstellungen von Johan Galtung, daß Westeuropa notwendigerweise eine neue Supermacht werden muß. Auch die Verflechtungen und Verknüpfungen auf der wirtschaftlichen und der politischen Ebene, von denen Herr Dahrendorf sprach, müssen nicht dazu führen. Wenn man sich aber auf den Standpunkt stellt, daß ein Westeuropa mit einer größeren wirtschaftlichen und politischen Bedeutung als heute auch Macht ausübt, dann kommt man um den Verteidigungsaspekt nicht herum. Sollte die Verteidigung Westeuropas jedoch auf die Bildung einer europäischen Atommacht hinauslaufen, die gegenüber den beiden Supermächten gleichwertig ist, dann würde das den europäischen Integrationsprozeß in Frage stellen.

Die Völker in Westeuropa haben nämlich von einer europäischen Atommacht eine sehr geteilte Ansicht. Unabhängig von den großen wirtschaftlichen Anstrengungen, die dazu über eine lange Zeit hinaus nötig wären, sehe ich auch einen psychologischen Grund für die nachteilige Auswirkung auf den europäischen Integrationsprozeß. Unter Umständen käme es zwischen den relativen Großmächten Westeuropas, Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland, zu einer nuklearen Machtzusammenballung. Dann würde sich für die anderen Länder in Westeuropa die entscheidende Frage stellen: Ist das eine Entwicklung, die wir weiterverfolgen wollen?

Zum Beispiel würden in Holland in diesem Falle große Vorbehalte entstehen und sich die Frage der Neutralität unter Umständen doch als Alternative stellen. Wenn das geschieht, ist Europa zerbrochen. Deshalb kann die westeuropäische Integration im Verteidigungsbereich nur dann einen Beitrag zur Stabilisierung in Europa leisten, wenn die Allianz mit den Vereinigten Staaten erhalten bleibt. Ich will nicht sagen, daß das auch für das 21. Jahrhundert noch gelten wird, aber es ist für die kommenden Jahre der Fall. Das schließt eine bessere Zusammenarbeit auf der Verteidigungsebene in Westeuropa

jedoch nicht aus, allerdings mit der Einschränkung, daß es nicht zum Aufbau einer dritten Macht kommt.

Dahrendorf

Es gab während des Kalten Krieges eine militärische Konfrontation mit der Grenzlinie quer durch Europa, die zugleich die wirtschaftlichen Systeme und die Zusammenarbeit in anderen politischen Bereichen betraf. Es handelte sich also um eine relativ totale Konfrontation, die für die Sicherheit in Europa außerordentlich gefährlich war.

Wenn man nach der Substanz einer Entspannungsentwicklung fragt, dann geht es nicht nur darum, daß die Beteiligten den Willen zur Zusammenarbeit haben oder die Absicht äußern, militärische Mittel nicht einzusetzen, sondern es müssen noch andere Entwicklungen hinzukommen, die diesem Willen Substanz geben.

Es findet nun in den letzten Jahren - und das halte ich für entscheidend - ein Prozeß der Komplizierung der Beziehungen statt, der verschieden interpretiert wird. Sie wissen, daß es eine Auffassung gibt, die dem amerikanischen Außenminister zumindest nachgesagt wird, wonach die Komplizierung im wesentlichen darin besteht, daß die Existenz von zwei in sich weitgehend homogenen Aktionseinheiten in der Weltpolitik von fünf solchen Einheiten abgelöst worden ist. Kissinger sieht also die Komplizierung weniger auf den sachlichen Ebenen als in einer Vervielfältigung der Akteure. Er glaubt, daß durch die unterschiedlichen Beziehungen zwischen diesen Akteuren ein Entspannungspotential besonderer Art entstanden ist. Ich teile diese Auffassung nicht, ohne daß ich das jetzt kritisch analysieren will.

Die militärische Situation hat sich nicht wesentlich geändert. Es gibt nach wie vor die beiden militärischen Allianzen mit der Grenzlinie in Europa und mit der daraus resultierenden spezifischen Funktion der Neutralen. Aber diese militärischen Allianzen sind nicht mehr notwendig koextensiv mit den Formen der Zusammenarbeit, die in anderen machtpolitisch relevanten Bereichen entstanden sind.

Hier sollte man auch einmal darauf hinweisen, daß die Europäische Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung nicht koextensiv ist mit der Atlantischen Allianz. Dabei beziehe ich mich nicht nur auf die Tatsache, daß beispielsweise Frankreich und Irland zwar volle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, aber nicht der NATO sind. Vielmehr ist eines der interessantesten und schwierigsten Probleme der Europäischen Gemeinschaft die Organisation der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in den Bereichen, in denen wir als Gemeinschaft tätig sind. Das ist ein Prozeß der Auflockerung, der Komplizierung, und zwar der politischen Beziehungen in der Welt. Dieser Prozeß liefert nach meiner Meinung ein wesentliches Element der Sicherheitsgarantien, wenn man Sicherheit durch mehr garantiert sehen will als nur durch den erklärten guten Willen der Beteiligten.

Wir wollen in Europa diesen Prozeß der Komplizierung noch weitertreiben. Nehmen Sie zum Beispiel den großen, nicht ganz leicht zu definierenden Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, aber auch der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Problemen unserer Lebensumwelt, der Lebensqualität. Da gibt es eine Fülle von Punkten, bei denen wir Methoden und auch Regionen der partiellen, der sektoriellen Zusammenarbeit schaffen können, die zu einer Komplizierung der Beziehungen weiter beitragen. Das meinte ich, als ich sagte, daß in bestimmten neuen Ebenen der machtpolitisch relevanten Zusammenarbeit der Begriff der Neutralität viel weniger hergibt, als das in einem klassischen Block-zu-Block-Denken der Fall ist.

Ich fände es sehr bedauerlich, wenn von irgendeiner Seite der Versuch gemacht werden würde, sozusagen künstlich diese neuen Formen der Zusammenarbeit zu unterlaufen und einzuschränken, indem geradezu eine Stimmung produziert wird, in der man wieder zum Blockdenken zurück will. Ich habe es zum Beispiel sehr bedauert, Herr Mäkinen, daß in Finnland die Vorstellung entstand, wenn man ein Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft schließe, müsse das auch mit COMECON der Fall sein. Ein solches Verhalten gehört für mich in die Situation des Kalten Krieges hinein, in der Neutralität in dem Sinne interpretiert wird, daß man entweder an gar nichts oder an beidem teilnimmt. Man entscheidet sich jedenfalls nicht von Bereich zu Bereich so, wie das den Interessen der Beteiligten sinnvollerweise entspricht.

Hier sollten wir die Komplikation wollen, denn sie ist in Zukunft die Sicherheitsgarantie. Das heißt, die Vervielfältigung sich nicht voll überlagernder Beziehungen ist zukünftig eine wichtige Voraussetzung für die europäische Sicherheit. Hinsichtlich der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit war es immer meine Vorstellung, daß diese Konferenz in einigen weiteren Bereichen solche komplizierenden

festen Beziehungen schafft, die den Stellenwert der militärischen Konfrontation verändern und die dadurch ein gewisses Substrat von Sicherheitsgarantien anderer Art schaffen.

Eine solche Entwicklung zwingt die Neutralen natürlich in militärischer Hinsicht zu einigen neuen Überlegungen, die nicht irgendwelche Ideologien in Frage stellen, sondern ganz pragmatisch untersuchen, wo man sich aus welchem Grunde beteiligt oder nicht beteiligt, wie man also das eigene nationale Interesse in den komplizierten Formen der Zusammenarbeit interpretiert. Die Schweiz und Österreich haben das in den letzten Jahren recht unbefangen getan.

Mein Kernpunkt ist, daß die Sicherheit morgen durch kompliziertere Beziehungen garantiert sein sollte, die die militärischen Beziehungen ergänzen und deren Stellenwert verändern. Auf diese Weise sollte ein viel komplexeres Bild geschaffen werden, aber nicht im Sinne von mehr Blöcken, sondern im Sinne von differenzierteren Formen der Zusammenarbeit, als wir sie in der Vergangenheit hatten.

Mäkinen

Ich muß Ihnen widersprechen, Herr Dahrendorf. Es stimmt nicht, daß Finnland die Vorstellung hatte: Wenn wir einen Freihandelsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft abschließen, müssen wir auch einen Vertrag mit COMECON haben.

Ein Grund für das Scheitern unserer Neutralitätspolitik in den dreißiger Jahren lag darin, daß wir zwischen den beiden Weltkriegen überhaupt keine ökonomischen Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn hatten. Unser Handelsverkehr mit der Sowjetunion lag unter einem Prozent. Nach dem Krieg hat sich die Situation geändert, obwohl es jetzt auch nur 12-13 Prozent sind. Das ist für uns aber nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch eine wichtige Sache.

Wie Sie wissen, hat unser Staatspräsident in den letzten Tagen den Freihandelsvertrag mit der EG ratifiziert. Wir haben diesen Schritt also später als die anderen Neutralen vollzogen. Das hatte in erster Linie innenpolitische Gründe. Wir haben eine nicht unbedeutende kommunistische Partei im Parlament. Aber nicht nur die Kommunisten, sondern auch ungefähr die Hälfte der Sozialdemokraten waren anfangs gegen den Vertrag mit der EG.

Das Parlament hat dann mit etwa 170 gegen 30 Stimmen dem Staatspräsidenten die Vollmacht gegeben, den Vertrag zu ratifizieren. Zugleich hat es aber folgender Resolution zugestimmt: Sollte es sich herausstellen, daß der Vertrag mit der EG unseren Handel mit der Sowjetunion wesentlich vermindert, dann werden wir von unserem Recht, diesen Vertrag innerhalb von drei Monaten zu kündigen, Gebrauch machen. Der Vertrag mit COMECON ist also unabhängig von dem Vertrag mit der EG; er ist nur eine Absichtserklärung, unsere Handelsbeziehungen mit den COMECON-Ländern fortzusetzen.

Haagerup

Was Herr Dahrendorf über die Komplizierung der internationalen Beziehungen gesagt hat, ist für die vier skandinavischen Staaten sehr wichtig. Dänemark und Norwegen sind NATO-Mitglieder, Dänemark ist außerdem Mitglied der Europäischen Gemeinschaften. Schweden und Finnland haben starke wirtschaftliche Beziehungen zu den EG-Staaten. In einer Situation, wie sie Herr Mäkinen erwähnt, ist es für Finnland auch politisch wichtig, den Handel mit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, zu erweitern. Deshalb kann ich auch dem zustimmen, was Herr Brinkhorst von Holland gesagt hat. Das gilt sowohl für Dänemark als auch für Norwegen, obwohl ihre geographische Lage verschieden ist und Norwegen nicht oder noch nicht Mitglied der EG ist.

Gasteyger

Herr Arnaud hat in seiner ersten Hypothese davon gesprochen, daß es denkbar und sogar wünschenswert sein kann, wenn ein kleiner Staat aus einem Bündnissystem austritt und damit die Flexibilität militärischer Allianzen unter Beweis stellt. Herr Brinkhorst hat hier den allerdings nicht sehr wünschenswerten Fall erwähnt, daß Holland sich überlegen könnte, ob nicht unter bestimmten Bedingungen ein neutraler Status erstrebenswert wäre. Man könnte sich für einige osteuropäische Länder ähnliche Überlegungen vorstellen.

Auf der anderen Seite haben wir gesehen, daß durch die Interdependenz oder, wie Herr Dahrendorf es nennt, die Komplizierung der internationalen Beziehungen die Bedeutung der Neutralität in ihrem strikten Sinn aller Voraussicht nach abnimmt. Wir befinden uns jetzt vielleicht in einer, schwierigen Zwischenphase, in der sich die Neutralität ihrem Gehalt nach zwar reduziert, sie aber noch nicht aufgegeben werden kann, zumal es ja vielen Staaten nicht nur um ihre militärische, sondern primär um ihre politische Neutralität geht.

Die Schwierigkeit besteht darin, zu bestimmen, wieweit Beziehungen außerhalb des militärischen Bereiches konzipiert werden können, ohne damit die Glaubwürdigkeit der Neutralität selbst zu untergraben. Diese Glaubwürdigkeit beruht in erster Linie ja in ihrer Kontinuität und Allseitigkeit. Man kann die Neutralität nicht für eine bestimmte Gelegenheit aufgeben und sie dann wieder nach Bedarf herstellen, ohne bei anderen Zweifel an ihrer Dauerhaftigkeit aufkommen zu lassen. Das Vertrauen der anderen in die Neutralität der neutralen Staaten besteht gerade darin, daß diese Staaten unter allen Umständen auf unbegrenzte Zeit neutral bleiben.

Da stellt sich dann die schwierige Frage: Wie kann in dieser Phase des Übergangs die Neutralität in verschiedenen Bereichen abgeschwächt werden, um der Komplizierung der Beziehungen gerecht zu werden und die Neutralen aktiver in ein System einzubeziehen, das den Konfrontationscharakter in Europa verringern und die Sicherheit auf nicht-militärischem Gebiet erhöhen hilft?

Gerade im Falle Österreichs und seiner Verhandlungen mit der EG hat sich gezeigt, daß ein neutraler Staat in der einen oder anderen Weise auf nicht-militärischem - etwa auf wirtschaftlichem - Gebiet mitarbeiten und mit anderen Staaten oder Staatengruppen in Beziehung treten kann. Wenn ich es richtig sehe, befürchtete die Sowjetunion nicht so sehr, daß Österreich wirtschaftliche Beziehungen mit der EG aufnehmen würde, als daß diese Form der Zusammenarbeit auch zu einer stärkeren politischen Bindung führen könnte.

Hier stellt sich also die Frage, welches System oder welche Ordnung am Ende des Prozesses einer zunehmenden Einbindung und Mitwirkung der neutralen Staaten in Europa in der einen oder anderen wirtschaftlichen oder politischen Gruppierung steht. Die Schwierigkeit liegt wahrscheinlich darin, daß Neutralität nach wie vor eine Funktion des traditionellen nationalstaatlichen Systems ist. Solange dieses System die Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen bleibt, wird Neutralität als Alternative wohl auch bestehen müssen.

Wir befinden uns jetzt in einer Phase des Übergangs, in der einerseits eine Neugestaltung der Ost-West-Beziehungen und andererseits Integrationsversuche innerhalb der Blöcke stattfinden. Aber der militärische Bereich bleibt nach wie vor Angelpunkt einer nationalstaatlich konzipierten Sicherheit. Herr Brinkhorst hat deutlich gemacht, daß die westeuropäische Verteidigung auch heute noch in einem gesamtatlantischen Rahmen gesehen werden muß. Solange das der Fall ist, wird es für neutrale Staaten außerordentlich schwer sein, über den militärischen Bereich hinaus in andere Beziehungen einzutreten.

Sie können also jene nationale Basis ihrer Sicherheit so lange nicht aufgeben, als die Bündnissysteme fortbestehen und es keine Alternativordnung gibt, in die sie ohne Risiko für ihre Sicherheit und ihren Status sich einfügen können. Solange dem so ist, sollte man im Sinne von Herrn Dahrendorf versuchen, den militärischen Aspekt der europäischen Sicherheit herabzuspielen und dafür die nichtmilitärischen Aspekte der Zusammenarbeit und politischen Neuordnung stärker hervorzuheben. Dadurch könnten die Zugehörigkeit zu einem Bündnissystem und auch die militärische Neutralität allmählich relativiert werden. In dieser Richtung sollten sich sowohl die Bündnissysteme als auch die neutralen Staaten weiterentwickeln.

Zemanek

Ich stimme Herrn Dahrendorf zu, daß die Komplizierung der Beziehungen beziehungsweise die Vergrößerung der wirtschaftlichen Interdependenz ein stabilisierendes Element bei der Auflösung der bisherigen Machtstrukturen darstellen kann. So sind wir auf einer Tagung in diesem Frühjahr in Wien zu dem Ergebnis gekommen, daß die Rohstoffabhängigkeit der europäischen Industrieländer gerade in bezug auf das Erdöl auf Dauer nur verbessert werden kann, wenn eine stärkere Interdependenz zu den erdölexportierenden Ländern erreicht wird. Damit würde die Gefahr einseitiger Aktionen vermindert werden.

Aber - und hier schließe ich mich Herrn Gasteyger an - vom Standpunkt der Neutralen aus ist das ein Prozeß, der noch nicht abgeschlossen ist; er stellt lediglich eine Tendenz dar. Deshalb muß sich ein neutraler Staat wegen des noch verbleibenden Gewichts der bestehenden Machtstrukturen so verhalten, daß er nicht völlig in diesen neuen Prozeß eingebunden ist, falls dieser scheitert, was ja nicht ausgeschlossen werden kann.

Dondelinger

Es ist relativ einfach, Wert oder Unwert der Neutralität auf dem militärischen und auch auf dem politischen Gebiet festzustellen. Was geschieht aber im wirtschaftspolitischen Bereich, der heute ebenfalls zur Sicherheitspolitik in Europa gehört? Das zeigt sich auch auf der Genfer Konferenz, wo

ein wichtiger Teil der Arbeit der handelspolitischen und wirtschaftlichen Kooperation gewidmet ist. Die neutralen Staaten werden ihrer Rolle gerecht, wenn sie alles daran setzen, diesen Prozeß weiter zu fördern.

Wenn aber in Europa und nicht nur in Westeuropa neue Umschichtungen stattfinden, geraten dann die Neutralen nicht in ein Dilemma? Sie werden sich die Frage stellen müssen, ob sie sich abkapseln wollen oder eine gewisse Abhängigkeit, und zwar von beiden Seiten akzeptieren können. Das kann unter Umständen zu einer delikaten Lage führen.

Es wäre interessant zu erfahren, wie sich die Verfechter der Neutralitätsidee gerade zu dieser Entwicklung stellen. Herr Gasteyger hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die Neutralität zur Essenz eines innerstaatlichen Prozesses gehört. Wie steht es aber um ihre Nützlichkeit in einem Integrationsprozeß? Das ist für die Neutralität in Zukunft eine Existenzfrage.

Hinteregger

Sie fragen, Herr Dondelinger, inwieweit die wirtschaftliche Integration auch die Neutralen in ein Abhängigkeitsverhältnis bringt, das zu einem Dilemma führen kann. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Außenpolitik eines neutralen Staates die Aufgabe hat, die sich ständig verändernden Verhältnisse in Europa und in der Welt mit ins Kalkül zu ziehen und dafür zu sorgen, daß der Staat nicht in ein ernstes Dilemma gerät. Wieweit uns das auch in Zukunft immer gelingen wird, kann gegenwärtig natürlich niemand mit Gewißheit sagen. Gerade die europäische Integration stellt uns sicher vor völlig neue Probleme.

Allerdings ist auch zu beachten, daß nicht die gesamte Außenpolitik eines neutralen Staates Neutralitätspolitik ist. Das ist nur dort der Fall, wo außenpolitische Entscheidungen für die Neutralität relevant sind.

Karasek

Sie fragen nach dem Nutzen der Neutralen im Integrationsprozeß, Herr Dondelinger, und weisen in diesem Zusammenhang auf die Gefahr der Isolierung der Neutralen hin. Hier haben die Österreicher eine leidvolle Erfahrung. Für uns hat sich diese Frage im Dezember 1958 in Paris in dramatischer Form gestellt, als das Maudling Komitee seine die vertagt wurde und man keine Möglichkeit sah, für die Neutralen einen Platz im Integrationsprozeß zu finden. Die Österreicher haben bis 1972 gewartet, bis das Projekt der Freihandelszone zustande kam. Für uns geht es seit mehr als einem Jahrzehnt um die Frage, ob die Neutralen - konkret gesprochen die Österreicher - in der Neutralität verhungern sollen. Für uns sind die Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Lebensnotwendigkeit.

Wir mußten uns damit auch auf politischem Gebiet hart auseinandersetzen. Denn wir sind wiederholt - das sage ich nicht als Vorwurf - aus Moskau gewarnt worden, und zwar in Form von Statements, in Leitartikeln der Prawda, aber auch in Gesprächen mit sowjetischen Staatsmännern. Man hat uns in Moskau gesagt, für die Sowjetunion sei die Aufrechterhaltung der Neutralität ein wichtiger politischer Faktor in Europa, und die Zugehörigkeit zur EG könne diese Neutralität gefährden.

Die Österreicher haben immer darauf gedrungen, daß man den Neutralen mit dem nötigen Verständnis gegenüberzutreten müsse und von ihnen nichts verlangen solle, was in diesem Integrationsprozeß ihre Neutralität gefährden könne. Das heißt, das integrierte Europa, wie es Brüssel sah, sollte nicht zu exklusiv aufgebaut werden, etwa nach dem biblischen Muster: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wir haben diesen Standpunkt mit einer gewissen Beharrlichkeit jahrzehntelang vertreten. Es muß auch für den Neutralen einen Platz im integrierten Europa geben, ohne daß er seine Neutralität gefährdet.

In diesem Sinne hat 1962 ein berühmter sowjetischer Staatsmann dem österreichischen Bundeskanzler gesagt: "Wir können Ihnen seitens der Sowjetunion nicht helfen, daß Sie die Neutralität ungefährdet in diesem Integrationsprozeß durchbringen. Gehen Sie zu Ihren Freunden nach Brüssel; die müssen Ihnen solche Bedingungen gewähren, daß Sie diesen Schritt tun können." Der Hinweis war sicher nicht ganz unrichtig, daß nämlich in Brüssel die Entscheidung fallen mußte, ob das neutrale Österreich in diesem Prozeß einen Platz hat. Jeder Staat sollte sich, bevor er sich auf die Neutralität einläßt, überlegen, ob sie für ihn gut ist oder nicht.

Wir Österreicher haben allerdings unsere Neutralität zu einem Zeitpunkt erklärt, als der Gemeinsame Markt noch nicht bestand. Österreich war also am Entstehen des Integrationsprozesses nicht beteiligt und konnte ihn auch nicht beeinflussen. Vielmehr war er für uns eine politische und ökonomische Realität, die wir anerkennen mußten.

Dieses große integrierte Europa kann zweifellos die Mitarbeit von drei, vier Neutralen in der Größenordnung der Schweiz, Schwedens, Finnlands und Österreichs verkräften. Wenn sich allerdings in Europa größere Staaten für neutral erklärten, dann würde das den Integrationsprozeß erheblich stören.

Stehle

Herr Hinteregger hat vor allem dargestellt, welchen Nutzen und welche Funktion die Neutralität für die Neutralen selbst hat. Er sprach von der Flankenfunktion der Neutralen, die die Konfrontation der Nichtneutralen auf das Zentrum Europas eingeschränkt hat. Das ist sicher von großem Vorteil für die Neutralen. Aber bedeutet das nicht nur eine Verlagerung der Konflikte, die sich dadurch im Zentrum konzentrieren? Wir haben bisher weder vom Osten noch vom Westen her eine konkrete Antwort darauf erhalten, welches denn nun die nützliche Funktion der Neutralen für die Nichtneutralen ist - abgesehen von rein atmosphärischen Wirkungen.

Hinteregger

Die Neutralen wollen die Verantwortung nicht abschieben, Herr Stehle. Wenn ich davon sprach, daß die neutralen Länder infolge ihrer geographischen Lage eine gewisse Entspannung an den Flanken vorweggenommen haben, so geschah das nicht im rein egoistische Interesse der Neutralen, sondern es wurde dadurch das Problem insgesamt vereinfacht. Österreich liegt ja nach wie vor am Rande dieser mittleren Zone, wo die Entspannung noch vorangetrieben werden muß. Wenn aber die ganze Länge der Demarkationslinie gewissermaßen als Operationsgebiet der Entspannungspolitik in Frage käme, wäre das Problem noch weit komplizierter, als es ohnehin ist.

Auf die Frage - die hier mehrfach anklang;- , ob die Neutralen nicht eine besonders egoistische Politik betreiben, kann ich nur antworten: Der Staat muß erst gefunden werden, der in erster Linie eine altruistische Außenpolitik betreibt. Es ist kein Spezifikum der Neutralen, daß sie ihre Außenpolitik in erster Linie an den nationalen Interessen orientieren. Ich wage aber zu bezweifeln, daß der Egoismus der Neutralen größer ist als der der Nichtneutralen. Im Gegenteil, die Neutralen ziehen in ihrer Außenpolitik im eigenen Interesse stets auch mit in Erwägung, ob sie in wohlverstandenen Grenzen nicht auch für andere nützlich sein können.

Mäkinen

Wäre die Sicherheitskonferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohne die Neutralen zustande gekommen? Als Botschafter beim Heiligen Stuhl hatte ich eine Reihe von Gesprächen mit dem Papst und seinen Mitarbeitern. Die Meinungen im Vatikan waren darüber geteilt, ob man den historischen Schritt tun sollte, nach 150 Jahren zum erstenmal wieder an einer großen politischen Konferenz teilzunehmen. Schließlich hat der Heilige Vater mir gesagt: Ihre Unterschrift hat uns Vertrauen gegeben, sonst wären wir nicht gekommen. An diesem Beispiel zeigt sich der Wert der Neutralen für die Nichtneutralen, Herr Stehle.

Die praktische Bedeutung der Neutralen beweist sich auch in zwischenstaatlichen Angelegenheiten. So hat die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges 31 Staaten in Rom vertreten; heute vertreten viele neutrale Länder, zum Beispiel Finnland, nichtneutrale Staaten in Israel und Chile.

Hinzu kommen Friedensaufgaben, wie sie Finnland jetzt im Nahen Osten wahrnimmt, wo man sich eine UNO-Truppe ohne die Neutralen gar nicht vorstellen kann. Des weiteren wurde auf die humanitären Aufgaben hingewiesen. An diesen Beispielen wird deutlich, wo die Neutralen für die Nichtneutralen wichtig sind.

Nikonorow

Wenn wir davon ausgehen, daß die Sicherheit der einen Seite Unsicherheit für die andere bedeutet, dann kommen wir in der Bewertung der Rolle der neutralen Staaten nicht sehr weit. Aber der Kern einer gemeinsamen Grundlage zum europäischen Sicherheitssystem ist vorhanden, und zwar in den Schlußempfehlungen, die in Helsinki von 35 europäischen und 2 außereuropäischen Staaten angenommen wurden.

Auf dieser Grundlage wird jetzt die Diskussion in Genf geführt, und man kann nicht bestreiten, daß die neutralen Staaten hier einen sehr interessanten und konstruktiven Beitrag leisten. Ich bin mit Herrn Czyrek einer Meinung, daß das ein neues Feld ist, auch im Hinblick auf die Verbesserung der europäischen Beziehungen. Hier können die neutralen Staaten eine nützliche Rolle spielen. Das ist auch die Ansicht der Sowjetunion.

Moersch

Die neutralen Staaten, die jetzt in Europa bestehen, haben bei der Vorbereitung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zweifellos eine wichtige Rolle gespielt, nämlich die der Katalysatoren. Sie werden sie auch künftig spielen. Die Blöcke haben sich ja früher nicht aufeinander zu bewegt. Finnland hat damit angefangen, die katalysatorische Wirkung zu erproben, und einige Vorschläge aus der Schweiz und aus Österreich haben sicher einen positiven Beitrag geleistet.

Wenn es in einer fernen Zukunft wirklich gelingen sollte, eine volle Zusammenarbeit zu erreichen, dann wird der Katalysator natürlich an Bedeutung verlieren. Das heißt, seine eigentliche Aufgabe liegt in einem Zwischenstadium. Im Kalten Krieg ist sie, wie Herr Kirchschräger sagte, relativ unbedeutend. Denn da macht man sich nur Feinde, weil man nicht Partei ergreift. Und wenn in Europa einmal eine heile und friedliche Welt entstehen sollte, dann geht die Bedeutung der Neutralen ebenfalls zurück, weil die Unterschiede zu gering werden, als daß den Neutralen noch eine besondere Aufgabe zufallen würde.

Schuster

Ich stimme Herrn Dahrendorf zu, daß die Komplizierung und die Differenzierung der Beziehungen ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit ist. Wenn man sich jedoch die politische Landkarte in Europa ansieht, stößt man auf eine Asymmetrie. Es steht gewissermaßen eine geschlossene Gesellschaft vielen offenen Gesellschaften gegenüber, und die Frage der Neutralität oder der Neutralisierung stellt sich nur auf der Seite der offenen Gesellschaften. Ich nenne nur Finnland, Schweden, Österreich und die Schweiz, wobei deren Neutralität jeweils aus unterschiedlichen historischen Bedingungen entstanden ist. Es gibt auf östlicher Seite nichts Entsprechendes. Jugoslawien möchte ich ausklammern. Rumänien nimmt eine Sonderrolle ein; es würde sich aber sicher dagegen sträuben, zu den Neutralen gerechnet zu werden.

Innerhalb der geschlossenen Gesellschaft kann und darf es keine Neutralität oder Neutralisierung geben. Ich kenne auch kein derartiges Beispiel. Neutralität ist also gewissermaßen ein systemimmanentes Problem der offenen Gesellschaft.

Bertsch

Wir müssen bei der Neutralität unterscheiden, Herr Schuster, ob wir über neutrales Verhalten von Einzelpersonen oder von Institutionen oder über das reden wollen, wozu sich ein Staat verpflichtet hat. Wir haben hier ja auch nicht darüber zu befinden, wer fortan zu einem neutralen Staat zu erklären ist und wer nicht.

Ist die staatliche Neutralität historisch gesehen von Wert oder von Unwert für die europäische Sicherheit gewesen? Auf diese Frage antworte ich eindeutig: Ja, sie hat Wert gehabt, und ich hoffe, daß das auch in Zukunft der Fall sein wird. Aber es wäre unrealistisch, jetzt darüber zu spekulieren, wo sich eine Möglichkeit ergeben könnte, einem Staat zu empfehlen, neutral zu werden. Gegenwärtig kommt es darauf an, das europäische Sicherheitssystem in Betrieb zu setzen, sicher nicht voll ausgestaltet, aber in den Punkten, in denen bereits Übereinstimmung besteht. Dann würden bestimmte Elemente der Neutralitätspolitik durch eine neue Form der Zusammenarbeit sowieso aufgehoben werden.

Deshalb scheint mir ein Sinn unserer Aussprache auch darin zu liegen, die Vertreter von Staaten, die Neutralität für sich in Anspruch nehmen, in ihrer Auffassung zu bekräftigen, daß ihr bisheriger Beitrag zur europäischen Sicherheit wertvoll war und daß sie in dieser Hinsicht weitere größere Aufgaben haben. Dabei haben sie nicht nur die Funktion eines "Gelenks", eines Begegnungsplatzes, sondern können auch einen aktiven inhaltlichen Beitrag leisten.

Darum ist auch eine Annäherung an die Auffassung von Herrn Dahrendorf möglich. Ich könnte mir vorstellen, daß diese Art "Komplizierung in den staatlichen Beziehungen" durchaus eine entspannungsfördernde Tendenz haben kann. Ich bin mit ihm ebenfalls einig, wenn auch nicht aus den gleichen Motiven, daß die Auffassung von der Multipolarität nicht der Realität entspricht. Das hieße den historischen Prozeß, der sich seit 1917 auch in staatlicher Form vollzogen hat, falsch einschätzen.

Kiep

Wie sichert sich eigentlich ein neutrales Land heute seine Neutralität? Mir ist bekannt, daß Herr Kirchschräger vor einiger Zeit einmal gesagt hat: Unsere Sicherung ist nicht militärisch, sie liegt in

einer guten Außenpolitik. Das klingt sehr gut, widerspricht aber im Grunde genommen dem, was andere neutrale Länder tun; ich denke etwa an die Schweiz und an Schweden.

Wie sehen die hier anwesenden Angehörigen militärisch neutraler Länder die Sicherung ihrer Neutralität? Sind Sie der Meinung, daß dafür Opfer gebracht werden müssen, daß also neutral werden nicht bedeutet, die Verteidigungslasten einsparen zu können, sondern im Gegenteil, daß man dann für die eigene Sicherheit allein verantwortlich ist? Die Beantwortung dieser Frage könnte Hinweise darauf geben, wie stark oder wie schwach in diesem Europa des Jahres 1973 das Sicherheitsgefühl ist.

Reverdin

Wir Schweizer waren immer bereit, für unsere Neutralität zu zahlen. Es war stets eine bewaffnete Neutralität. Für jeden Schweizer sind damit große Anstrengungen verbunden, weil man sich den Wehrübungen bis zum 60. Lebensjahr und länger unterziehen muß. Auch ich bin zum Beispiel noch dienstpflchtig. Ich habe gerade vor acht Tagen den Befehl erhalten, mich am 12. Dezember in feldgrau mit meinem Gewehr zur Inspektion zu stellen.

Die Schweiz ist zur Zeit der Reformation neutral geworden. Wir hatten damals keine andere Wahl. Wenn der Bund, der damalige *corpus helveticum*, weiter Bestand haben wollte, durften wir uns in die Streitigkeiten der Großen nicht mehr einmischen. Mit der Zeit haben wir aus dieser Notwendigkeit eine Tugend gemacht. Die Neutralität der Schweiz wurde nach den napoleonischen Kriegen in Wien und in Paris anerkannt. Praktiziert haben wir sie aber seit Jahrhunderten.

Wir sahen bis jetzt keinen zwingenden Grund, die Neutralität aufzugeben; denn sie ist weder für die anderen Staaten noch für die europäische Sicherheit schädlich, obwohl man das in jedem Krieg behauptet hat. Da wir keine Partei ergriffen, waren wir für beide Gruppen der kriegführenden Mächte unbequem.

Auch die Neutralität ist das Bemühen eines Staates, eine eigene Außenpolitik zu betreiben. Dafür fallen militärische Kosten an. Die neutralen Länder sind außerdem der Meinung, daß sie für die internationale Zusammenarbeit, für die Völkergemeinschaft, zusätzlich etwas tun sollten, da sie an den Kriegen nicht teilnehmen, was ihnen sicher Vorteile einbringt. Deshalb finden Sie bei den Neutralen oft diese, sagen wir, moralische Einstellung. Sie versuchen, sich für andere nützlich zu machen. Das gilt für die Schweiz etwa mit dem Roten Kreuz, das gewissermaßen eine umgekehrte Neutralität darstellt. Denn die Grundidee des Roten Kreuzes ist die Neutralisierung der Verwundeten, der Gefangenen und der Sanitätstruppen auf dem Schlachtfeld.

Mäkinen

Wie sichert Finnland seine Neutralität? Wir sind bemüht, sie sowohl politisch wie militärisch glaubwürdig zu erhalten. Über den politischen Aspekt habe ich bereits gesprochen. Militärisch müssen wir unser ganzes Hoheitsgebiet unter eigener Kontrolle halten - zur See, zu Lande und in der Luft; -, damit allen bewußt ist, daß wir, und nur wir, Herr in unserem Hause sind. Um das zu erreichen, haben wir große finanzielle Anstrengungen unternommen, besonders für die Luftkontrolle.

Wir verfügen über ein ausgedehntes Radarsystem, das nicht nur unser Gebiet deckt, sondern Hunderte von Kilometern nach allen Richtungen in die Nachbargebiete hineinreicht. Jedes unangemeldete Flugzeug, das in unsere Richtung fliegt, wird auf diese Weise registriert; wenn es bei uns einfliegt, steigen mehrere finnische Düsenflugzeuge auf, um es zur Grenze zurückzubringen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß man im Westen wie im Osten von Zeit zu Zeit prüft, ob unser System noch funktioniert. Ich kann versichern, daß es funktioniert.

Hinteregger

Herr Bundesminister Dr. Kirchschräger hat sich in dem von Ihnen zitierten Sinne nicht geäußert, Herr Kiep. Er hat gesagt, die Sicherheit Österreichs müsse sowohl durch die militärische Verteidigungsgemeinschaft als auch durch eine entsprechend gute Außenpolitik gewährleistet werden. Dabei kommt aufgrund der gegenwärtigen Situation in Europa der Außenpolitik die größere Bedeutung zu. Die Bemerkung von Herrn Dr. Kirchschräger bezog sich also betont auf die jetzige Situation in Europa.

Die bewaffnete Neutralität ist bei uns gesetzlich verankert, darüber gibt es keinen Streit. Die Diskussion, die gegenwärtig in Österreich geführt wird, geht lediglich um die Frage, wie und in welchem Ausmaß die Neutralität militärisch gesichert werden soll. In der Verfassung heißt es dazu: "Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln." Dabei spielt aber nicht nur die militärische

Verteidigungsbereitschaft eine wichtige Rolle, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Landes, die wiederum die Basis für seine politische Stabilität ist.

Das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß heute so gut wie jeder Österreicher die Unabhängigkeit dieses Staates bejaht. Wir haben die historische Erfahrung gemacht, daß der Untergang dieser Republik schon einmal nicht auf dem militärischen Schlachtfeld entschieden wurde, sondern durch andere Faktoren. Diese Problematik muß also in einem größeren Rahmen gesehen werden.

Zemanek

Was kann ein neutraler Staat tun, um seine Sicherheit zu erhöhen? Ich meine, er wird im Rahmen seiner Möglichkeiten versuchen, diejenigen Bedingungen, die seine Sicherheit beeinträchtigen könnten, so zu verändern, daß diese Gefahr geringer wird - zu beseitigen ist sie sicher nicht. Dabei geht es für den Neutralen im Hinblick auf politische und militärische Möglichkeiten nicht um ein Entweder-Oder, sondern er wird es mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln tun.

Auf der einen Seite gibt es das politische Mittel. Das heißt, der neutrale Staat wird versuchen, seiner Neutralität eine solche Funktion zuzuweisen, die es den möglichen Konfliktparteien sinnvoller erscheinen läßt, ihn in dieser Funktion zu erhalten, als sie durch Einbeziehung in den Konflikt zu beseitigen. Auf der anderen Seite wird er versuchen, im Rahmen seiner militärischen Verteidigungsanstrengungen so viel zu tun, daß seine eigenen Kräfte ausreichen, um die Kräfte, die die eine oder die andere Seite in einem Konflikt gegen ihn einsetzen könnte - das ist ja nur ein bestimmter Teil;-, abzuwehren.

Natürlich kann im Zuge bestimmter Entwicklungen die eine oder die andere der beiden Möglichkeiten einen stärkeren oder schwächeren Akzent bekommen. Zu dem Zeitpunkt, als Außenminister Kirchschräger den Vorrang des politischen Mittels betonte, war diese Akzentsetzung für Österreich noch verständlich. In der Zwischenzeit sind jedoch Ereignisse eingetreten, die den Regierungschef am 26. Oktober veranlaßt haben, die Akzente wieder in eine andere Richtung zu verschieben. Das sind keine Gegensätze, sondern diese Akzentverschiebungen ergeben sich aus der Beurteilung der jeweiligen Lage.

Karasek

Das Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 verpflichtet uns Österreicher zur bewaffneten Neutralität. In dem von mir schon erwähnten Artikel 1, Absatz 2 des Gesetzes heißt es, daß Österreich die Neutralität mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen wird. Dabei befinde ich mich in Übereinstimmung mit Herrn Zemanek, der zu dieser Frage ein Gutachten für die Bundesregierung ausgearbeitet hat, wonach dieses "mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" im Sinne von "mit allen zumutbaren Mitteln" zu interpretieren sei.

Man kann also nicht unbegrenzt abrüsten und sagen, wir haben halt nur diese bescheidenen Mittel, sondern die Staatengemeinschaft hat schon einen Anspruch darauf, daß die österreichischen Anstrengungen mit denen von Staaten ähnlicher Größe vergleichbar sind. Hier ist die Opposition im österreichischen Parlament allerdings der Ansicht, daß Österreich auf dem Gebiet der militärischen Rüstung nicht genügend tut. Das ist heute einer der strittigen Punkte zwischen Regierung und Opposition, der mit großer Emotion auch in der Öffentlichkeit ausgetragen wird.

Ein neutraler Staat dürfte sich eigentlich auch an keinen Abrüstungsmaßnahmen beteiligen. Das ist zumindest eine provokante Formulierung von Prof. Bindschedler, der auf diesem Gebiet eine anerkannte Autorität ist.

Ich schließe mit einem Zitat des finnischen Generalstabschefs, der im Fernsehen sein Statement zu diesen Fragen mit dem Satz beendete: Jedes Volk hat in seinem Lande eine Armee, eine eigene oder eine fremde, besser ist die eigene.

Bertsch

Manche haben zwei.

Moersch

Es ist zweifellos richtig, daß Sicherheit auch durch die Beseitigung politischer Spannungen zu erreichen ist. Diese Überlegung lag auch unserer Entspannungspolitik zugrunde; sie wurde schon 1967 im NATOMinisterrat im Marmel-Bericht formuliert. Man kann also die militärische Frage nicht von

der politischen trennen, wie man es lange Zeit getan hat, als man das Bündnis rein als Militärbündnis verstand und Sicherheit vorwiegend unter militärischen Aspekten betrachtete. Die neutralen Staaten sind natürlich gerade wegen ihrer Neutralität an einer aktiven Entspannungspolitik besonders interessiert. Deshalb versuchen sie, möglicherweise auch für andere Staaten Vorstellungen für eine gute Außenpolitik in diesem Bereich mit zu konzipieren.

Was den Vorrang der politischen Mittel zur Beseitigung von Spannungen angeht, so arbeiten die neutralen Staaten in dem Punkt notwendigerweise sehr eng zusammen. Das kann man sicherlich nicht als Blockbildung bezeichnen. Aber es ist eine Tatsache, daß sie auch ohne Bündnismechanismus in wichtigen Fragen etwa der Vorbereitung der Sicherheitskonferenz übereingestimmt haben. Ihre Wirkung beruht unter anderem darauf, daß niemand sie verdächtigen kann, sie wollten die Gewichte verschieben. Welchen Vorteil sollte es für diese Staaten haben, wenn sie militärisch anders auftreten würden, wozu sie ja gar nicht in der Lage sind.

Heer

Wie steht es um die militärische Verteidigung der Neutralen? Ich fürchte, einige unserer Freunde teilen noch immer die Kriegsansichten meines Landsmannes Adolf Hitler, der den Zweiten Weltkrieg unter anderem deshalb begonnen hat, weil er durch die Vorstellung des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 fasziniert war. Konkret gesprochen: Ich weiß nicht, ob sich das österreichische Bundesheer in einem Kriege 60 Minuten oder zwei Tage halten kann. Ich weiß auch nicht, ob sich die Schweiz länger halten kann. Das heißt, für unser Europa kommt im Ernstfall ein konventioneller Krieg überhaupt nicht in Frage.

Ich meine damit nicht, daß der Westen abrüsten und der Ostblock sich noch 100 Divisionen als Reserve zulegen soll. Ich stelle nur das Spielmaterial zur Debatte. Es hat nur einen Sinn, das militärische Potential in die Waagschale zu werfen, insoweit es politisch relevant ist. Sandkastenspiele wie in der Wüste Sinai und Umgebung kommen für uns in Europa nicht mehr in Frage. Ich plädiere nicht dafür, daß die NATO aufgelöst wird. Ich habe gern zur Kenntnis genommen, daß es gesunde Spannungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der NATO gibt. Ich wünschte mir solche Spannungen auch für unsere Freunde im Osten.

Wir sprechen hier über militärisches Gleichgewicht. Es wäre sicher leichtfertig, durch Schwäche in Versuchung zu führen; denn die Schwächen sind viel gefährlicher als die Stärken. Eine der größten Gefahren scheint mir in dieser Hinsicht die Schwäche der beiden Weltmächte zu sein. Eine Sowjetunion, die Schwierigkeiten hätte, Ihre westliche und Ihre östliche Reichshälfte zu verbinden, wäre gefährlich. Wir müssen von dem Minderwertigkeitskomplex wegkommen. Unsere amerikanischen Freunde sind schon dabei, sich von dem mythischen Komplex des Herrn Kissinger zu entfernen; denn fünf Metternichstaaten auf fünf mechanische Großkomplexe zu übertragen, ist falsch.

Wenn man über Sicherheit spricht, dann ist die Frage: Wie können wir die notwendigen Konflikte von heute und morgen in neuen Formen austragen? In diesem Zusammenhang scheint mir eine kleine, aber wichtige Möglichkeit funktionierender Neutralitäten darin zu bestehen, zu den sehr schwierigen Wandlungsprozessen des Selbstverständnisses der Großmächte beizutragen, und zwar Wandlungen im Selbstverständnis der führenden Gruppen und Persönlichkeiten. In diesem Sinne können die Neutralen gewissermaßen als Spurenelemente wirken; denn die Mühlen der Geschichte mahlen langsam.

Haagerup

Es ist sicher bekannt, daß die Neutralität Schwedens eine starke militärische Grundlage hat. Als zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen 1948 eine neutrale skandinavische Verteidigungsunion vorgeschlagen wurde, war es eine schwedische Bedingung, daß Dänemark und Norwegen sich zum schwedischen Rüstungsniveau aufrüsten sollten.

Es gibt heute sowohl in Dänemark als auch in Norwegen Anhänger der Neutralität, die immer den Eindruck erwecken, daß es viel billiger sein würde, wenn die beiden Länder neutral wären. Damit wollten sie die Schweden überreden abzurüsten, um dann vielleicht später von einem neutralen skandinavischen Block sprechen zu können. So etwas ist natürlich Unsinn.

Es hängt viel auch von den neutralen Staaten selbst ab, wie sich in Zukunft zum Beispiel ihre Verbindung mit der Europäischen Gemeinschaft gestalten wird. Es ist doch klar, daß Österreich und Finnland unter den gegenwärtigen Umständen nicht Mitglieder der EG sein können. Für Schweden war es bis 1970 eine offene Frage, bevor die Entscheidung gegen Brüssel fiel. Das dürfte auch im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis von 1970 gestanden haben, als die schwedische Regierung

unter Olof Palme die absolute Mehrheit verlor. Schweden hat also gerade in dem Jahr, in dem der Entspannungsprozeß begann, beschlossen, nicht Mitglied der EG zu werden.

Moersch

Wie schätzen Sie die Zukunft der schweizerischen Neutralität ein, wenn Italien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland eines Tages zu einer politischen Union werden? Ist dann die historische Grundlage für die schweizerische Neutralität überhaupt noch gegeben? Beruht diese Neutralität nicht darauf, daß die Schweiz sich aus den Konflikten der genannten Staaten heraushalten mußte, schon wegen ihrer eigenen Bevölkerungsstruktur?

Reverdin

Die historische Grundlage wäre dann sicher nicht mehr vorhanden. Als die Schweiz im 16. Jahrhundert neutral wurde, hatte sie mit Ausnahme von Frankreich und Österreich keine Großmächte als Nachbarn. Die Schweizer sind aber nicht neutral geworden, um eine Wahl zwischen Österreich und Frankreich zu vermeiden. Vielmehr fühlten sie sich zu schwach, und sie wollten wirtschaftliche Beziehungen mit der ganzen Welt aufrechterhalten.

Ich wies schon darauf hin, daß man in der Schweiz damals der Meinung war, in einer Völkergemeinschaft wie dem Bund der dreizehn Kantone sei es nützlich, ein neutrales Vollmitglied, nämlich Basel, als möglichen Schiedsrichter zu haben. In dem von Ihnen angenommenen Fall, Herr Moersch, müßten sich die Schweizer fragen, ob es dann noch für die anderen Staaten von Vorteil ist, wenn ein Staat, frei von gewissen Verpflichtungen, zur Verfügung steht. Das wäre allerdings der einzige Grund für eine Weiterführung der Neutralität; denn für die Schweiz selbst hätte sie dann keinen Sinn mehr. Niemand glaubt heute in der Schweiz, daß wir von Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich (oder von Liechtenstein) bedroht sind. Es ist aber noch gar nicht so lange her, daß wir tatsächlich wieder einmal bedroht waren.

Zemanek

Gerade in der Schweiz stellt die jüngere Generation sehr intensiv die Frage nach dem heutigen Sinn der Schweizer Neutralität. Ich halte das für bedeutsam, weil bei der Schweiz der Funktionsverlust der Neutralität zum Teil schon erfolgt ist und zum Teil noch erfolgen wird.

Kiep

Wir sprechen hier anhand von Beispielen wie Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland sehr konkret von Neutralität und bewerten ihren Einfluß auf die Gesamtentwicklung in Europa und in der Welt günstig. Wir überlegen auch, inwieweit sie positive Wirkungen für die Lösung der Probleme der Dritten Welt haben könnte. Unsere Gesprächsteilnehmer aus dem sozialistischen Lager ziehen interessante historische Parallelen und sprechen von neuen Qualitäten, die seit 1917 in den Kreis der Nationen eingezogen sind. Aber im Grunde genommen sprechen sie doch in dem klaren Bewußtsein, daß das, was sie uns als Möglichkeit empfehlen, für sie selber unter gar keinen Umständen Geltung haben kann.

Das heißt, hier wird auf der einen Seite einer Gruppe von Staaten nahegelegt, sich zu überlegen, ob sie nicht die Neutralität vorziehen wollen, während die Staaten auf der anderen Seite diese Optionsmöglichkeiten offenbar längst überwunden haben.

Herr Czyrek hat in seinem Referat von dem kollektiven Sicherheitssystem als der Zielvorstellung der polnischen Westpolitik und der Bündnispolitik im Warschauer Pakt gesprochen. Damit muß sich doch eine Vorstellung verbinden, die den Gebrauch dieser beiden Worte - kollektives Sicherheitssystem - rechtfertigt. Ich würde gern wissen, wie dieses Sicherheitssystem in Umrissen, in Konturen aussieht. Soll es einen Raum schaffen, um die zur Zeit bestehende Zahl von Neutralen um andere zu vermehren? Soll es einen Rahmen abgeben, in dem die europäischen Staaten mit größeren Möglichkeiten ihre politischen Positionen innerhalb der Allianzen verändern können, zum Beispiel in Richtung auf eine Neutralität? Oder ist dieses kollektive Sicherheitssystem anders zu verstehen? Macht es die Allianzen à la longue überflüssig, und beruht es darauf, daß in Europa Nationalstaaten nebeneinander unter einem allgemeinen Sicherheitsdach existieren, das ihnen Bewegungsfreiheit gibt? Dann muß doch in der Endphase an die Stelle der heutigen Militärbündnisse eine neue Qualität der Sicherheit für alle beteiligten Staaten treten.

Ist es dann auch für Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes möglich, Positionen im Sinne der hier definierten Neutralität zu beziehen, oder schließt die Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager die

Neutralität in jedem Falle aus? Wie sieht es im sozialistischen Lager unter dem kollektiven Sicherheitssystem mit der nationalen Souveränität aus? Wird es möglich sein, eine Entwicklung anzustreben, die nicht mehr im Rahmen des von Ihnen zur Zeit befolgten Internationalismus oder der Solidarität der sozialistischen Staaten vor sich geht?

Diese Fragen sind für uns deshalb wichtig, weil wir mit unserer Entspannungspolitik, die wir alle mit großer Energie betreiben, bestimmte Zielvorstellungen verbinden, nämlich den Abbau von Spannungen. Und der Abbau von Spannungen könnte in einer letzten Phase dazu führen, daß militärische Bündnisse nicht mehr notwendig sind. Aber wie soll in diesem Falle die Sicherheit derjenigen aussehen, die dann sozusagen ohne den Schirm des Bündnisses übrig bleiben? Sind das Gleiche unter Gleichen? Gilt dann das, was für die DDR gilt, auch für die BRD, was für Polen gilt, auch für Belgien, oder bleibt die unterschiedliche Fähigkeit zur Neutralität weiterhin bestehen? Sie müssen schon verstehen, daß uns die etwas doppelbödige Diskussion beunruhigt und ihre Empfehlungen hinsichtlich Bündnisfreiheit, Abbau der Präsenz fremder Truppen und so weiter in einem Licht erscheinen läßt, das etwas zwielichtig ist.

Deshalb stelle ich Ihnen die direkte Frage, Herr Czyrek: Wie sieht das kollektive Sicherheitssystem aus, das Sie als Ziel der Außenpolitik Polens und des Warschauer Paktes bezeichnet haben? Welche Sicherheitsmöglichkeiten und Sicherheitsgarantien gibt es dabei? Wird dann in einem Europa mit verminderter Spannung Neutralität auch zu einer Möglichkeit der Politik Polens, der DDR, Ungarns und anderer sozialistischer Staaten?

Czyrek

Wir sprechen schon seit langem von einem europäischen Sicherheitssystem. Wir leben gegenwärtig in einer Periode der Blockteilungen, des Gleichgewichts der Kräfte als Grundlage der Sicherheit. Soll diese Lage verewigt werden, selbst wenn sich die Strukturen der Blockteilungen verändern etwa in der Form, daß die westeuropäische Integration auch auf militärischem Gebiet geschaffen wird? Oder könnte man sich irgendwelche Alternativen für die Entwicklung Europas und vielleicht auch der Welt überlegen? Wir sind der Meinung, daß die Blockpolitik nicht die letzte Weisheit der Menschheit ist. Deshalb muß man sich überlegen, wie es weitergehen soll.

Uns scheint hier die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems eine Alternative zu sein. Was ist darunter zu verstehen? Die wohl kürzeste Definition besagt, daß die Sicherheit aller auf dem Prinzip der Mitbeteiligung und Mitverantwortung aufbaut, und zwar nicht nur in den einzelnen Teilen Europas, sondern Europa insgesamt. Denn es ist klar, daß das Interesse der Sicherheit und des Friedens allen Ländern und Menschen gemeinsam ist.

Was die Formen eines solchen kollektiven Sicherheitssystems angeht, so sind diese erst auszuarbeiten, zu diskutieren und zu vereinbaren. Wie das zu machen ist, dafür gibt uns die Vorbereitung und die bisherige Durchführung der Europäischen Sicherheitskonferenz wichtige Hinweise. Man spricht sehr sachlich und konstruktiv über alle Aspekte und sucht nach gemeinsamen Formulierungen.

Wir haben in Polen bestimmte Vorstellungen für diese Konzeption entwickelt, die wir inoffiziell mit unseren Freunden und auch mit unseren Partnern im Westen diskutiert haben. Unsere Freunde hielten diese Idee zwar für richtig, aber sie erschien ihnen wenig realistisch. Unsere Partner im Westen waren noch deutlicher und meinten, die Polen seien Utopisten. Als wir seinerzeit die Frage einer atomwaffenfreien Zone in Europa aufwarfen, hat man uns auch als Utopisten bezeichnet. Jetzt ist durch den Vertrag über die Nichtverbreitung von atomaren Waffen ganz Europa zu einer atomwaffenfreien Zone geworden.

Wir haben in den Jahren 1957/59 die Frage der Reduzierung der Streitkräfte in Mitteleuropa gestellt und Vorschläge dazu unterbreitet. Auch damals sagte man uns, wir seien Utopisten. Seitdem sind 15 Jahre vergangen, und jetzt verhandelt man darüber in Wien. Im Jahre 1964 haben wir erneut die Idee der Europäischen Sicherheitskonferenz vor der UNO vorgetragen. Wieder waren einige skeptisch. Jetzt bereitet man diese Konferenz vor.

Ein Denken in den Zukunftskategorien ist also gar nicht so schlecht; denn wenn die Zeit dafür reif ist, kann man bestimmte Ideen in Angriff nehmen.

Nach unserer Auffassung müßte die Idee der kollektiven Sicherheit von der bestehenden Lage ausgehen, das heißt von der Tatsache, daß in Europa zwei Blöcke existieren und daß es einige neutrale Staaten gibt, die keinen Block bilden. Diese Gegebenheiten müßten in einer ersten Phase der Realisierung in das kollektive Sicherheitssystem eingebaut werden, und zwar mit gewissen Formen des Dialogs, von Kontakten und so weiter. Wenn dann, verbunden mit der Abrüstung und mit

der Entwicklung der Zusammenarbeit, das Vertrauen wächst und die Überzeugung allgemein wird, daß durch eine solche Entwicklung keine Gefahren bestehen, kann man in einer zweiten Phase schrittweise auch zu einer Auflösung der bestehenden Militärblöcke kommen. Man kann neue Funktionen in das System der kollektiven Sicherheit einbauen sowie Instrumente und institutionelle Formen finden, Kommissionen gründen und so weiter. Es ist jetzt verfrüht, hier schon in die Einzelheiten zu gehen, ich entwickle nur einige Gedanken dazu.

Man darf diese Vorstellung aber nicht mit einer Neutralisierungspolitik für Europa gleichsetzen. Wenn die Sicherheit auf dem Prinzip der Mitbeteiligung und Mitverantwortung aller europäischen Staaten aufgebaut wird, dann geht es nicht mehr um Neutralität, sondern um ein aktives Mitwirken, ein sich engagieren für die Fragen dieses Kontinents, die die Sicherheit und die friedliche Entwicklung betreffen.

Herr Arnaud hat hier ebenfalls gewisse hypothetische Gedanken entwickelt, die für unsere Überlegungen sehr wichtig sind. Zu seiner These, daß wir so etwas wie eine Mäusegesellschaft sind, möchte ich nur sagen, das ist eine sehr subjektive Vorstellung. Wir Polen empfinden uns nicht als Mäuse, weder als Land und noch was die Menschen angeht. Es müssen alle Faktoren berücksichtigt werden, die für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Bedeutung sind. Das gilt ebenso für die Sowjetunion, die selbstverständlich ein europäischer Staat ist, wie auch für die USA, die historisch gesehen zu einem Faktor in Europa geworden sind.

In dem bisherigen sowjetisch-amerikanischen Dialog über die Entspannung und in den getroffenen Vereinbarungen sehen wir Polen keine Gefahr - weder für uns, noch, sagen wir, für Holland. Wir sehen hier die Möglichkeit der Entspannung, des Dialogs, der Abrüstung, der Festigung der Sicherheit für alle. Vom zoologischen Standpunkt aus gesehen mag also das Beispiel von den Mäusen und den Katzen zutreffen, aber im Hinblick auf die politische Situation in Europa und in der Welt ist es überholt.

Ich habe hier nun erfahren, daß der Osten angeblich Westeuropa neutralisieren wollte und auch heute noch die Neutralität als eine Alternative zur Integration Westeuropas für aktuell halte. Dazu möchte ich feststellen, daß die Sowjetunion und die sozialistischen Länder in den ersten Nachkriegsjahren lediglich nicht zulassen wollten, daß in Europa eine Militärgruppierung entsteht, deren Ideologie und Tendenz sich gegen die sozialistischen Länder richtet. Die Sowjetunion und die sozialistischen Länder hatten damals die tiefen Wunden des Krieges noch nicht überwunden und waren weit davon entfernt, an einen Krieg zu denken. Aus diesem Grunde wurde die ganze Entwicklung in Europa unter dem Aspekt betrachtet, ob sie eine Bedrohung für die sozialistischen Länder und für den Frieden in Europa darstelle. Das wollten die sozialistischen Länder verhindern, aber nicht in Form einer Neutralisierung Westeuropas. Mir ist jedenfalls keine solche Idee bekannt.

Eine andere Situation entstand, als die BRD in die NATO eintreten und sich remilitarisieren wollte. Das bedeutete für die sozialistischen Länder eine erhebliche Veränderung des bestehenden Gleichgewichts der Kräfte, das als Grundlage der Sicherheit angesehen wurde. Um diese Veränderung zu verhindern, waren die Sowjetunion und die sozialistischen Länder bereit, einen hohen Preis zu zahlen und die Neutralität Gesamtdeutschlands, das heißt die militärpolitische Neutralisierung, in Kauf zu nehmen. Diese Chance wurde verpaßt, manche sagen zum Glück, manche sagen zum Schaden. Das ist Geschichte. Nachdem die Bundesrepublik in die NATO eingetreten war und ihre Armee aufgebaut hatte, haben die sozialistischen Länder mit größter Mühe ein neues Gleichgewicht der Kräfte hergestellt.

Bei unserer Konzeption einer atomwaffenfreien Zone ging es in der Tat in erster Linie um die atomare Neutralisierung der Bundesrepublik, was nach den Erfahrungen des Krieges wohl verständlich war. Aber es ging noch um etwas Wichtigeres. Wenn nämlich die Bundesrepublik und später andere Länder über Atomwaffen verfügt hätten, dann wären wir zu einem atomaren Wettrüsten in Europa gekommen. Auch Polen würde dann selbstverständlich atomare Waffen von der Sowjetunion gefordert haben. Das wollten wir in Europa verhindern. Das ist zum Glück bereits eine historische Episode, die hoffentlich völlig überwunden ist.

Das war aber nicht im Sinne einer Neutralisierung gemeint, sondern sollte das gefährliche atomare Wettrüsten in Europa verhindern. Mir ist also nichts davon bekannt, daß man im Osten den "Neutralismus" als eine Alternative zur westlichen Integration ansieht. Ich betrachte diese Integration als eine objektive Entwicklungstendenz der Technologie, der ökonomischen Verbindungen und so weiter. Die Frage ist, in welchen Formen sie sich entwickelt. Kann sie die internationale Zusammenarbeit und die Sicherheit verstärken, oder bringt sie durch die von Herrn Dahrendorf erwähnte Komplizierung der Zusammenarbeit neue Hindernisse und auch neue Gefahren mit sich? Welche Politik wird also mit dieser Integration gegenüber den Dritten verfolgt?

Natürlich müssen die ökonomischen Integrationsbemühungen die Entspannung nicht hemmen oder negativ beeinflussen. In dieser Richtung ist auch der Schritt der sozialistischen Länder zu verstehen, durch Herrn Fadejew Kontakte mit der EG aufzunehmen. Wenn aber auf dieser Basis auch die politische und sogar die militärische Integration wachsen sollen, dann ist das für uns neu und macht uns nachdenklich.

Angenommen, die Amerikaner ziehen ihre Truppen und auch ihre Atomwaffen aufgrund der SALT-Gespräche und der Wiener Gespräche aus Europa zurück, dann werden diese Kräfte doch nicht verschwinden, sondern nur ein paar tausend Kilometer weiter entfernt sein; für die Raketen macht das nicht mehr als zehn Minuten aus. Die westeuropäischen Länder meinen, sie müßten dann eigene militärische Kapazitäten schaffen, um die Lücke auszufüllen. Da wird aber keine Lücke ausgefüllt, sondern ein neues Potential erstellt. Das kann leicht wieder zu einem europäischen Wettrüsten führen. Ich verstehe die Sicherheitsinteressen auch unserer Partner im Westen. Jeder hat das Recht auf Sicherheit. Das darf aber nicht in Formen geschehen, die die Bemühungen, durch Abrüstung die Entspannung und die Sicherheit zu fördern, durch neue militärpolitische Strukturen zunichte machen.

Wir meinen, daß es in dieser Situation wichtig ist, eine Orientierung nicht für heute und morgen zu schaffen, sondern eine Entwicklung im Hinblick auf das, was ich die Idee der kollektiven Sicherheit genannt habe, anzustreben. Es geht dabei zunächst nur darum, in welche Richtung sich Europa als Zukunftsvision entwickelt.

Moersch

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, Herr Czyrek, wir sind keineswegs der Meinung, daß der Nichtbesitz von Atomwaffen irgend etwas mit Neutralisierung zu tun hat. Es besteht in den Bündnissen eine Arbeitsteilung, die wir voll akzeptieren, weil sie eine größere Sicherheit mit sich bringt. Das ist auch der klare Standpunkt meiner Regierung.

Außerdem betone ich besonders, daß unsere Integrationspolitik im Westen keineswegs das Gleichgewicht der Kräfte verändern will. Sie hat ein bestimmtes ökonomisches Ziel, das uns zwingt, auch im Politischen die Zusammenarbeit zu vertiefen. Da wir den Sicherheitsbegriff im Gegensatz zu früher heute nicht mehr rein militärisch verstehen, müssen wir uns auch über die gemeinsame Sicherheit Gedanken machen. Wie schon Herr Brinkhorst gesagt hat, ändert sich dadurch am NATO-Bündnis gar nichts. Ob es innerhalb dieses Bündnisses irgendeines fernen Tages zu Gewichtsverlagerungen kommen wird, ist eine Sache für sich.

Damit aber kein Zweifel besteht: Wenn wir von einer Reduzierung der Truppen und der Rüstungen sprechen, dann verstehen wir das im Interesse der Ausgewogenheit auf beiden Seiten. Aber diese Ausgewogenheit wird auch innerhalb unseres Bündnisses vorhanden sein müssen. Die Befürchtungen, die Sie geäußert haben, es könne dann von der Gruppe der westeuropäischen Staaten eventuell eine einseitige Verstärkung vorgenommen werden oder sogar gewollt sein, sind unbegründet. Die westeuropäischen Staaten werden das tun, was notwendig ist, um ihre Sicherheit nicht zu verringern. Aber sie werden gewiß nichts tun, was von anderen als Störung des Gleichgewichts empfunden werden könnte. Auf den beiden großen Konferenzen in Wien und in Genf ist es unsere gemeinsame Aufgabe, in diesem Sinne zu wirken und die schon vorhandenen Grundlagen weiterzuentwickeln.

Vertrauensbildende Maßnahmen in allen Bereichen halten wir für außerordentlich wichtig, und wir bedauern, wenn gelegentlich der Eindruck entsteht, daß man auf östlicher Seite diese Maßnahmen auf ganz bestimmte Gebiete reduzieren will. Zur Vertrauensbildung gehört der stärkere menschliche Kontakt. Die Erfahrung der Geschichte lehrt, und die Neutralen wissen das sehr genau, daß die rein staatlichen Beziehungen auf die Dauer nichts wert sind, wenn sie nicht von den Menschen, die in diesen Staaten leben, wirklich getragen werden.

Der Begriff der Sicherheit, und um den geht es, ist für uns sehr umfassend. Jede sich verstärkende Interdependenz auf allen Gebieten - lediglich im militärischen Bereich wird es wohl nicht möglich sein - ist ein wesentlicher Faktor in Richtung auf die Idee des kollektiven Sicherheitssystems, von der Herr Czyrek gesprochen hat.

Ich begrüße es, daß Sie nicht mehr eine Position wie in den fünfziger Jahren einnehmen. Damals hieß es: Erst zurück zu den Nationalstaaten und dann Aufbau eines kollektiven Systems. Heute gehen Sie von der bestehenden Lage aus. Wir sind als Westeuropäer gezwungen - was man bedauern mag; -, unsere Interessen einander stärker anzugleichen, weil es um unsere eigene Sicherheit geht. Aber wenn wir gemeinschaftlich auftreten, dann verbessert das nach unserer Meinung auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der anderen Seite.

Sommer

Die kollektive Sicherheit ist sicher ein Fernziel, in dem wir alle übereinstimmen. Aber sie ist eine Utopie, und ich glaube nicht, daß sie schon eine reale Utopie ist. Solange wir in einer Welt leben, in der es Katzen und Mäuse gibt ...

Czyrek

Das habe ich bestritten.

Sommer

Das haben Sie bestritten. Solange aber Lenins Spruch gilt: Wer wen?; solange die Erinnerung an Chruschtschows Wort lebt: Wir werden Euch begraben - solange wird ein kollektives Sicherheitssystem eher ein Wunsch sein als eine Möglichkeit.

Der Übergang zum kollektiven Sicherheitssystem wird nicht dadurch erleichtert, daß man auf östlicher Seite sagt, wir nehmen jetzt Kredite von Euch und machen ökonomische Kooperation, aber ideologisch erklären wir Euch den verschärften Klassenkrieg. Genau das tun Sie. Aber es gibt zwischen diesen Ebenen Beziehungen, die man nicht einfach leugnen darf und die Sie sehen müssen. Ich fürchte, über ein kollektives Sicherheitssystem zu reden wird sich erst dann lohnen, wenn auch die ideologische Entschärfung und Entspannung eingetreten ist. Voraussetzung dafür ist eine gewisse psychologische Bereitschaft. Sie aber wird durch die ideologische Kriegserklärung zerstört.

Solange zwar guter Wille auf Konferenzen wie dieser und ähnlichen verbreitet wird, aber die Grundkontradiktion aufrechterhalten bleibt, solange scheint mir das kollektive Sicherheitssystem, wie es von östlicher Seite in die Diskussion gebracht wird, nur ein Mittel zur Auflösung der westlichen Allianz zu sein. Formaliter vielleicht zur gleichzeitigen Auflösung der östlichen Allianz - was aber wird aus den 21 bilateralen Verteidigungspakten, die im Osten dann noch bestehen bleiben?

Sie mögen versucht sein, unter dem Eindruck einer weitergehenden westeuropäischen Einigung, einschließlich der militärischen Integration, Schritte zu unternehmen, um diesen Integrationsprozeß zu verhindern. Aber der Dynamik der westlichen Integration können wir uns nicht entziehen. Damit müssen Sie fertig werden. Sie waren ja auch gegen die ökonomische Integration und haben sich dann adjustiert. Sie werden sich wohl oder übel auch adjustieren müssen, wenn es zur politischen und im Gefolge davon zur militärischen Integration in Westeuropa kommt. Da gibt es gar nichts; wir werden dieses tun.

Doch braucht die Entstehung neuer Strukturen den Entspannungsprozeß keineswegs zu verhindern. Dieses Europa der Neun oder Zehn - oder wieviele es schließlich sein werden;- , das sich möglicherweise auch militärisch zusammenschließt, kann für Sie unter Umständen ein wertvollerer Partner in den Abrüstungsgesprächen sein als das heutige. Es ist ja nicht gesagt, daß eine neue Struktur eo ipso abrüstungs- oder entspannungsfeindlich sein muß.

In der Debatte über Wert oder Unwert, Nutzen oder Nachteil der Neutralität waren wir schon an dem Kernproblem. Es kommt gar nicht so sehr darauf an, was die Neutralität für die Neutralen bedeutet, sondern es ist in der Phase des Übergangs, in der wir uns weltpolitisch gegenwärtig befinden, ebenso wichtig zu fragen, welchen Wert die Neutralität für das sich wandelnde internationale System hat. Was trägt sie im positiven Sinne zu den Wandlungen bei, die sich abzeichnen? Befördert sie diesen Prozeß, sichert sie ihn ab oder hindert sie ihn?

Der Nutzen der Neutralität erweist sich eindeutig dort, wo sie den Raum der Zusammenarbeit zwischen den Kontrahenten in Europa erweitert. Ich frage mich, ob sich die neutralen Länder nicht zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Korb 3 der Genfer Konferenz als Vorreiter, als Erprobungsräume, als Exerzierfeld in einer Vorphase empfehlen könnten, wo der Osten zögern mag, solche Experimente gleich mit den größeren westlichen Ländern durchzuspielen. Die Neutralen können den Raum der Zusammenarbeit erweitern und es ermöglichen, neue Verhaltensmuster auf kleineren Spielfeldern zu erproben. Wenn aber die Neutralen stabilisierend in dem Sinne wirken würden, daß die alten Strukturen erstarren und das, was sich im Flusse befindet, wieder einfriert, so wäre das ein großer Nachteil.

Hahn

Es ist eine Tatsache, daß wir in der Welt und auch in Europa mit Ideologien konfrontiert werden, die sich gegenseitig ausschließen, Herr Sommer. Aber es ist nicht unbedingt notwendig, daß die eine

Seite ihren ideologischen Standpunkt aufgibt, damit ein konstruktiver Schritt in Richtung auf ein Sicherheitssystem möglich wird. Wenn Sie das als Vorbedingung fordern, wird es schwierig sein, überhaupt etwas zu erreichen.

Sie sprechen dann von der Zwangsläufigkeit bestimmter Entwicklungen im Bereich des ökonomischen, die zu politischen Entwicklungen führen und schließlich militärische Unabwendbarkeiten mit sich bringen. Ist mit dieser Logik eine konstruktive Politik möglich? Wird hier nicht eine Spirale neuer Bedingungen geschaffen, die unser Zusammenleben komplizieren? Das entspricht nicht unserer Philosophie, mit der wir das kollektive Sicherheitssystem begreifen und an Einzelprobleme herangehen.

Besteht wirklich eine zwangsläufige Entwicklung, wie Sie sie prognostiziert haben? Dabei gaben Sie selbst den warnenden Hinweis: "Ihr Sozialisten müßt Euch daran gewöhnen, daß es so sein wird." Wird darüber nicht bereits konstruktiv auf der Sicherheitskonferenz diskutiert? Wenn wir hier eine neue Plattform gewinnen, werden sich die Spannungen und Gefahren auf staatlicher Ebene vermindern.

Steinhaus

Wenn die Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit gewissermaßen zur ersten Stufe eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa wird, wie entwickelt sich dann die Lage der Neutralen, die an dieser Konferenz teilnehmen? Werden die Neutralen beim weiteren Aufbau eines Sicherheitssystems aussteigen, um nicht Verpflichtungen auf sich nehmen zu müssen, die mit ihrer Neutralität nicht vereinbar sind?

Arnaud

Hat die Neutralität überhaupt noch einen Sinn, wenn es zum Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems kommt? Lohnt es sich, die Neutralität aufrechtzuerhalten, wenn die Bündnisse verschwunden sind und die Sicherheit auf einem kollektiven System beruht, an dem theoretisch alle Staaten ohne Ausnahme beteiligt sein sollten?

Reverdin

In einer Welt ohne Kriegsgefahr hätte die Neutralität wohl keine Grundlage mehr. Wenn ein System der kollektiven Sicherheit entsteht, könnte sich für die Neutralen ein schwieriges Problem ergeben. In diesem Falle wären sie nämlich nicht mehr solidarisch mit dem Kontinent, auf dem sie sich befinden. Das sind aber natürlich rein hypothetische Überlegungen.

Karasek

Sie fragen, Herr Steinhaus, ob Neutralität mit einem kollektiven Sicherheitssystem vereinbar ist. Für Österreich hat sich diese Frage bereits 1955 gestellt, als es - im Gegensatz zur Schweiz - die Grundsatzentscheidung traf, den Vereinten Nationen beizutreten. Sie wissen, daß nach den Statuten der Vereinten Nationen in gewissen Fällen, bei entsprechender Entscheidung des Weltsicherheitsrates, Kollektivmaßnahmen möglich sind, an denen sich alle Mitglieder der UNO beteiligen müssen.

Die österreichischen Völkerrechtslehrer, insbesondere Prof. Verdross, haben damals folgendermaßen argumentiert: Dadurch, daß alle Staaten, die der UNO angehören, der Aufnahme Österreichs mit seinem neutralen Status zustimmten, haben sie implizite anerkannt, daß Österreich die Verpflichtungen der Neutralität auch im Rahmen der Vereinten Nationen wahrnimmt. Sie haben sozusagen ein Mitglied aufgenommen, von dem sie wußten, daß es sich nicht immer und unter allen Umständen an derartigen Kollektivmaßnahmen beteiligen könnte.

Ein neutraler Staat müßte also im Hinblick auf ein europäisches kollektives Sicherheitssystem mit ähnlichen Vorbehalten arbeiten. Er könnte sich einem solchen Sicherheitssystem nur anschließen, wenn die übrigen Staaten bereit sind, diese Vorbehalte zu akzeptieren.

Reverdin

Die gleiche Frage stellte sich schon zu Zeiten des Völkerbundes für die Schweiz. Deshalb entwickelte man in den zwanziger Jahren ein Konzept der differenzierten Neutralität. Als es dann ernst wurde mit der Bedrohung aus dem Süden - Italiens Krieg gegen Abessinien - und aus dem Norden - Deutschlands Rückzug aus dem Völkerbund;- , kehrte die Schweiz zur absoluten Neutralität zurück.

Zemanek

Wenn Österreich bisher ohne Schwierigkeiten in den Vereinten Nationen agieren konnte, dann lag das - abgesehen von allen juristischen Gründen - auch an der Tatsache, daß das System der kollektiven Sicherheit eben nicht funktioniert. Denn der Sicherheitsrat ist aufgrund seiner Konstruktion immer dann handlungsunfähig, wenn in einer Konfliktsituation die Interessen der Großmächte unmittelbar berührt werden. Deshalb ist im Rahmen der Vereinten Nationen eine Gefährdung der österreichischen Neutralität gar nicht denkbar.

Ein System der kollektiven Sicherheit, so wie es inhaltlich bisher verstanden wird, halte ich in Europa für nicht realisierbar. Denn kollektive Sicherheit heißt, daß alle gegen den einen Friedensbrecher auftreten. Sie werden mir doch nicht erzählen wollen, daß so etwas in ganz Europa möglich ist. Da ich also nicht weiß, wie das System aussehen soll, kann ich auch die Frage nicht beantworten, ob es mit der Existenz neutraler Staaten vereinbar ist.

Schuster

Wenn das Wort kollektive Sicherheit überhaupt einen Sinn haben soll, darf man es nicht in der allgemeinen Form gebrauchen, in der es die UNO anwendet. Von kollektiver Sicherheit kann man erst in dem Augenblick sprechen, wenn ernstlich die Frage des Interventionsverbotes oder Interventionsverzichtes innerhalb der Blöcke gestellt wird. Davon wird aber auf der Sicherheitskonferenz auch im günstigsten Falle nicht die Rede sein, so wertvoll einzelne Ergebnisse in allen drei Körben sein mögen.

Sommer

Ein System der kollektiven Sicherheit wird - um es provokant zu formulieren - erst möglich sein, wenn Umstände eintreten, in denen es nicht mehr nötig ist. Deshalb kann man sich das nähere Nachdenken darüber vielleicht ersparen.

Hinteregger

Was die Frage der menschlichen Beziehungen angeht, Herr Sommer, so hat Österreich schon seit Ende der fünfziger Jahre begonnen, eine Politik der Normalisierung zu den osteuropäischen Ländern einzuleiten. Im Rahmen dieser Politik haben die humanitären Fragen stets eine wichtige Rolle gespielt, wofür wir auf der Gegenseite auch meistens echtes Verständnis gefunden haben. Die humanitären Fälle, die wir seit Ende der fünfziger Jahre regeln konnten, stellen zweifellos eine beachtliche positive Bilanz dar. Wenn wir uns jetzt für Korb 3 besonders engagieren, dann ist das ein Beispiel dafür, daß wir unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet einem breiteren Kreis von Ländern in irgendeiner Form nutzbar machen wollen.

Brinkhorst

Die westeuropäische Integration, von der Herr Czyrek in ihrem Verhältnis zur Entspannungspolitik gesprochen hat, besteht nicht nur im Aufbau der externen Beziehungen, sondern auch in der Entwicklung einer internen Struktur. In dieser Hinsicht wird innerhalb der Gemeinschaft allmählich eine gemeinsame gesellschaftspolitische Vorstellung ausgebaut.

Das Prinzip der Gemeinschaft beruht auf der Durchbrechung der nationalen Souveränität. Sie will nicht nur eine Gemeinschaft von Staaten sein, sondern eine Gemeinschaft von Bürgern werden. Die Beziehungen innerhalb der Gemeinschaft beschränken sich also nicht auf das Staatliche. Wir versuchen, eine Politik zu machen und Instrumente zu finden, um die Menschen einander näherzubringen und sie an den Institutionen direkt teilhaben zu lassen. Im Laufe der Entwicklung entsteht neben der jeweiligen eigenen Nationalität sozusagen eine Gemeinschaftsnationalität. So soll eine gemeinschaftliche Regionalpolitik, eine Umweltpolitik weitgehend an die Stelle der separaten Politiken der einzelnen Länder treten.

Dagegen steht die Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Ländern sehr stark im Zeichen der interstaatlichen Beziehungen. Dabei geht es nicht um eine Durchbrechung, sondern gerade um eine Akzentuierung der nationalen Souveränität. Das zeigt sich sowohl an der Struktur des COMECON als auch an den Beziehungen der sozialistischen Länder zum Westen oder zu neutralen Staaten. In dieser Art der Beziehungen liegt ein wichtiger Akzentunterschied. Der Integrationsprozeß, der sich bei uns auch auf die interne gesellschaftspolitische Entwicklung auswirkt, ist nach meiner Ansicht sehr gut mit der Entspannungspolitik vereinbar.

.Deshalb sind für uns die Korb-3-Verhandlungen in Genf so wichtig. Denn auch da geht es um eine Durchbrechung der nationalen Souveränität, um eine Öffnung der Staaten als geschlossene Systeme, um die direkten menschlichen Beziehungen zu erleichtern. Für uns bedeuten die Korb-3-Verhandlungen in gewisser Hinsicht eine Erweiterung dessen, was wir bereits innerhalb der Gemeinschaft versuchen, nämlich die nationale Souveränität als ein starres Gebäude zu durchbrechen, das zwischen den Menschen in den verschiedenen Ländern steht.

Bertsch

Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Brinkhorst, daß Sie unter Ausnutzung von Korb-3 eine Erweiterung dessen anstreben, was Sie in Westeuropa gemeinsam schaffen wollen?

Brinkhorst

Wir hoffen sehr, daß die direkten Kontakte zwischen den Menschen unabhängig von der staatlichen Beeinflussung in gewissen Ländern zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen führen. Darauf kommt es jedenfalls bei der Integration in Westeuropa an.

Bertsch

Da sehe ich allerdings folgendes Problem: Angenommen, wir würden eine ähnliche Position vertreten, dann müßten wir eine Verlängerung unserer politischen Absichten in Richtung Westen anstreben. Bei einer derartigen Gegenposition dürfte es sehr schwer sein, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Ich hielte es für am sinnvollsten, auf den Gebieten zu beginnen, wo es solche Schwierigkeiten nicht gibt. Zum Beispiel will niemand von uns Raketen haben, und wir alle befürworten Kooperation in der Produktion und anderes mehr.

Brinkhorst

Dann beschränken Sie sich auf die Kontakte von Staat zu Staat.

Bertsch

Aber die sind doch derzeit noch sehr verbesserungsbedürftig, obwohl sie, gemessen an dem, was vor fünf Jahren war, natürlich schon erheblich besser geworden sind. Ist die Zeit für die anderen Dinge schon so reif?

Reverdin

In meinem Land gibt es verschiedene Sprachen und Konfessionen, und wir sind nur deshalb zu einer Gemeinschaft geworden, weil wir überall Querbeziehungen geschaffen haben. Die Schweiz ist nicht nur ein Bund der Kantone, sondern alle Spenglermeister, Gymnasiasten, Turner, Professoren der Mathematik und so weiter treffen sich oft. Dadurch ist ein Netz von persönlichen Beziehungen entstanden.

Wir werden in Europa nichts erreichen, solange solche Beziehungen fehlen, und zwar im Westen wie im Osten. Für die Zukunft Europas ist es deshalb sehr wichtig, daß neben den staatlichen Beziehungen solide persönliche Kontakte bestehen.

Zemanek

Wir fürchten uns im Westen nicht im geringsten davor, Herr Bertsch, daß Leute aus Osteuropa zu uns kommen. Deshalb kann uns Ihre Forderung nicht schrecken.

Bertsch

Natürlich wissen wir, Herr Zemanek, daß es in verschiedenen Ländern Westeuropas Kommunisten gibt, die den Kommunismus dort schon hinreichend vertreten könnten, wenn sie es nur dürften. Ich denke zum Beispiel an Hochschulen, wo einige eine Ideologie vertreten, die dem entspricht, was bei uns politisch und staatlich unter Kommunismus verstanden wird. Da bestehen bereits heute große Möglichkeiten auch ohne diese persönlichen Beziehungen.

Damit wir uns recht verstehen, Herr Reverdin: Ich bin sehr für die Ausweitung der menschlichen Beziehungen. Das entspricht auch völlig dem Standpunkt der Regierung meines Landes und der

anderen sozialistischen Staaten. Deshalb ist der Korb 3 genauso wichtig wie die anderen Körbe, über die in Genf verhandelt wird. Die unterschiedliche Betonung, die dieser oder jener aufgrund spezifischer Interessen dem einen oder dem anderen Korb gibt, bedeutet ja nicht, daß er die anderen Körbe nicht mag. Wir mögen den Korb 3 auch, weil wir uns davon ebenfalls etwas versprechen. Er steht für uns gleichberechtigt neben den anderen. Da Korb 3 von den westlichen Teilnehmern aber besonders hervorgehoben wurde, möchten wir gewissermaßen des Gleichgewicht der Kräfte wieder herstellen und auch die Bedeutung von Korb 1 und 2 unterstreichen.

Thorn

Ich begrüße es, Herr Bertsch, daß Sie sagen: Wir bejahen alle drei Themen; wir setzen lediglich die Akzente anders. Warum soll eine unterschiedliche Betonung der Themen gleich bedeuten, daß man bestimmte Dinge nicht will? In diesem Sinne sprach ich in meinem Referat nur von einer Verlagerung der Akzente zwischen Ost und West, und ich bin nicht der Meinung, wie Herr Czyrek offenbar annimmt, daß die Materie des 1. Korbes uninteressant ist. Das sollte zwischen uns in dieser Phase und an diesem Ort wenigstens klar sein.

Schuster

Ich begrüße es, Herr Bertsch, daß auch Sie auf die bestehende Asymmetrie hinweisen. Sie sprechen von kommunistischen Bewegungen im Westen, die aus irgendwelchen Gründen noch nicht ausreichen. Nun gut. Die Asymmetrie besteht halt darin, daß es in den geschlossenen Gesellschaften der Ostblock-Länder nichts Entsprechendes gibt. Das Problem, daß bei Ihnen eine christlich-soziale oder sozialdemokratische Partei behindert oder nicht behindert wird, stellt sich gar nicht erst, weil es so etwas nicht gibt und nicht geben darf.

Bertsch

Das hatten wir schon.

Schuster

Natürlich enthalten alle Freiheiten gewisse Risiken. Aber um der Sicherheit, des Kontaktes und der Entspannung willen, sollte man diese Risiken tragen. Wir haben jedenfalls nie befürchtet, daß die Erweiterung der menschlichen Beziehungen uns irgendwelche "Bazillen" beschert, die wir nicht verkraften könnten. Das gehört nun mal zum Begriff des freien Austausches. Es gibt hier keine Einbahnstraße. Probieren wir es doch.

Bertsch

Erlauben Sie folgenden Einwand, Herr Schuster. In Ihrem Land gibt es auch unter ernst zu nehmenden und an der Machtausübung beteiligten Gruppen, Personen, Institutionen Diskussionen darüber, ob die Kommunistische Partei - die bei Ihnen Deutsche Kommunistische Partei heißt - nicht am Rande der Verfassungsfeindlichkeit steht.

Schuster

Dazu kann ich nur sagen: Na und? Wir haben ein Spektrum von Parteien, das verfassungsimmanent ist. Am Rande des Spektrums siedeln sich weitere Parteien an, die nach unserer Verfassung vielleicht verboten werden müßten, aber wir werfen - im Gegensatz zu den fünfziger Jahren - diese Frage heute eben gar nicht auf. Jedenfalls ist das ein weiterer Hinweis auf die fundamentale Asymmetrie.

Bertsch

Wir sind uns ja einig, daß in eben dieser Asymmetrie das Problem liegt.

Stehle

Es war hier aber der Eindruck entstanden, als ob Sie diese Asymmetrie nicht wahrhaben wollten.

Bertsch

Ich bin doch Marxist/Leninist, Herr Stehle. Wir nehmen die Realität, wie sie ist.

Stehle

Aber manchmal wollen Sie sie auch verändern, nicht wahr?

Bertsch

Um sie verändern zu können, muß man sie jedoch zunächst einmal in ihrer wirklichen Größenordnung wahrnehmen.

Czyrek

Ihre Unterscheidung von zwischenstaatlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen scheint mir eine künstliche Konstruktion zu sein, Herr Brinkhorst, die ich nicht akzeptieren kann.

Wenn diese Unterscheidung darauf hinausläuft, daß man im Prozeß der Entspannung versucht, der anderen Seite gewisse Änderungen ihrer gesellschaftlichen Ordnung aufzudrängen, dann stellt sich natürlich die Frage nach der Gegenseitigkeit. Darauf hat Herr Bertsch zu Recht hingewiesen. Auf diesem Wege kommen wir nicht weiter. Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß es verschiedene Gesellschaftssysteme gibt, und versuchen, daß zwischen diesen Systemen Zusammenarbeit, Vertrauen und Sicherheit möglich werden.

Wir haben zum Beispiel mit FIAT ein Kooperationsabkommen abgeschlossen. Einige tausend polnische Ingenieure, Techniker und Arbeiter sind in Italien gewesen. Die haben nicht nur an den Maschinen gestanden; sie haben mit den Italienern zusammengelebt, gesprochen, wahrscheinlich haben sie mit ihnen auch getrunken und getanzt. Wo sehen Sie die Grenze, wenn aufgrund der Entwicklung verschiedener Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auch die menschlichen Kontakte und Begegnungen ausgeweitet werden?

Ich sehe die Entwicklung der normalen, für beide Seiten nützlichen Formen der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und die Kontakte zwischen den Bürgern, Universitäten und gesellschaftlichen Organisationen als eine Einheit an. Die staatliche Zusammenarbeit ist auch die beste Form, um die zwischenmenschlichen Kontakte zu realisieren. Wir dürfen also die Rolle, die die Staaten bei der Schaffung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der menschlichen Kontakte spielen, nicht unterschätzen. Es ist die Aufgabe der Staaten, solche Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die auch menschliche Kontakte ermöglichen.

Die Überwindung der spannungserzeugenden Teilung Europas in Militärblöcke ist nur durch ein System zu erreichen, das die Blöcke überflüssig macht. Das heißt, der Grad an Sicherheit muß für beide Seiten so groß werden, daß die Teilung nicht mehr nötig ist. Ich glaube nicht daran, daß man eines Tages eine Vereinbarung darüber trifft, die Militärblöcke einfach aufzulösen. Der Entwicklungsprozeß muß dahin führen, daß die Blöcke überflüssig werden.

Selbstverständlich können in das von mir erwähnte System der kollektiven Sicherheit objektive Integrationstendenzen eingebaut sein, soweit sie keine spannungserzeugenden Elemente enthalten. Es geht also keineswegs darum, die Integration durch dieses System verhindern zu wollen. COMECON und der Gemeinsame Markt sind schließlich als Folge von Integrationstendenzen, von objektiven Tendenzen der Realität zu betrachten, und ich sehe durchaus die Möglichkeit, sie in das System der Zusammenarbeit einzubauen. Zusammenarbeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherheit; ohne sie erreicht man allenfalls sozusagen passive Sicherheit.

Brinkhorst

Wenn ich über den Unterschied zwischen den Zielen der westeuropäischen Integrationspolitik einerseits und der Entspannungspolitik andererseits sprach, meinte ich damit, daß die europäische Integrationspolitik über die einzelstaatliche Souveränität hinauszielt. Durch nationale Souveränitätsverzichte wollen wir eine Stärkung der Gemeinschaftssouveränität erreichen, deren Politik, kontrolliert von einem Parlament, sich nicht nur an den Staat, sondern auch an die Bürger richtet. Wir schaffen sozusagen ein System von Gemeinschaftsbürgern, in dem man sowohl Holländer oder Deutscher und zugleich Bürger der Gemeinschaft sein kann.

Diese Zielsetzung unterscheidet sich meines Erachtens qualitativ von der zwischenstaatlichen Kooperation innerhalb des COMECON. Das, was COMECON anstrebt, führt nicht zu einer Aufgabe der Souveränität, sondern im Gegenteil, man sieht die nationalen Souveränitäten für die Zusammenarbeit im COMECON als außerordentlich wichtig an. Dagegen ist es das Ziel der Europäischen Gemeinschaft, über die nationale Souveränität hinauszugehen und untereinander eine andere Art der Zusammenarbeit zu erreichen. Bei der Gemeinschaft geht es also nicht nur um zwischenstaatliche Kooperation.

Natürlich wollen wir auch Entspannungspolitik betreiben und wir meinen, daß die Schaffung neuer, andersartiger Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft mit der Entspannungspolitik sehr wohl zusammengehen kann. Für uns ist aber eine Entspannungspolitik wichtig, die der Förderung einer Europäischen Union dienlich ist. Deshalb würde ich es, wie Herr Moersch, begrüßen, wenn die Korb-3-Elemente, also die zwischenmenschlichen Kontakte, in die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern miteinfließen könnten. Ich treffe also keine künstliche Unterscheidung von zwischenstaatlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen.

Sie haben eine Reihe von schon bestehenden Kontakten aufgezählt, Herr Czyrek. Dabei sollten auch die direkten Möglichkeiten für Touristen nicht vergessen werden; denn das sind die typischen individuellen Kontakte, die für die Förderung der menschlichen Beziehungen wichtig sind.

Czyrek

Wenn Sie unsere Außenhandelsbilanz verbessern würden, stimmen wir dem sehr gern zu. Sogar die reichen Länder, zum Beispiel England, hatten den Touristen eine Zeitlang Devisenbeschränkungen auferlegt. Ein vom Krieg zerstörtes Land wie Polen, das erst wieder aufgebaut werden mußte, ist nicht so reich mit Devisen bestückt, daß es wie die Bundesrepublik und andere Ländereinen Millionentourismus entwickeln kann. Das sind also rein ökonomische Gründe. Trotzdem geben wir nahezu alles, was wir aus dem Tourismus gewinnen, für unsere eigene Touristik wieder aus.

Bertsch

Sie haben sehr dezidiert die Zielvorstellung Ihrer Gemeinschaft dargelegt, Herr Brinkhorst. Eben darin liegt aber eine der Schwierigkeiten; denn unsere Zielvorstellung ist in der Tat eine völlig andere. Deshalb ist es notwendig, ein neues System zu entwickeln, das gewissermaßen auf einer höheren Ebene wieder zusammenführt, was in der Substanz entgegengesetzt ist.

Wir sind zum Beispiel für das Aufblühen der Nationen, auch innerhalb staatlicher Grenzen. Wir haben da eine grundlegend andere Position als Sie. Deshalb können Sie uns nicht Ihre Grundposition aufzwingen wollen, wie wir uns ja auch umgekehrt zurückhalten müssen. Hier sollte ein anderer Weg gefunden werden.

Brinkhorst

Ich will Ihnen nicht etwas aufzwingen, Herr Bertsch. Aber ich möchte Ihnen deutlich machen, daß Integrationspolitik nicht notwendigerweise mit Entspannungspolitik unvereinbar ist.

Bertsch

Dem stimme ich zu.

Brinkhorst

Deshalb wollen wir die Gemeinschaft nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wissen, sondern wir hoffen, daß man sie auch als ein politisches Gebilde akzeptiert. Unsere Zielsetzung ist, eine neue Art von Gesellschaft zu schaffen. Die Gemeinschaft soll nicht nur ein Markt der Händler sein, sondern eine Vereinigung der Menschen darstellen. Wir wollen gewissermaßen neue Gesellschaftsstrukturen aufbauen. Wenn das von Ihnen politisch akzeptiert wird, dann stellt die Entspannungspolitik überhaupt kein Problem mehr dar.

Karasek

Ich muß offen gestehen, daß ich etwas enttäuscht bin, Herr Czyrek, daß Sie den Unterschied von zwischenstaatlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen nicht verstehen. Was ist dann zwischen den 35 Staaten auf der Helsinki-Konferenz vor sich gegangen, wenn man dieses Anliegen der westlichen Seite offenbar noch immer nicht erkannt hat?

Czyrek

Ich verstehe diesen Gegensatz wirklich nicht. Wenn unter zwischenstaatlichen Beziehungen nur verstanden wird, daß der Herr Moersch mit dem Herrn Czyrek zusammentrifft, dann ist das in Ordnung. Aber die zwischenstaatlichen Beziehungen sind doch schon so weit gewachsen und haben solche Formen der Zusammenarbeit und auch der menschlichen Kontakte angenommen, daß ich den

Unterschied zu den zwischenmenschlichen Beziehungen nicht sehen kann. Natürlich ist mir die Bedeutung von zwischenmenschlichen Beziehungen klar; wir praktizieren sie ja auch.

Karasek

Uns geht es bei dem, was man auf der Sicherheitskonferenz mit Korb 3 anstrebt, nicht um eine rein quantitative Vermehrung eines staatlich kontrollierten kulturellen, touristischen oder sonst welchen Austausches. Mit anderen Worten: Ich begrüße es, wenn das Bolschoitheater nach Wien kommt und die Wiener Staatsoper nach Moskau geht. Ich begrüße es, daß das Wiener kunsthistorische Museum Gemälde aus seiner Sammlung zur Verfügung stellt und umgekehrt die Eremitage. Das läßt sich auf jedes andere Land übertragen. Das ist in der Vergangenheit so gelaufen, und dazu haben wir bilaterale Kulturverträge abgeschlossen. Wir Österreicher praktizieren das bereits seit Ende der fünfziger Jahre.

In einer nächsten Phase müßte aber eine qualitative Veränderung dieser Beziehungen erfolgen. Das streben wir mit dem Korb 3 an. Es sollen sozusagen auch Menschen ausgetauscht werden können, und zwar nicht nur als ein Neben- oder Abfallprodukt der Kooperation, weil zufällig, sagen wir, 100 Arbeiter aus Warschau zu FIAT nach Italien gehen und dann dort auch die Möglichkeit haben, durch die Turiner Straßen zu spazieren und mit den Italienern Kontakt aufzunehmen. Wir wünschen, daß der einzelne ohne Behinderung und ohne staatlichen Eingriff über die Grenzen gehen kann. Das ist es, was wir anstreben. Man muß das einmal offen aussprechen, weil wir sonst aneinander vorbeireden.

Vielleicht sagen Sie - Herr Bertsch stellte vorhin die Frage;- , die Zeit sei noch nicht reif dafür. Dann frage ich mich aber, wozu die ganze Sicherheitskonferenz gut sein soll. In diesem Fall beschränkt sich die Konferenz, wie Herr Thorn schon sagte, mehr oder weniger auf Korb 1 und bringt eine Multilateralisierung dessen, was die Neutralen ohnehin schon erreicht haben. Wenn die Sicherheitskonferenz wirklich neue Perspektiven für Europas Zukunft haben soll, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß eine qualitative Veränderung eintreten muß und nicht nur die quantitative Vermehrung dessen, was wir bereits haben. Das hätte man auch ohne eine Sicherheitskonferenz erreichen können, indem man halt die Kontingente für diese Art von Austausch erhöht. Das ist es nicht, was wir im Interesse des Friedens und der Sicherheit für nützlich halten.

Reverdin

Wir sind wohl alle der Meinung, daß es nicht mehr möglich ist, in Europa Krieg zu führen. Sicher, es gibt Spannungen, aber einen Krieg zwischen Staaten können wir uns nicht mehr vorstellen. Das würde zu einer Katastrophe führen. Anfang dieses Jahrhunderts konnte man den Franzosen noch ein Robotbildnis des Deutschen, des Boche, hinstellen und sagen: Der ist gefährlich, er ist eine Art Teufel, den müssen wir bekämpfen. Auf der Gegenseite war es genauso. In Westeuropa verhindern das jetzt die engen menschlichen Kontakte. Aufgrund dieser Erfahrungen sind wir der Meinung, daß wir die Kontakte von Mensch zu Mensch so weitgehend und vielseitig wie möglich pflegen müssen.

Nikonorow

Sie sagen, Herr Reverdin, die menschlichen Kontakte würden eine gewisse Sicherheit gegen den Krieg darstellen. Stefan Zweig hat in seinem Buch "Die Welt von gestern" die Situation vor dem ersten Kriege recht gut geschildert. Die zwischenmenschlichen Kontakte waren damals hervorragend, um so tragischer und unerwarteter kam für diesen Schriftsteller der Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Reverdin

Heute können wir schon durch das Fernsehen feststellen, daß der andere auch ein humanes Gesicht hat. Das war zu Beginn dieses Jahrhunderts noch nicht der Fall. Die französischen Bauern wußten nichts von den Deutschen und umgekehrt.

Heer

Alle persönlichen Beziehungen, mögen sie noch so herzlich sein, reichen nicht aus, um große Konflikte zu verhindern.

Moersch

Stefan Zweigs Weltanschauung war die eines Bourgeois, Herr Nikonorow. Vor dem Ersten Weltkrieg wußte die Masse der Bevölkerung von den Lebensbedingungen in den anderen Ländern sicher nicht viel. So war der deutschfranzösische Gegensatz vor dem Ersten Weltkrieg trotz der offenen Grenzen für

bestimmte Schichten, die sich das Reisen leisten konnten, außerordentlich scharf. Auf der anderen Seite gab es eben den Erbfeind. Auch der Panslawismus hat eine große Rolle gespielt. Er beruhte auf einer emotionalen Aufladung, die nur durch die Unkenntnis vieler Betroffener am Leben erhalten werden konnte. Das Buch von Stefan Zweig ist literarisch sicher wertvoll, ob es aber den gesellschaftspolitischen und den völkerpsychologischen Realitäten gerecht wurde, ist eine andere Frage. Die Situation heute ist dagegen eine ganz andere.

Herr Czyrek hat mit Recht gesagt, die zwischenmenschlichen Kontakte dürfen nicht in der Absicht geschaffen werden, die gesellschaftliche Ordnung auf der anderen Seite zu verändern. Das will niemand. Wir wollen weder Missionar sein, noch wollen wir missioniert werden. Das Problem stellt sich aber anders. In der Bundesrepublik und in den anderen Ländern der Gemeinschaft, aber auch in den neutralen Staaten gibt es von den Regierungen unabhängige Massenmedien, die Meinungen verbreiten, die heute bei den vorhandenen technischen Gegebenheiten überall in der Welt empfangen werden können.

Bei unseren gegenseitigen Abmachungen muß Ihnen also klar sein, daß es bei uns außerhalb der Regierungssphäre Aktivitäten gibt, für die die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Sonst müßten wir unsere Verfassung ändern, was aber gar nicht möglich ist, weil sie in dieser Hinsicht unabänderlich ist. Übrigens haben Sie ja die gleichen Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung. Und niemand sollte auf den Gedanken kommen, das unangenehme Nachrichten für die eine oder die andere Seite eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten darstellen oder gar eine Störung der gesellschaftlichen Ordnung bedeuten. Würden diese Dinge wirklich wirksam sein, dann wären die gesellschaftlichen Ordnungen schon längst verändert worden; denn diese Einwirkungen finden ja auch statt, ohne daß Abmachungen bestehen.

Lassen Sie mich noch einen anderen Gesichtspunkt anführen. Die alten Vorurteile zwischen Deutschen und Franzosen sind gottseidank abgebaut worden. Auch mit Holland ist es weitgehend gelungen. Dagegen haben wir mit Luxemburg - das wird Herr Thorn bestätigen - immer noch Probleme, die gar nicht so klein sind.

Deshalb halte ich auch den Reiseverkehr mit Polen für so wichtig, damit die Menschen ihre Vorurteile durch Augenschein abbauen können. Es geht also nicht um die Begegnung mit einer anderen Ideologie, sondern um die Erfahrung, daß sich das menschliche Leben hier wie dort trotz bestimmter anderer Wertvorstellungen in seinen Bedingungen gar nicht so sehr unterscheidet und man als Menschen miteinander reden kann.

Ich habe kürzlich im Parlament einen Kollegen sagen hören: "Deutsche schießen nicht auf Deutsche." Frage: Schießen sie denn auf andere? Menschen schießen nicht auf Menschen; Katholiken schießen nicht auf Protestanten - das sind doch alles dumme Sprüche aus der Geschichte.

Bertsch

Außerdem haben Deutsche auf Deutsche geschossen.

Moersch

Herr Bertsch, immer wenn so etwas gesagt wurde, hat man das Gegenteil getan. Sie tun es ja auch heute noch gelegentlich.

Es kommt darauf an, die Gegensätze dadurch abzubauen, daß man die Realität des Menschseins auf der anderen Seite zeigt. Das hat mit Ideologie überhaupt nichts zu tun.

Natürlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, daß die Formen der Zusammenarbeit durch die Staaten geregelt werden müssen. Aber es sollte sich auch etwas spontan entwickeln können, wenn zum Beispiel Reisen gewünscht werden. Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie sagen, Herr Czyrek, daß der Massentourismus für Sie eine Devisenfrage ist. Auch ich konnte in meiner Jugendzeit nicht zu meinen Verwandten nach Österreich fahren, weil man dafür 1000 Mark bereitstellen mußte. Aber wir sind daran interessiert, daß diese Probleme wegfallen, damit nicht aus Devisengründen eine Restriktion eingeführt wird. Wir wehren uns nur gegen eine bestimmte Art der Reglementierung; denn sie entspricht einer Staatsauffassung, die man möglichst abbauen sollte.

Ich wundere mich ein wenig, Herr Bertsch, wenn Sie sagen, in Ihrem Bereich gebe es ein Aufblühen der Nationen. Wie sieht das denn in den Staaten aus, in denen es zwar viele Völker, aber doch wohl keine Staatsnationen gibt? In Europa sind die Dinge so verwickelt, daß man nicht in jedem Falle von einer Nation sprechen kann. Aufgrund unserer Erfahrungen in den Kriegen wollen wir in Europa über

den Nationenbegriff hinauskommen. Die Verengung auf die Nation sehen wir nicht mehr als Fortschritt an. Über die Nation hinweg muß es Möglichkeiten für menschliche Kontakte geben.

Wir sind der Auffassung, daß man vom Staat her zwar einen Rahmen setzen kann. Darüber hinaus aber müssen spontane persönliche Entscheidungen möglich sein, etwa in dem Sinne, ein anderes Land zu seinem Wohnsitz zu wählen oder zu heiraten, wen man will und wo man will - was ja nicht immer ein Vorzug zu sein braucht. Wenn man den Menschen die Möglichkeit des Kennenlernens, des Kontakts und des regelmäßigen Reisens gibt, ist für sie auch die Frage, ob sie ihre Heimat verlassen wollen, unter Umständen nicht mehr so drückend. Es genügt häufig schon zu wissen, daß man es tun könnte, wenn man es wollte, um es dann nicht zu tun. Das ist auch ein effektiver Beitrag zur Entspannung.

Sommer

Was habe ich aus dieser Diskussion hier gelernt? Ich habe zunächst gelernt, daß es sinnlos wäre, die Neutralität zu verteufeln, so wie das seinerzeit durch John Foster Dulles und seine östlichen Gegenspieler geschehen ist. Auf der anderen Seite hätte es jedoch keinen Sinn, die Neutralität zu verklären. Sie ist ganz nüchtern ein Faktum und eine Komponente der Lage in Europa. Sie spielt eine Rolle, die man nicht unterbewerten, aber auch nicht überbewerten soll. Letztlich sind die einen neutral, die anderen aber Paktmitglieder aus genau dem gleichen Grunde: weil sie nämlich zu irgendeinem Zeitpunkt aus konkreten Gründen gemußt haben.

Daran wird sich nichts ändern; deshalb gibt es keine Kandidatenwerbung für Neutralität. Man könnte überspitzt sagen: Diejenigen, die neutral werden dürften, wollen es nicht, und diejenigen, die es vielleicht wollten, die dürfen nicht: siehe 1956 Imre Nagy oder - wie die Sowjets es unterstellt haben - 1968 Dubcek. Dabei wird es bleiben, zumal sich im Westen mehr und mehr im Sinne der von Herrn Dahrendorf geschilderten Komplizierung der Verhältnisse die Möglichkeit bietet, innerhalb des Paktes punktuelle Neutralität bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Paktzugehörigkeit zu üben. Das hat es bisher schon gegeben, etwa in Fragen der Bewaffnung auf dem skandinavischen Flügel. Das wird zunehmend in einzelnen politischen Fragen der Fall sein. Daran werden wir uns gewöhnen müssen. Je leichter dies aber möglich ist, desto geringer wird die Attraktion der Neutralität.

Zweitens drängt sich mir aus unserer Diskussion als Resümee auf, daß es in der Zukunft um etwas geht, was ich einmal die Verfriedlichung der gegenseitigen Beziehungen nennen möchte; man kann auch Normalisierung sagen. In diesem Prozeß der Verfriedlichung können die Neutralen gute Dienste leisten, aber es sind im Grunde mechanische Dienste, Briefträgerdienste.

Die Neutralen können wohl auch einmal Anstöße geben, aber sie sind nicht in der Lage, etwas zu bewirken, wozu die großen Kontrahenten nicht bereit sind. Sie können lediglich die vorhandene Bereitschaft der Großen in Szene setzen. Letztlich kommt es auf die Bereitschaft der großen Kontrahenten an, solche Verfriedlichung mit sich geschehen zu lassen, und sei es unter Inanspruchnahme der guten Dienste von Neutralen.

Die Verfriedlichung der Beziehungen - das ist mein dritter Punkt - sollte man nicht dadurch erschweren, daß man, während man pragmatisch aufeinander zugeht, ideologische Mauern aufrichtet oder erhöht. Es soll also niemand gezwungen werden, seine Ideologie aufzugeben, Herr Hahn. Es geht nur darum, daß man sich beim Verfechten seiner Ideologie jeglicher Militanz und jeder Verächtlichmachung des anderen tunlichst enthält. Wir werden alle erleben, daß die Entspannung und Zusammenarbeit nicht über einen bestimmten Punkt hinauskommen wird, wenn wir in der Praxis nicht sehr viel leiser untereinander reden als jetzt.

Ein Letztes noch. Man sollte neue Strukturen, die bei Ihnen ebenso wie bei uns entstehen können, nicht von vornherein als entspannungsfeindlich, als normalisierungsfeindlich bezeichnen und verwerfen. Es kommt nicht auf die Strukturen an, sondern auf deren Inhalte. Sie dürfen an den westlichen Integrationsprozeß, in dem wir jetzt stehen, an diese zweite Integrationsphase in Westeuropa, nicht mehr mit den Augen von 1955 herangehen. Damals fand westliche Integration in der Tat nicht nur um ihrer selbst willen statt, sondern hatte eine Spitze - wenn Sie wollen, sogar eine offensive Spitze im Sinne von "roll back". Heute ist gegen niemanden mehr eine Spitze eingebaut, auch nicht gegen den Ostblock.

Was sich heute vollzieht, ist in einem metaphysischen Sinne zwangsläufig; in den sozialistischen Ländern würde man sagen, es ist ein objektiver Prozeß. Es verwundert mich, wenn ausgerechnet ein Marxist leugnen wollte, daß sich aus den ökonomischen Grundtatsachen politische Folgerungen ergeben. Hier wird der Überbau im Laufe der Zeit das reflektieren, was die ökonomische Basis heute schon darstellt.

Czyrek

Die Neutralität besitzt ihren Wert, der auch von den sozialistischen Staaten anerkannt wird. Die neutralen Staaten haben sich zur Neutralität selbst entschieden, und das muß man achten. Die Neutralitätspolitik dieser Länder steht auch nicht im Gegensatz zu den berechtigten Sicherheitsinteressen der anderen Staaten oder Staatengruppen, sondern sie liegt, das hat diese Diskussion gezeigt, im Interesse der Sicherheit, Zusammenarbeit und Entspannung in Europa. Die Neutralen können in vieler Hinsicht eine aktive und nützliche Rolle spielen.

Wir sind uns hier wohl alle einig, daß die Entspannungspolitik, die Festigung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit größere Möglichkeiten für alle Staaten schafft, sowohl für die sozialistischen, als auch für die NATO- und die neutralen Länder. Die beste Plattform für gemeinsame Anstrengungen in dieser Richtung scheint mir gegenwärtig die Europäische Sicherheitskonferenz zu sein. Dabei messen wir, wie schon Herr Bertsch gesagt hat, allen Punkten der Tagesordnung große Bedeutung zu und betrachten sie als eine Einheit.

Dazu leisten die neutralen Länder ihren bilateralen und multilateralen Beitrag, der vielleicht größer ist als ihre militärische oder wirtschaftliche Bedeutung im Kräftespiel Europas. Die Nützlichkeit der neutralen Länder kommt uns allen zugute. Das müssen sowohl die NATO-Länder als auch die Staaten des Warschauer Pakts anerkennen.

Was ich über die Idee eines kollektiven Sicherheitssystems gesagt habe, bleibt als Zukunftsvision natürlich auf der Tagesordnung. Gegenwärtig aber halte ich es für vordringlich, daß sich alle beteiligten Staaten gemeinsam bemühen, damit die Europäische Sicherheitskonferenz einen möglichst großen Beitrag zur Sicherheit, Entspannung und internationalen Zusammenarbeit bringt.

Thorn

Ich halte aus unserer Diskussion zunächst fest, daß wir uns bei der Frage nach dem Wert der Neutralität vor jeder Verallgemeinerung hüten sollten. Jede Neutralität hat ihre ganz bestimmten - auch historischen - Voraussetzungen und Bedingungen. So erinnerte Herr Reverdin daran, wie die Schweiz historisch gesehen ihre Neutralitätspolitik aus einer innenpolitischen Notlage heraus begonnen hat im Hinblick auf ihre Einstellung den Großmächten gegenüber. Später sei dann die Neutralitätshaltung gewissermaßen zum Nationalcharakter geworden. Das kann man nicht gleichsetzen mit den Gründen, die Österreich oder Finnland veranlaßten, neutral zu werden.

Herr Karasek sagte, Österreich habe sich zur Neutralität aus eigenem Entschluß durchgerungen. Er meinte, man hätte ja auch eine längere Besatzungszeit in Kauf nehmen können. Aus solchen Andeutungen wird schon deutlich, wie man sich zu einem derartigen Entschluß durchringt. Das soll jeder Neutrale selber ausmachen, ob er vor der Geschichte darlegen will, er habe die Neutralität freiwillig übernommen oder andere hätten ihm diesen Schritt nahegelegt, und deshalb sei ihm die eigene Überzeugung leichter gefallen. Darüber erlaube ich mir kein Urteil, das soll jeder für sich entscheiden.

Herr Hinteregger hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß wir alle Egoisten sind. Um die Zukunft des eigenen Landes zu sichern, entscheiden sich die einen für eine Bündnispolitik und die anderen für die Neutralität. Die Motive sind in jedem Fall die gleichen. Man entscheidet sich aufgrund der gegebenen Situation für den einen oder für den anderen Weg. Jeder versucht, im Interesse seines Landes das Beste zu tun, und ich halte es für falsch, wenn man den einen nachsagt, sie seien größere Egoisten als die anderen. Außerdem ist es völlig unwichtig.

Auf die Frage nach dem Wert oder Unwert der Neutralität gibt es im Grunde eine ganz einfache Antwort: Sie ist von Wert für diejenigen Staaten, die sich dafür entschieden haben - sonst hätten sie sich nicht dafür entschieden. Genauso läßt sich bei den Mitgliedern eines Bündnisses argumentieren. Und in dem Maße, in dem die Neutralität einen Wert für die Interessenten hat, ist sie auch von Wert für die Allgemeinheit. Wenn die Neutralität von Wert ist zum Beispiel für Österreich, für seine Souveränität, für seine Unabhängigkeit und für die Zukunft seines Volkes, dann ist sie auch von Wert für die anderen Staaten. Denn das Schicksal Österreichs oder Finnlands kann uns nicht indifferent lassen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt haben gewisse Neutralitäten zumindest dazu beigetragen, einen neuen Konflikt nicht aufflackern zu lassen oder Spannungsherde auszuklammern, ohne daß sie die militärische Sicherheit der Blockstaaten erhöht haben.

Für die schwedische Neutralität kann man andere Gründe anführen, die ich jetzt nicht diskutieren will. Während des Zweiten Weltkrieges erschien mir die Neutralität Schwedens fragwürdig. Denn in einem solchen Konflikt, wo man als junger Mann den Eindruck hatte, es würden die Bösen gegen die Guten um die Freiheit der Welt kämpfen, konnte man schwerlich einer Haltung gegenüber Sympathien

empfinden, die einer Indifferenz gleichkam. Natürlich konnte Schweden darauf hinweisen, daß es viele Flüchtlinge aufgenommen und eine Vermittlerrolle gespielt habe. Es gab also eine Zeit, wo wir die Neutralität eines Landes nicht sehr positiv und vielleicht auch nicht ganz richtig bewertet haben.

Heute dagegen besteht die Rolle Schwedens darin darauf hat Herr Haagerup hingewiesen;- den nordischen Raum aus der Spannungspolitik herauszuhalten und eine Brücke zwischen Norwegen, Dänemark, Island und Finnland zu schlagen. Das gilt allerdings nur für den gegenwärtigen Zeitpunkt; wie es morgen aussehen wird, weiß niemand zu sagen.

So viel kann man jedenfalls festhalten: Neutralität ist nicht unbedingt eine "Exportware". Was für den einen richtig ist, braucht für den anderen noch lange nicht zuzutreffen.

Herr Reverdin meinte, indem er mich zitierte, im Westen stehe man der Neutralität skeptischer gegenüber als im Osten. Ich bin aber keineswegs skeptisch, im Gegenteil. Ich wäre nur skeptisch, wenn es zu einem allgemeinen Neutralisierungsprozeß käme und die westeuropäische Integration in Frage gestellt würde.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Ich sehe den Wert der neutralen Staaten, die heute in Europa existieren, und bejahe ihren positiven Beitrag. Die Neutralität läßt sich aber nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen, insbesondere nicht auf diejenigen, die in dem westeuropäischen Integrationsprozeß einbegriffen sind.

Herr Czyrek hat die Frage nicht beantwortet, wie es mit der Neutralität im östlichen Lager stehe. Das war ja auch eine Antwort. Während es im Westen einen Block und einige Neutrale gibt, bildet der Osten nur einen Block und hat keine Neutrale. Darüber sollte man sich seine Gedanken machen; es sind eben verschiedene Dinge nicht miteinander vergleichbar. Auf der einen Seite sieht man ein gewisses Spektrum verschiedener Möglichkeiten, während es auf der anderen Seite diszipliniert zugeht. Daraus könnte man die Frage ableiten, welche Chancen das Europa von morgen für potentielle Neutrale bietet.

Herr Dahrendorf sprach über eine Komplizierung der Beziehungen zwischen den Staaten, während ich, auf der Linie von Henry Kissinger, eine Multipolarisation erwähnte, die Ralf Dahrendorf nicht gefällt. Ich meine, es gibt sowohl eine Komplizierung der Beziehungen als auch eine Multipolarisation. Was ist denn die Ursache für die ganze Problematik zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa? Früher waren die militärische, die ideologische und die wirtschaftliche Situation identisch. Heute fragen wir uns, ob man die Stellung der NATO den Differenzen, die aus der Europäischen Gemeinschaft resultieren, anpassen wird. Darauf entsteht die Komplizierung der Beziehungen. Eine Antwort darauf weiß ich auch nicht, sondern gebe es nur zu bedenken.

Da die rechtliche und auch die politische Situation der einzelnen Neutrale von Fall zu Fall verschieden ist, kann heute niemand voraussagen, welche Möglichkeit sich für die jetzigen Neutrale in zwanzig, dreißig oder vierzig Jahren ergeben werden. Herr Karasek sagte, das Verhältnis Österreichs zur EG hänge wesentlich davon ab, was man in Brüssel anbieten wird. Sicher, aber nicht nur. Es hängt selbstverständlich von der heutigen EG und der Entwicklung der europäischen Union von morgen ab, was sie Österreich oder einem anderen Land anbieten wird. Es hängt aber auch davon ab, wo Österreich selbst seine Interessen sieht.

Außerdem kommt es - und das variiert von Neutrale zu Neutrale - auf die Reaktionen anderer Groß- und Größmächte an, wie die das Angebot interpretieren. 1955 und 1957 hätte die Sowjetunion es nicht gerne gesehen und es auch nicht erlaubt, daß Österreich sich ganz dem Westen anschließt. Vielleicht kann Österreich jetzt darauf hinweisen, daß sich die Situation verändert hat; die große westliche Allianz Amerika-Europa bestehe nicht mehr und so weiter. Niemand kann hier sagen, was ein Land im Jahre 1985 machen darf. Aber die Komplizierung der Beziehungen, auf die Herr Dahrendorf hingewiesen hat, stellt Probleme für beide Lager, für die Neutrale, ja für jeden Staat.

Reverdin

Am Ende dieses Gespräches konstatiere ich, daß niemand die Neutralität grundsätzlich in Frage gestellt hat. Vielleicht erscheine ich als ein naiver Schweizer, wenn ich sage, daß die Neutralitäten, die jetzt in Europa bestehen, im Interesse Europas sind. Ich meine, diese Neutralitäten können noch von Nutzen sein in der Phase der Verhandlungen.

Diese Verhandlungen sollten dazu führen, daß sich die militärische Sicherheit in Europa erhöht und die Möglichkeiten für eine friedliche Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Systemen, Ideen, Temperamenten der Völker und so weiter verbessern. Das bedeutet kein Ende der Konflikte; es

ist nur ein Verzicht auf den Krieg. Hier könnte vielleicht ein Staat, der sich konsequent eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, bestimmte Dienste für sich selbst und andere leisten.

Schließlich stelle ich fest, daß wir uns vielfach mit den Problemen des dritten Korbes der Sicherheitskonferenz beschäftigt haben. Dabei hat sich gezeigt, daß in diesem Korb durchaus gewisse Möglichkeiten liegen. Wir konnten diese Probleme hier offen miteinander diskutieren. Wäre das in dieser Form schon vor fünf oder zehn Jahren möglich gewesen? Ich glaube nicht. Deshalb war es nützlich, daß wir alle hier zusammengekommen sind. Herr Sommer hat es schon gesagt: Ein jeder von uns hat etwas gelernt - vielleicht nicht jeder das gleiche; aber das spielt keine so große Rolle.

Körper

Zwei Tage haben wir in Wien, im neutralen Österreich, über Grundsatzfragen der Neutralität diskutiert. Wir haben versucht, den Wert der Neutralität in der heutigen und in den möglichen zukünftigen Phasen der politischen Entwicklung in Europa zu bestimmen.

Dabei haben wir festgestellt, daß Neutralität, mag sie auch völkerrechtlich klar zu definieren sein, kaum in ein abstraktes Schema zu bringen ist, vielmehr ist sie etwas sehr Pragmatisches, eine Qualität, die sich, für jedes neutrale Land verschieden, erst durch die Praxis herausstellt. Das klang auch aus dem skeptischen Wohlwollen, mit dem von Nicht-Neutralen über Neutralität gesprochen wurde, deutlich heraus.

Der Neutrale hat keine Feinde. Das gehört gewissermaßen zum Begriff der Neutralität. Aber zur Psychologie der Neutralität scheint auch der Zweifel an ihrer Wahrhaftigkeit und Tatsächlichkeit zu gehören - ein oft sehr interessierter und deshalb gefährlicher Zweifel.

Neutralität ist also kein bequemer Fauteuil, von dem aus man die Konflikte der Nachbarn in Ruhe vorbeiziehen lassen kann, sondern ein Zustand wachsamer Unruhe und Selbstdisziplin, schon im Frieden an eine besondere Leistungsbereitschaft gebunden.

Es wäre jedoch unrealistisch, zu verkennen, daß die zukünftige Rolle der Neutralen sowohl in der westlichen als auch in der östlichen Argumentation unbestimmt geblieben ist, und es ist wohl nicht zu bestreiten, daß der Neutralität in der Epoche eines langsam wachsenden Weltfriedens eine neue politische Dimension zufallen muß. Denn die Neutralen sehen sich in der Phase fortschreitender Integration und beim Aufbau neuer Sicherheitssysteme in Europa der Gefahr ausgesetzt, in eine politische Isolation zu geraten, das heißt funktionslos zu werden. Welche Chancen bietet also das Europa von morgen den Neutralen? Friede ist kein statischer Begriff, sondern ein schwieriger Prozeß des Aufeinanderzugehens, des Wachsens nach innen und nach außen. Das heißt, Befriedung nach innen in den einzelnen Gesellschaften ist untrennbar verbunden mit den schwierigen Prozessen der Befriedung in den äußeren Konflikträumen.

Wir wollen aber über diesem "Brüder, seid nüchtern und wachsam", das unserem Gespräch in so eindeutiger Weise pathetische Schwingungen und weltanschauliche Proklamationen erspart hat, nicht das Motiv vergessen, das diesem Gespräch zugrunde lag und das auch nirgendwo desavouiert worden ist: die Neutralen sind nicht nur Agenten der Humanität und Eilande des Friedens im Krieg. Ihre Existenz und Anerkennung sind immer auch ein Beweis dafür, daß dem Recht noch Anwälte bleiben, wenn die Gerichte schließen.

Der Bergedorfer Gesprächskreis wird auch in Zukunft seine Aufgabe darin sehen, als Erprobungsraum, als Experimentierfeld für neue Kommunikationsformen zu dienen. Das scheint mir besonders in der jetzigen Phase im Ost-West-Verhältnis sinnvoll zu sein. In gewissem Sinne übernimmt der Gesprächskreis damit eine Neutralitätsfunktion.

Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre Beiträge, allen voran unseren Referenten Bundesaußenminister Dr. Rudolf Kirchschläger, Außenminister Gaston Thorn und Vizeaußenminister Josef Czyrek, die uns so vorzüglich in die Problemwelt eingeführt haben. Ihnen, Herr Professor Reverdin, gebührt unser aller Dank für Ihre - wie es von einem Schweizer Bürger als Diskussionsleiter nicht anders zu erwarten war - selbstverständlich neutrale Stabführung.